

BEI UNS
AN DER SAAR
'65 '70





Vorstellungen
der SPD
für die Arbeit von
Parlament und

Regierung
in der zweiten
Hälfte der
sechziger Jahre

Bei uns an der Saar
1965 - 1970



C 86-390



Kurt Conrad, Minister a. D.
Landesvorsitzender der SPD
Landesverband Saar

Zielbewußte Politik für das Saarland!

Im Wahljahr 1965 werden die Weichen der Politik für die nächsten vier bis fünf Jahre in Bund und Land gestellt. Die CDU/DPS-Koalition hat für die Landtagswahlen zum Saarparlament den letzten Termin ausgesucht, der überhaupt möglich war. Es war wohl die Angst vor dem Wähler, die die Regierung veranlaßte, nach dem Schock vom 25. Oktober 1964, die Wahlen zum Landtag so nahe an den Termin der Bundestagswahlen im September heranzuschleichen. Im Schatten der Bundestagswahl glauben Saar-CDU und Saar-FDP die Hürden der Landtagswahl besser nehmen zu können. Als ob die zerstrittene, auf Wachablösung stehende CDU/FDP-Mannschaft in Bonn der schwachen „Regionalliga“ in Saarbrücken Hilfestellung geben könnte. Die haben mit sich selbst genug zu tun. Der Wähler hat zur Kenntnis genommen, daß die Jetzigen aus Bonn die Saarländer nicht allzu sehr lieben — angefangen von Adenauer bis Theodor Blank und Seeböhm.

Vielleicht aber kommt aus diesem späten Landtagswahltermin das Gute heraus, dem Wähler die Blicke zu schärfen für die Zusammenhänge zwischen Bundes- und Landespolitik.

In Bonn versprachen alle CDU-Regierungen seit 1949 die große Finanzreform, um endlich den Gemeinden eine bessere Finanzausstattung zu geben, und haben ihr Versprechen nicht gehalten. In Bonn versprachen die von der CDU geführten Regierungen die große Sozialreform, und haben sie nicht gehalten.

In Bonn versprachen CDU-Minister vor der Volksabstimmung den Saarländern volle Eingliederungshilfe, und haben es nur zum Teil gehalten. Es wird sich am 27. Juni herausstellen, daß der Wähler nicht so schnell vergißt, wie manche hoffen und glauben und daß vor der Wachablösung in Bonn die Wachablösung in Saarbrücken kommt.

Die SPD an der Saar hat in den vergangenen Jahren bewiesen, daß man sich auf sie verlassen kann. Ob in der Regierungsverantwortung oder

in der Opposition, stets hat sie nüchtern, klar und zielbewußt ihre stetige, aufbauende Arbeit geleistet. Unsere saarländische Heimat zur wirklichen Heimatstadt für alle Bürger zu machen, ist unser Ziel. Neben der Tagesarbeit in den Parlamenten des Landes, der Kreise und Gemeinden werden wir nie vergessen, daß die öffentliche Sache sich nicht in der Tagesarbeit erschöpft, sondern die Politik die große Aufgabe hat, an der Zukunft unseres Landes zu bauen.

In dieser Schrift hat die SPD Vorstellungen über die Landespolitik für die Jahre 1965/70 entwickelt. Es sollen dies Leitlinien sein für eine zielbewußte Politik für unser Land in den kommenden fünf Jahren. Wenn der Wähler am 27. Juni der SPD das Mandat gibt, die Regierung zu bilden, soll der Wähler auch wissen, was die SPD mit diesem Mandat zu tun gedenkt.

Sicher konnten in dieser Schrift nicht alle kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen bis ins Detail behandelt werden. Der Wähler aber soll vor der Wahl wissen, in welcher Richtung die politische Arbeit der SPD gehen wird. Wir bitten den Leser, die nachfolgenden Vorstellungen so zu verstehen.

Wir Saarländer haben in der Vergangenheit, den vielen Schwierigkeiten zum Trotz, unbeirrbar mit Fleiß und Strebsamkeit am Aufbau unserer Heimat gearbeitet.

Wenn irgendwo das Lied vom braven Mann angebracht ist, dann bei uns an der Saar. Gottlob hat die Natur unsere herbe Industrielandschaft, die die Schwere der Arbeit in Gruben und Hütten widerspiegelt, durch landschaftliche Schönheit aufgelockert.

Schwierige Zeiten in unserem Land waren immer unmittelbare Folgen der wechselvollen Entwicklung der Politik. Es waren auch politische Gründe, die dem Grenzraum Saar viele Entwicklungsmöglichkeiten versagten.

Nun ist es an der Zeit, daß die Politik auch einmal zum Segen unserer Menschen und unserer Heimat eingesetzt wird. Dazu haben wir mit un-

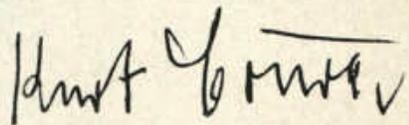
seren Nachbarn in Lothringen und Luxemburg und mit unseren Freunden in der Pfalz und im Trierer Raum eine reelle, große Chance, die es zu ergreifen gilt.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird zu dieser neuen Politik ihre ganze Kraft einsetzen. Sie wird auch mit einer von der SPD geführten nächsten Bundesregierung die Harmonie des einvernehmlichen Handelns herstellen, die in den letzten Jahren zwischen Landes- und Bundesregierung bedauerlicherweise oft gefehlt hat. Bundesschicksal ist vom Landesschicksal nicht zu trennen.

Nach dem Aufbau der letzten Jahre muß nun in der Bundesrepublik der Ausbau zum sozialen und kulturellen Gemeinwesen kommen. Die SPD der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren die politischen Ziele des nächsten Jahrzehnts klar abgesteckt. Es gilt, die großen Gemeinschaftsaufgaben der Bildung und Ausbildung energisch in Angriff zu nehmen, wenn wir in dieser Welt bestehen wollen. Es gilt, den breiten Schichten der Bevölkerung einen gerechten Anteil am gemeinsam erwirtschafteten Sozialprodukt zu geben. Es gilt, der Gesundheit eine breite Bresche zu schlagen, dem Tod auf unseren Straßen Paroli zu bieten, den älteren Mitbürgern mehr Anteil am gemeinsamen Leben zu sichern.

Sicher wird das alles viel Geld kosten, im Bund — aber auch in unserem Land. Daher wird die SPD im Lande alle Anstrengungen unternehmen, um aus einer gesicherten und ausgebauten Wirtschaft die Finanzquellen fließen zu lassen, die der einzelne, das Land und die Gemeinden brauchen, um der Zukunft mit Zuversicht ins Auge sehen zu können.

Die Sache des Volkes ist die Sache der SPD.



Alles für den Menschen: gute Nachbarschaft bringt Zukunft.

Europa schließt sich immer enger zusammen. Jahr für Jahr wird der Fortschritt dieses Zusammenschlusses an fallenden Zollschranken in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sichtbar. Schon 1967 ist der Gemeinsame Markt verwirklicht. Eine Wirtschaftsmacht entsteht, die in der Welt Gewicht und Anziehungskraft hat.

Ein industrieller Großraum von Gewicht!

Mitten im Herzen dieser Gemeinschaft liegt das Saarland, zusammen mit seinen Nachbarregionen Lothringen, Luxemburg, dem Trierer und Pfälzer Raum selbst ein beachtlicher Wirtschaftsraum. Auf der Grundlage von Kohlen und Eisen ist hier eine leistungsfähige Industrie entstanden, und auch heute noch sind Gruben und Hütten die Grundpfeiler dieses industriellen Großraumes. Politische Grenzverlagerungen haben die gedeihliche Entwicklung dieses großen Wirtschaftsraumes gehemmt. Politische Gründe waren maßgebend, daß die wichtigen weiterverarbeitenden und Verbrauchsgüterindustrien fehlen, um den Wirtschaftsraum krisenfest zu machen. Erst jetzt, im Zeichen des Zusammenschlusses in der EWG, wachsen diese Teilräume allmählich zu einem organischen Ganzen zusammen.

Zusammenarbeiten heißt den Wohlstand vermehren

Privatinitiative reicht jedoch zum wirtschaftlichen Auffüllen eines solchen in seiner Entwicklung nachhaltig gestörten Raumes allein nicht mehr aus. Die öffentliche Hand muß führend tätig werden. Wirtschaftspolitische Entscheidungen auf höchster Ebene sind notwendig, um die Auflockerung der einseitigen Wirtschaftsstruktur und die industrielle Auffüllung des Raumes zu gewährleisten. Die geographisch hervorragende Standortlage des Saarlandes und seiner Nachbarbarregionen muß durch eine entscheidende Verbesserung der Infrastruktur wirksam zur Geltung gebracht werden. Dazu gehören: Der Neu- und Ausbau von Verkehrswegen, Straßen, Bahnlinien, Wasserwegen und Flugplätzen sowie die Bereitstellung eines breitgefächerten Energieangebots und leistungsfähige Gemeinschaftsanlagen auf dem Gebiete der Kultur, der Volksgesundheit und der Versorgung. Wenn die Saar und Lothringen, die Pfalz und der Moselraum jede für sich allein ihre Interessen anmelden, haben sie wenig Chancen. Nur im Zusammenwirken aller Kräfte in diesem großen Raum können sie sich in den Schaltzentren der politischen und wirtschaftlichen Macht, in Bonn und Paris, in Brüssel, Luxemburg und Straßburg Geltung verschaffen.

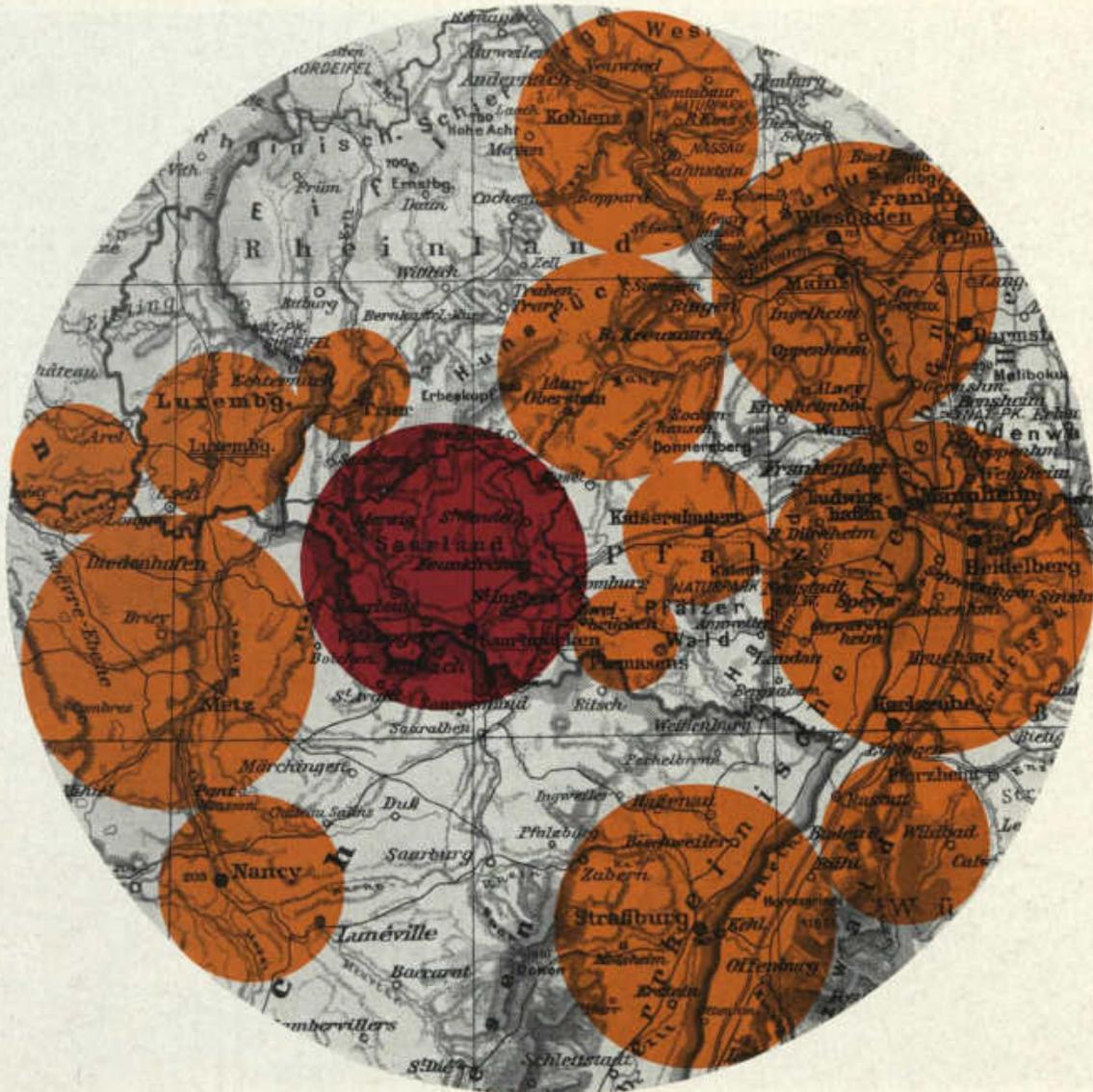
Unsere Linie

Das ist unsere Linie. Auf diese Art und in dieser Richtung werden wir arbeiten, um für Arbeitnehmer und Industrie, für Handwerk und Handel, für freie Berufe und Landwirtschaft die besten Chancen für ihre Entfaltung sicherzustellen. Aus den gesamten Teilräumen liegen die Montanprodukte Kohle und Stahl auf gleichen Märkten oft in Wettbewerb. Die Einsicht wächst auch bei unseren Nachbarn, daß Pläne und Vorstellungen aufeinander abgestimmt werden müssen, daß zum Wohle aller eine bessere Arbeitsteilung in der Produktion und der Deckung des Bedarfs dieses Großraumes erreicht werden muß. Die EWG gibt die Möglichkeit dazu. Wir müssen sie beherzt ergreifen. Das kommt nicht von allein. Man muß es wollen. Wir Sozialdemokraten wollen und werden diese für unsere arbeitenden Menschen lebenswichtigen Aufgaben tatkräftig anpacken.

Die Graphik verdeutlicht, was jeder Fachmann weiß: Das Saarland, Lothringen, Luxemburg, Südbelgien, der Trierer Raum, die Pfalz und das Elsaß versuchen, sich weiterzuentwickeln. Bisher hat jeder dieser Räume seine Möglichkeiten allein zu nutzen versucht. Eine kleinliche Politik hatte sie dazu gezwungen.

Eine großzügige Politik hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft geschaffen. Jetzt ist es Zeit, daß diese Räume zusammenwachsen. Der Vorteil des einen wird der Vorteil des anderen sein. Produktion und Absatz in diesem Großraum müssen aufeinander zuwachsen. Industrie und Landwirtschaft, Weinbau und Handel, Hand-

werk und Verkehr werden aufblühen, wenn weit-sichtige Politiker diese gebotene Chance ent-schlossen ergreifen.



1967 ist der gemeinsame europäische Wirtschaftsmarkt verwirklicht. In seinem Zentrum liegen das Saarland, Lothringen, Luxemburg, der Trierer und der Pfälzer Raum. Im Zusammenwachsen dieser Räume zu einem Großwirtschaftsraum liegt unsere besondere Chance, die die SPD für unsere Zukunft nutzen will.

Städtefreundschaften verbinden diesen Raum mehr und mehr. Hier: Städtefreundschaft Völklingen—Forbach. Die Forbacher Stadtkapelle bei der Einweihung des Schumannplatzes in Forbach.





Alles für den Menschen: eine aufstrebende Wirtschaft.

Unsere Saarheimat kann auf eine lange Tradition als Industriegebiet zurückblicken: Kohle und Stahl haben in Verbindung mit dem Fleiß und den technischen Fähigkeiten der Menschen an der Saar eine leistungsstarke Industrie ermöglicht. Aber Kriege und Grenzverschiebungen haben das organische Wachstum unseres Wirtschaftspotentials immer wieder gehemmt. Einschneidende Umstellungen waren notwendig, und eine gedeihliche Entwicklung, wie sie die übrigen Industriezentren Mitteleuropas erlebten, war der Saar verwehrt. Erst der Saarvertrag und die Verträge über die Montanunion und die EWG haben endlich eine Basis für den störungsfreien Auf- und Ausbau der Saarwirtschaft gegeben.

Aber immer noch lasten die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte als schwere Hypothek auf dem Saarland und erschweren heute den Wettbewerb auf den traditionellen Märkten seiner Wirtschaft.

Im Schuldenmachen liegt das Saarland nicht nur an der Spitze aller Bundesländer, sondern auch fast doppelt so hoch wie deren Verschuldungsdurchschnitt! Wie lange soll das so weiter gehen? Sollen wir immer der Bettler bei anderen sein? Entscheidend ist, daß eine tatkräftige und kluge Landesregierung darangeht, das Ihre zu

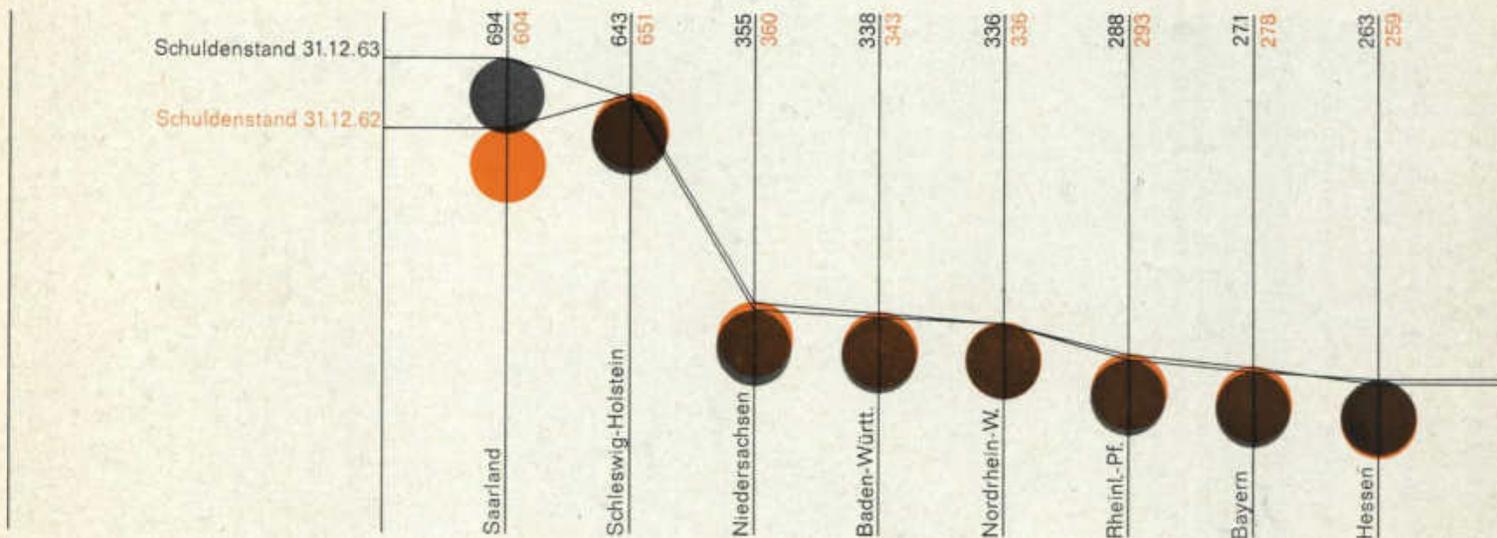
tu, um die Wirtschaft des Saarlandes vorwärts zu bringen. Nur dadurch können wir auf eine bessere Entwicklung unserer Finanzen hoffen. Das Schaubild zeigt die Verschuldung je Einwohner am Jahresende 1962 und 1963 in DM. (Die Stadtstaaten fehlen, weil sie staatliche und kommunale Schulden nicht getrennt ausweisen.)

Die Aufgabe: auflockern und krisenfest machen

Es wird daher zur wichtigsten Aufgabe einer von der SPD geführten Landesregierung gehören, unserer heimischen Wirtschaft die gleichen Startbedingungen zu verschaffen, über die die benachbarten Montanreviere verfügen. Dazu gehört auch die Auflockerung der einseitig schwerindustriellen Wirtschaftsstruktur sowie eine rasche Verkehrserschließung des Saarlandes. Die Wachstumsindustrien, die in anderen Wirtschaftszentren zum Hauptträger des Wohlstandes und des wirtschaftlichen Aufschwungs geworden sind, fehlen weitgehend in unserer Saarheimat.

Auch die Standortfrage der Saarwirtschaft ist nach wie vor prekär geblieben. Der Bau der Bundesautobahn und die Elektrifizierung wichtiger Strecken des Eisenbahnnetzes haben zunächst Erleichterungen gebracht, aber der Bau des Moselkanals wirft die Saarwirtschaft erneut im

internationalen Wettbewerb zurück. Er hat gleichzeitig klar gemacht, wie wichtig in Zeiten des verschärften Wettbewerbs auf dem Kohle- und Stahlmarkt eine Wasserstraße und die daraus resultierenden billigen Frachten für ein Montanrevier sind. Die Bemühungen des Saarlandes um den Bau des Saar-Pfalz-Kanals wurden von der Bundesregierung via Bundesbahn durch das Angebot von Als-ob-Tarifen abgestoppt. Sie haben der saarländischen Schwerindustrie zwar eine gewisse Ermäßigung ihrer Frachtkosten gebracht, aber gerade die kritischen Stimmen aus Brüssel und Luxemburg haben in jüngster Zeit bewiesen, wie unsicher und daher hemmend für eine langfristige sinnvolle Investitionsplanung die Als-ob-Tarife letzten Endes sind, wenn nicht ihre Dauerhaftigkeit von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Hohen Behörde verbrieft und gesiegelt ist. Das Standortproblem bleibt also Sorgenkind Nr. 1 für die Saarwirt-



Die Bewertungs(Index)-Zahlen der industriellen Nettoproduktion des übrigen Bundesgebietes und des Saarlandes entfernen sich immer weiter voneinander. Während der Wert der Industrieprodukte in den übrigen Bundesländern rapid steigt, erhöht sich der Wert unserer Saarprodukte nur gering. Der Abstand wird immer größer.

Wir brauchen die Waren, die die weiterverarbeitende und Fertigungindustrie produzieren: Gas und Strom, Maschinen und Apparate, Nahrungsmittel, Instrumente, Chemie und Elektroprodukte und vieles mehr. Erst dadurch gewinnen auch unsere Grundstoffindustrien wieder ihr volles Gewicht. Von der Strukturverbesserung unserer

Industrie wird seit langem geredet. Es ist endlich Zeit, daß sie angepackt wird.

schaft. Es muß und wird daher das Ziel einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik sein, den Standort Saar kostenmäßig mit den anderen europäischen Montanrevieren gleichzustellen. Der Anschluß an die internationalen Wasserstraßen wird von der SPD aus auf der Tagesordnung bleiben.

Neue Überlegungen sind notwendig

Seit Jahren bleibt die Wirtschaftskraft des Saarlandes im Vergleich zu anderen Ländern der Bundesrepublik zurück. Das industrielle Wachstum im Saarland und in der übrigen Bundesrepublik klappt weit auseinander. Die Statistik über das Volkseinkommen — gemessen am Bruttoinlandsprodukt für 1963 — zeigt, daß wir auf den drittletzten Platz in der Reihe der Bundesländer zurückgefallen sind. Das sind alarmierende Zeichen. Wenn auch der Boom im Stahlsektor für das Jahr 1964 bessere Ergebnisse brachte, so

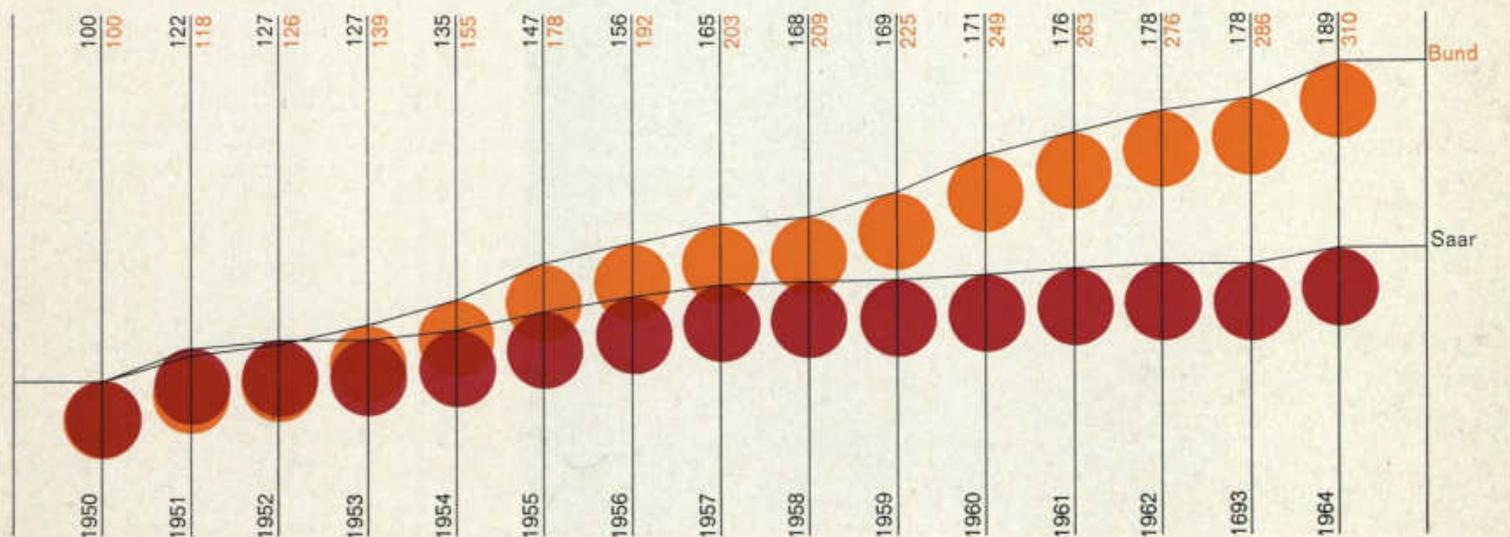
liegen wir doch immer noch weit zurück. Von der Entwicklung der Produktionskraft unserer heimischen Wirtschaft aber hängt nicht nur das persönliche Wohlergehen eines jeden einzelnen von uns, sondern auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates und der Gemeinden ab. Die SPD wird daher eine aktive Wirtschaftspolitik einleiten. Sie wird die Erfahrungen in anderen Bundesländern kritisch auswerten, Ansiedlung und Ausbau weiterverarbeitender Industrien im Saarland wirksam fördern, ohne die traditionellen Industriezweige zu vernachlässigen.

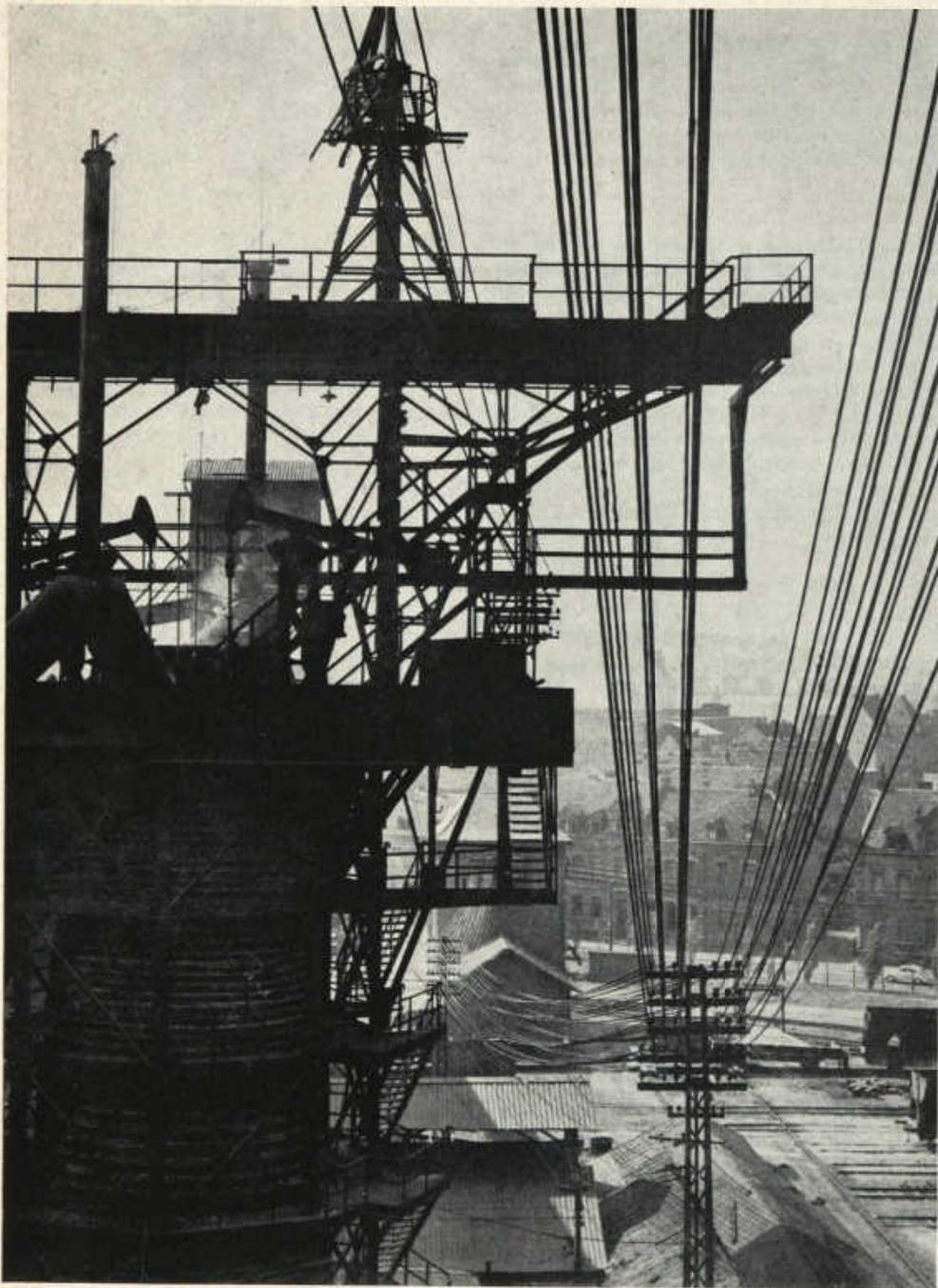
Stetiges und planmäßiges Wachstum

Eine planmäßige Strukturauflockerung muß erreichen,

- daß die Wirtschaftskraft des Saarlandes die Durchschnittsentwicklung der anderen deutschen Industriereviere einholt;
- daß die jungen Menschen unserer Heimat unter vielfältigen Arbeitsplätzen zu wählen vermögen, die ihnen Freude, Sicherheit und gutes Einkommen auf lange Sicht bieten;
- daß die Zahl der Menschen, die auch heute noch unzumutbar weite Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zurücklegen müssen, immer mehr zurückgeht;
- daß Handel, Handwerk und freie Berufe ebenfalls einen angemessenen Teil am steigenden Wohlstand erhalten.

Auch in den Zentren unserer Wirtschaft müssen das Land, die Kreise, die Städte und Gemeinden in enger Verbindung mit den wirtschaft-





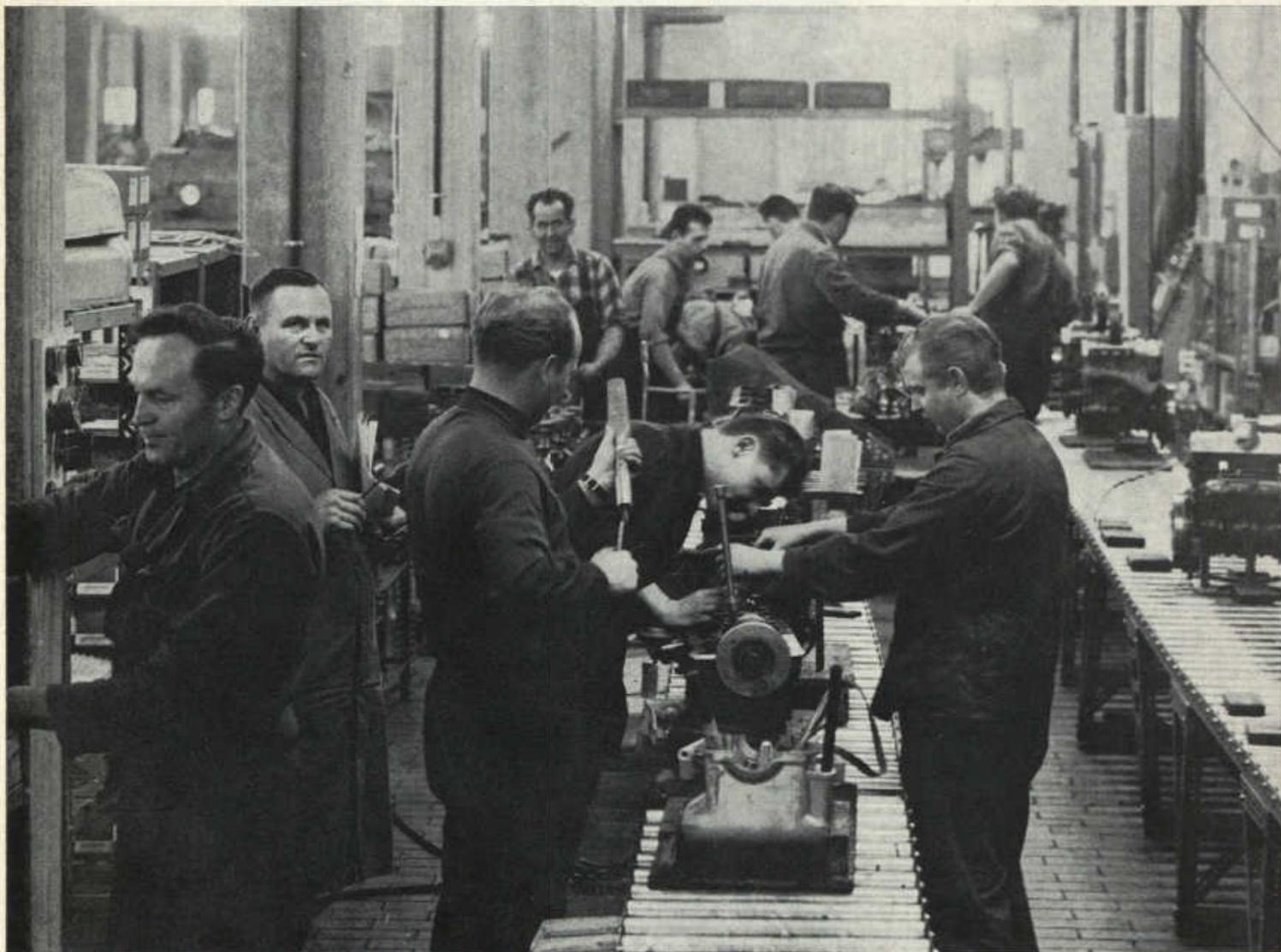
Kohle und Eisen, Gruben und Hütten sind die Eckpfeiler unserer heimischen Wirtschaft. Ihre Fähigkeit, auf den Märkten zu konkurrieren, muß verbessert werden.

Berg- und Hüttenleute müssen wieder Vertrauen gewinnen in eine aufwärtsstrebende Wirtschaftspolitik.

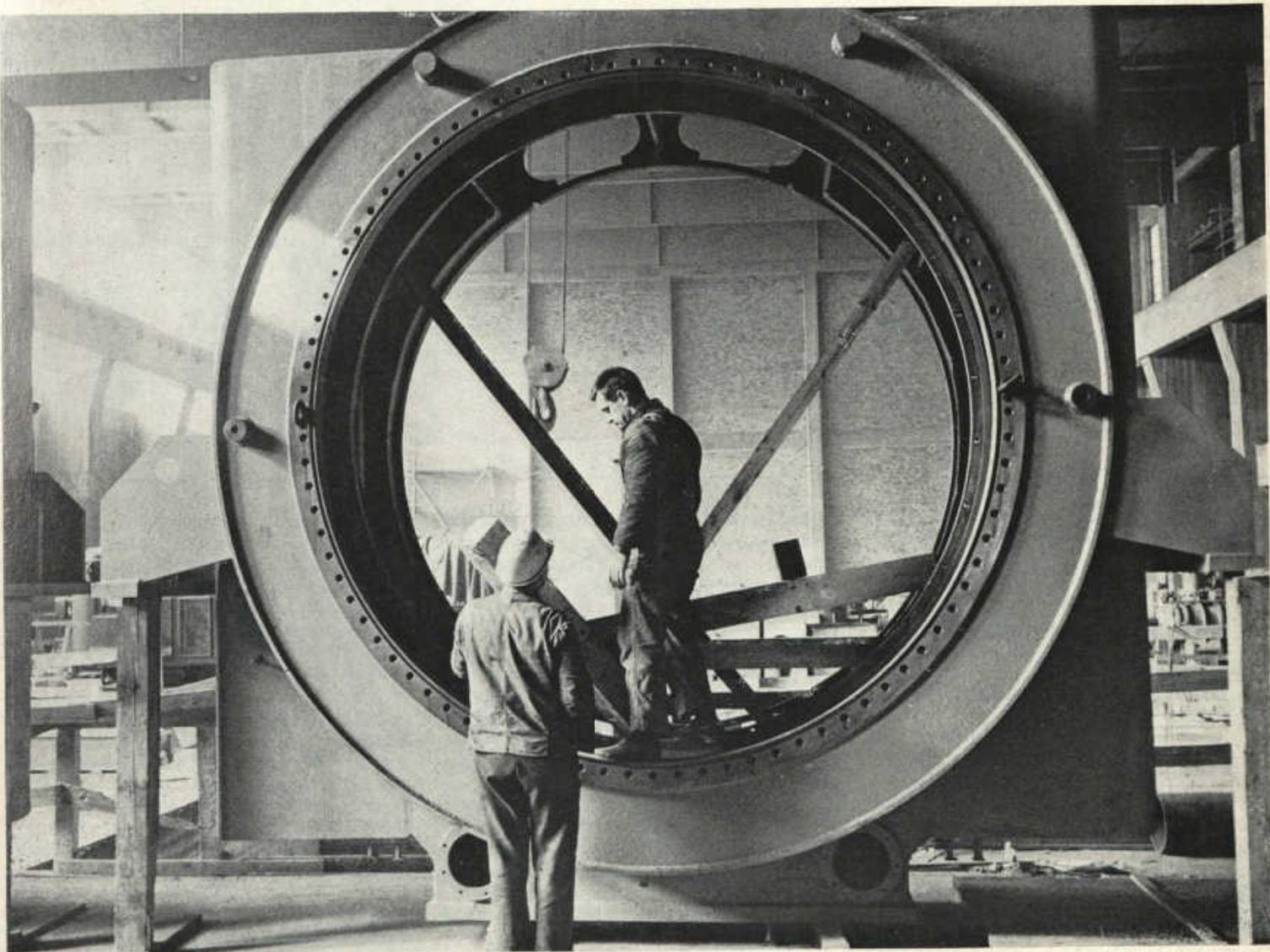
links: Hochofenanlage der Halberger Hütte —
Teilansicht
rechts: Förderturm der Grube Velsen



Es gilt, unsere Arbeitsplätze sicher und unseren Wirtschaftsraum krisenfest zu machen. Die weiterverarbeitende und Fertigungindustrie muß unsere Grundindustrien ergänzen. Ihre Leistungskraft stärkt die Finanzkraft unseres Landes und seiner Gemeinden.

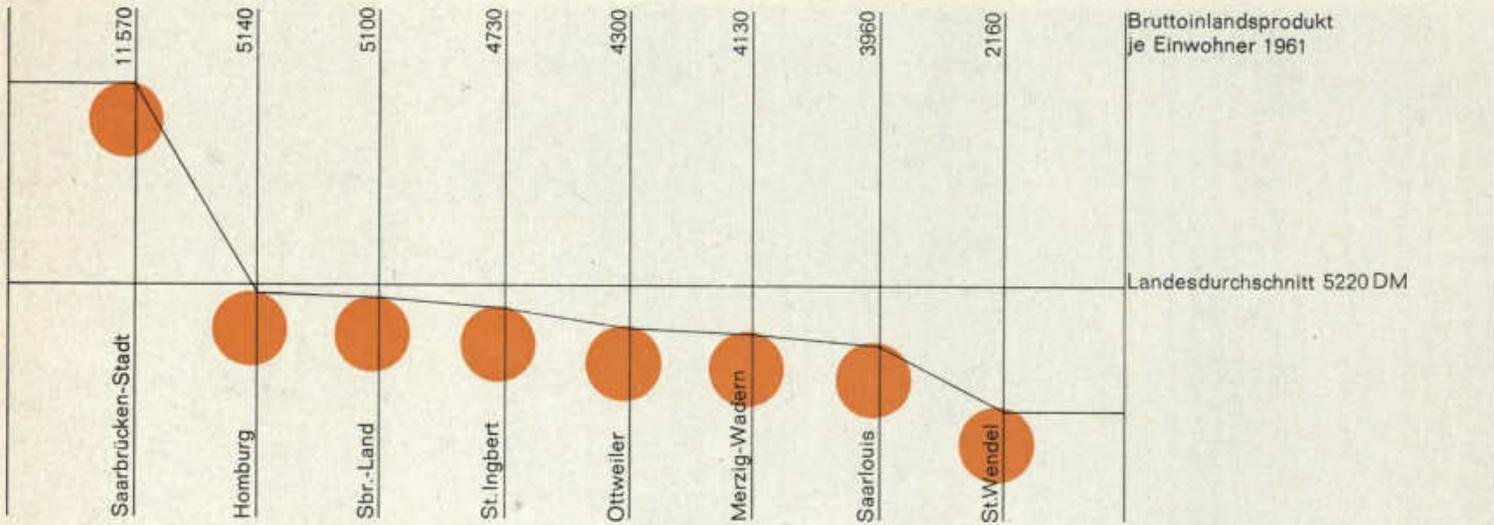


links: Am Montageband des neuen Automobilwerkes in der SPD-Gemeinde Schwarzerden.
rechts: Spezialisten bei der Montage eines Aggregats für das Kraftwerk Ens Dorf.



Besser als Worte verdeutlicht das Schaubild die unterschiedliche Wirtschaftskraft einzelner Landesteile an der Saar. Saarbrücken-Land und Homburg liegen fast im Landesdurchschnitt, dann aber geht die Kurve über die Kreise St.Ingbert, Ottweiler, Merzig, Saarlouis, St. Wendel steil nach unten. (Zu dieser Kurve sollte man

das politische Gewicht der Parteien in diesen Gebieten in Beziehung setzen!) Landesplanung und Strukturverbesserung müssen darauf abzielen, daß alle am notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung Anteil haben.



lichen und sozialen Organisationen auf die harmonische Weiterentwicklung hin- und zusammenarbeiten. Den bestehenden Betrieben die Ausdehnung, anderen die Ansiedlung zu ermöglichen, kann nur in Abstimmung mit der Ordnung der Industrieregion geschehen.

Um der Menschen willen muß weiterer Wildwuchs vermieden werden.

In den Randzonen des Saarlandes, in den Kreisen St. Wendel, Merzig/Wadern und in Teilen der Kreise Saarlouis, St. Ingbert, Homburg und Ottweiler fehlen weiterverarbeitende Industrien. Tausende von Arbeitern und Angestellten aus diesen Gebieten müssen täglich immer noch zu weite Strecken in die industriellen Zentren des Landes zurücklegen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Ein wirtschaftspolitisches Strukturprogramm muß die Erschließung dieser Gebiete vorantreiben, die Ansiedlung neuer Industriebetriebe in den lange vernachlässigten Randzonen

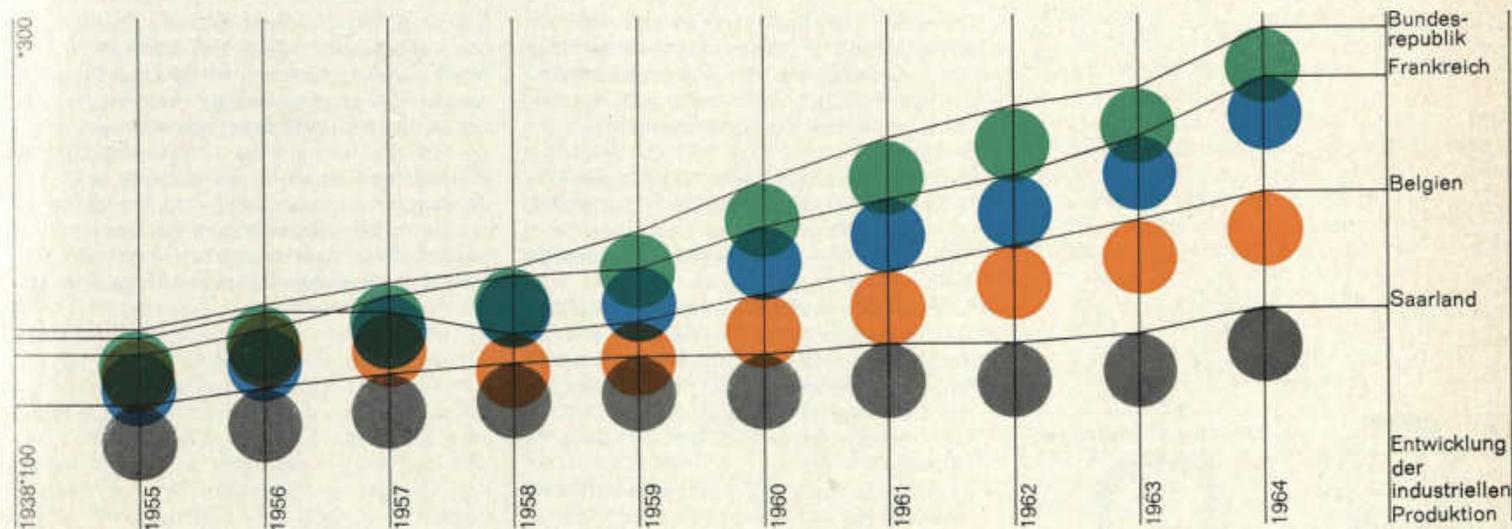
fördern, auch um der Entvölkerung unserer Dörfer entgegenzuwirken. Industrie muß auch aufs Land. Eine wohlgedachte Raumordnung und Landschaftsplanung muß aber einer wahllosen Industrieansiedlung steuern.

Niedrigstpreisland Saar?

Das Saarland sollte zu einem Niedrigstpreisland der Bundesrepublik werden. So versprach es der damalige Wirtschaftsminister und heutige Bundeskanzler Ludwig Erhard im Spätsommer 1959 bei seinem Besuch an der Saar. Die Vergünstigungen des Saarvertrages hätten tatsächlich die Möglichkeiten eines Niedrigstpreisländes innerhalb der Bundesrepublik eingeschlossen. Was ist davon eingetroffen? Von den Vorteilen des Saarvertrages merkt heute, sechs Jahre nach der wirtschaftlichen Eingliederung, fast nur der Auto- und Cognackäufer etwas. Sonst aber hat sich der Preiskegel an der Saar längst auf bun-

desdeutsches Niveau hochgewölbt. Das Schlagwort Ludwig Erhardts blieb leider eine Fata Morgana. Die Stabilität der Preise, eine Grundforderung jeder verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik, wird von der Bundesregierung seit Jahren vernachlässigt. Pathetische Maßhalte-Appelle ersetzen eine zielbewußte Preispolitik nicht. Während die angebliche Maßlosigkeit des deutschen Verbrauchers von Erhard öffentlich gerügt wird, erhöht seine Regierung durch Gesetze, die Bundespost, die Bundesbahn laufend die Kosten für den Verbraucher; im Rahmen der deutschen und der EWG-Marktordnungen und Zollbestimmungen werden wichtige Agrarprodukte verteuert. Die Bundesregierung hat sich damit selbst zu einem Hauptmotor des Preisauftriebs gemacht. Stabile Preise aber gehören zum zentralen Anliegen einer verantwortungsbewußten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Die SPD vertritt in ihrer Preispolitik vor allem die Interes-

Von 1955 bis 1964 hat sich das „Wirtschaftswunder“ nicht nur in der Bundesrepublik ereignet. Auch in Frankreich, Belgien und Luxemburg hat sich die Industrieproduktion stürmisch vorwärts entwickelt. Nur das Saarland ist bisher im Windschatten geblieben, mit allen Nachteilen, die sich daraus ergeben.



sen der Verbraucher, der Hausfrauen, die mit ihrem Wirtschaftsgeld jeden Monat rechnen und auskommen müssen. Eine von Sozialdemokraten geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat immer für die Stabilität der DM und der Preise einsetzen.

Hinkende Löhne

Während die Preise an der Saar bundesdeutschen Durchschnitt erklommen haben, sind Löhne und Gehälter an der Saar diesem Auftrieb leider nicht gefolgt. Sie zeigen eine hinkende Tendenz. Die amtliche Statistik weist aus, daß sich in einzelnen Wirtschaftszweigen ein spürbares Lohngefälle zwischen der Saar und Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg herausgebildet hat. Das muß anders werden. Dem Arbeiter und Angestellten unserer Heimat steht dasselbe Einkommen zu wie denen des übrigen Bundesgebietes, denn die monatliche Lohntüte bestimmt, wel-

chen Anteil jeder von uns an dem materiellen Lebensniveau und an den Kulturgütern unserer Zeit nehmen, aber auch, welche Ausbildung der Arbeiter oder Angestellte seinen Kindern zukommen lassen kann. Höhere Löhne und Gehälter sind ohne Ertragseinbußen der Unternehmen möglich, wenn die Wirtschaftsstruktur und die Standortlage der Saar entscheidend verbessert werden, wie das die SPD häufig genug in Vorschlägen aufgezeigt hat.

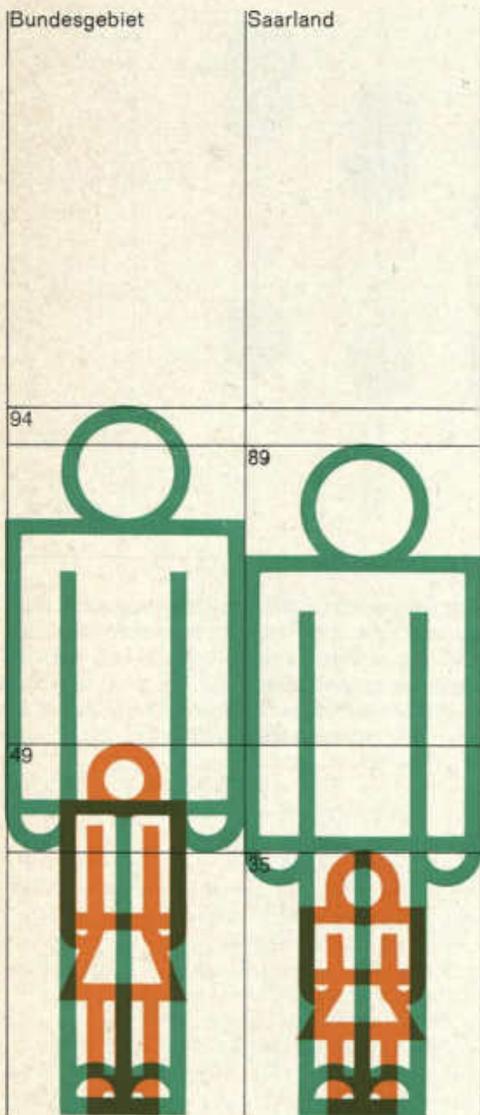
Eine Chance für die Landwirtschaft

Die Landwirtschaft nimmt im allgemeinen Wirtschaftsprozeß eine Sonderstellung ein. Das gilt im besonderen Maße für das hochindustrialisierte Saarland, wo die Landwirtschaft bisher mehr oder weniger ein Schattendasein führte. Die Bundesregierung hat, trotz der Milliarden für den Grünen Plan, in der Entwicklung der Agrarpolitik eine Reihe schwerer Versäumnisse

aufzuweisen. Ein EWG-Anpassungsprogramm für die deutsche Landwirtschaft ist immer noch nicht in Sicht, obwohl uns die Partnerländer auf diesem Gebiet um Längen voraus sind. In Anbetracht der bald abgelaufenen Übergangszeit ist aber hier höchste Eile geboten.

Von den Männern im erwerbsfähigen Alter waren zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (1961) im Bundesgebiet 94, im Saarland nur 89 erwerbstätig. Die entsprechenden Zahlen für die Frauen sind 49 und 35. Die Ursachen hierfür sind die hohe Zahl der Frühinvaliden und der Mangel an frauengerechten Arbeitsplätzen an

der Saar. Die Verstärkung des Arbeitsschutzes und die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für Frauen sind vordringliche wirtschaftspolitische Maßnahmen. Dabei dürfen jedoch die Familienaufgaben der Frauen nicht beeinträchtigt werden.



Vordringliche Aufgaben ergeben sich nach unserer Auffassung für die Landwirtschaft der Saar:

- Die Verbesserung der Agrarmarktstruktur und die Schaffung einer leistungsfähigen Absatzorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse.
- Bei der Erstellung eines langfristigen Programms zur Verbesserung der Agrarstruktur sollte bei uns wegen den besonderen Verhältnissen die Althofsanierung vorrangig sein.
- Eine bessere Kreditversorgung mit langfristigen und zinsbegünstigten Darlehen soll bereits bestehende bäuerliche Familienbetriebe besonders berücksichtigen. Maßnahmen, um die freiwillige Landabgabe zur Aufstockung der Betriebe anzuregen, sind in Gang zu setzen.
- Eingehende Beratung der landwirtschaftlichen Erzeuger zur Ausnutzung aller Möglichkeiten und Vorteile, die der nahe Verbrauchermarkt im industriellen Saarland erfreulicherweise in reichem Maße bietet.
- Die Errichtung zentral gelegener Trockenspeicher und Silos, um das maschinell geerntete Getreide verlustfrei zu trocknen und zu lagern.
- Reorganisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens mit dem besonderen Ziel, überhöhte Gewinnspannen für die landwirtschaftlichen Verbrauchsgüter und Betriebsstoffe zu vermindern.
- Bessere Bildungsmöglichkeiten in den Landgemeinden.

Das Dorf war jahrhundertlang ein Stiefkind der Verwaltung und der Volkswirtschaft. Der schwerarbeitende Mensch auf dem Lande hat aber denselben Anspruch auf einen angemessenen sozialen Status wie der Industriearbeiter und ebenso eine auf die Erfordernisse der modernen Zeit abgestellte Wohnkultur. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, die zweifellos auf dem Lande in reichem Maße vorhandenen Begabun-

gen brach liegen zu lassen. Schon im Interesse des Volksganzen müssen die besonderen Probleme des Menschen auf dem Lande gelöst werden. Das ist eine wichtige und zukunfts-trächtige Aufgabe. Es geht dabei um nichts Geringeres als um die harmonische Entwicklung unseres Heimatlandes. Noch ist es nicht zu spät. Die saarländische Landwirtschaft und die Menschen auf dem Dorf haben auch im Rahmen des Gemeinschaftsmarktes eine gute Chance der Entfaltung. Sie muß genutzt werden. Das wollen wir.

Alles für den Menschen: eine schwungvolle Verkehrspolitik.

Der moderne Verkehr ist ein Moloch. Er ist tiefgreifend in unser aller Leben eingedrungen und er wirft Probleme auf, die weit über das Fachliche hinausgehen. Verkehrsfragen können nur und müssen auf politischer Ebene angepackt und gelöst werden.

Das beste Beispiel haben wir an der Saar. Die Entwicklung des Straßenverkehrs hat uns in unserer Heimat vor Aufgaben gestellt, die in diesem Ausmaß und in solcher Dringlichkeit früher nicht bekannt waren. Die wachsende Verkehrsdichte und die den hohen Anforderungen des Kraftfahrzeugverkehrs kaum noch gerechtwerdenden Straßen sind mit Schuld an den beunruhigenden Unfallziffern und an den riesigen volkswirtschaftlichen Substanzverlusten. Die Anzahl der Verkehrstoten — darunter besonders viele Kinder und ältere Mitbürger — und der Verletzten ruft nach Dringlichkeitsmaßnahmen. Wir dürfen nicht zulassen, daß das Leben unserer Mitmenschen gering geachtet wird. Wir schicken uns an, im Rahmen einer Gesundheitsvorsorgepolitik das Leben besser zu schützen; wie können wir auf der anderen Seite die Gesundheit und das Leben wieder opfern, weil wir nicht genug für die Sicherheit auf der Straße tun? Mit steigendem Kraftfahrzeugbestand ist die Enge des Verkehrsraumes an einem gefährlichen Punkt angelangt. Und immer noch schwillt der jährliche Strom neuzugelassener Kraftfahrzeuge an. Im Jahre 1970 wird sich nach Expertenschätzungen der Bestand an Fahrzeugen gegenüber 1962 verdoppelt haben. Die Verkehrsprobleme scheinen angesichts dieser Entwicklung fast unlösbar, wenn man überdenkt, wie lasch und mit wieviel Halbheiten diese wichtige Frage unserer Zeit bisher — besonders in Bonn — angepackt wurde.

Gemeindefeindliche Bundespolitik

Aber auch uns bleibt viel zu tun. Der außergewöhnlich starke Binnenverkehr im Saarland zwingt sich größtenteils durch Ortsdurchfahrten, deren Kapazität dem tatsächlichen Verkehrsauf-

kommen entgegengesetzt ist. Der Bewältigung der innerörtlichen Verkehrsprobleme durch die Gemeinden sind durch mangelnde Finanzkraft Grenzen gesetzt, deren Ursache überwiegend auf eine gemeindefeindliche Verkehrspolitik der bisherigen Bundesregierung zurückzuführen ist. In der Vergangenheit haben Gemeinden und Städte die Verbesserung der Verkehrssituation in vielen Fällen nur um den Preis einer starken Verschuldung finanzieren können, für die es beim Bund kein Gegenstück gibt. Die Probleme der Hauptverkehrsadern an der Saar sind erst in jüngster Zeit mit dem Ausbau von Bundesfernstraßen und der Autobahn angepackt worden. Es wurden Verbesserungen erzielt, aber an der Saar befinden wir uns nach wie vor in der Situation des Nachhinkens hinter den verkehrswirtschaftlichen und verkehrstechnischen Erfordernissen.

Sicherheit vor allem

Eine eigene Verkehrsproblematik für das Saarland kommt hinzu. Durch die teilweise weiten Entfernungen vom Wohnort zum Arbeitsplatz werden unsere Straßen zusätzlich über beachtliche Strecken von dem liniemäßig betriebenen Berufsverkehr außergewöhnlich stark in Anspruch genommen, eine Erscheinung, die in strukturverwandten Bundesländern nicht zu beobachten ist. Eine Änderung dieses Zustandes kann nur im Rahmen einer politischen Gesamtkonzeption herbeigeführt werden, die weit über die normale Verkehrsplanung hinausgeht. Die SPD an der Saar hat mehrfach die Verkehrsnotstände in unserer Heimat aufgezeigt, ebenso wie die Mittel und Ziele zu ihrer Lösung. Auf ihrem letzten Parteitag in Völklingen wurden diese Ziele in einer Entschliebung zur Verkehrspolitik zusammengefaßt:

— Der Schutz der Bürger unseres Landes vor Verkehrsgefahren und die wirtschaftliche Entwicklung fordern erhöhte Maßnahmen zur Sicherheit der Verkehrsteilnehmer.

- Fußgänger sollen in größerem Maße als bisher eigene Verkehrswege erhalten.
- Mehr kreuzungsfreie Straßen sind in die Verkehrsplanung einzubeziehen.
- Innerörtlicher Verkehr muß durch großzügig angelegte Ortsumgehungen entlastet werden.
- Einer ständigen Verkehrserziehung in der Schule ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen, ebenso einer besseren Vorsorge für die Betreuung von Unfallverletzten am Unfallort und in den Krankenhäusern. Eine schnelle und sachgerechte Behandlung vermag die Zahl der Unfalldtoden zu mindern. Kosten zum Schutz von Leib und Leben der Betroffenen sollten nicht gescheut werden.

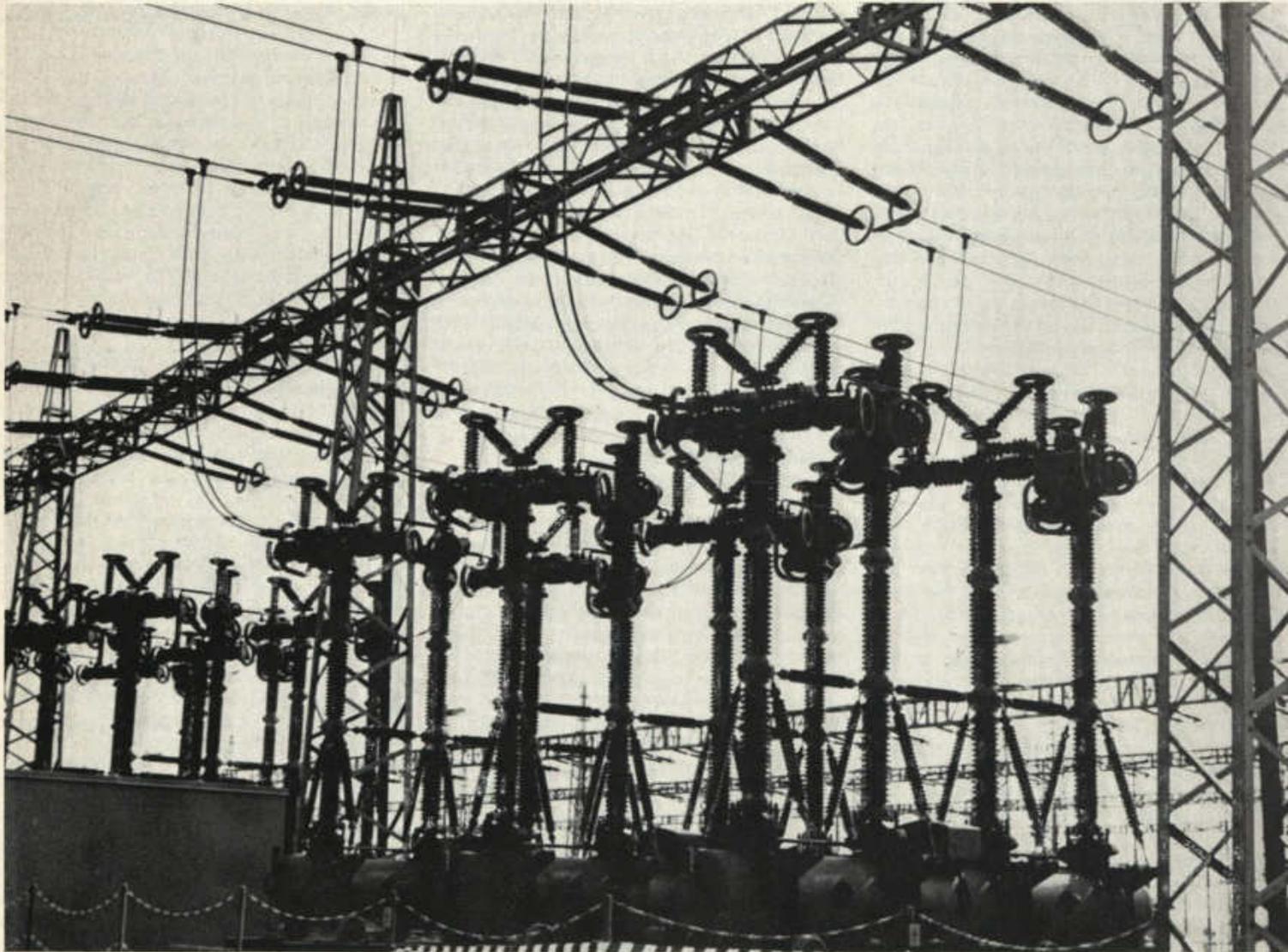
Leistungsfähige Verkehrsadern für die Wirtschaft

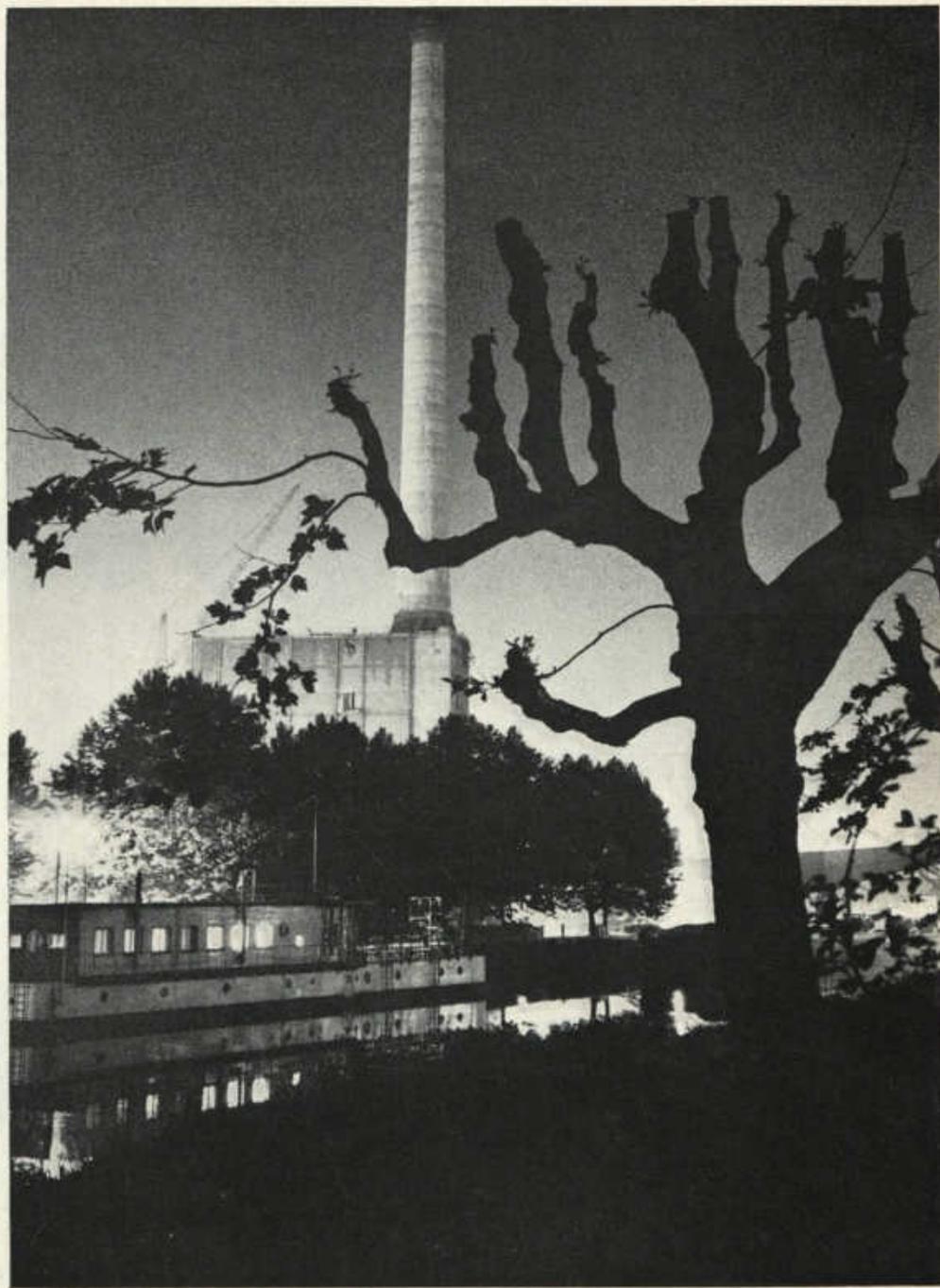
Bei der Rangordnung im Straßenausbau muß nach den Prinzipien einer sorgfältig aufgestellten Wirtschaftlichkeitsberechnung und nach Sicherheitsüberlegungen verfahren werden. Zur schnellen Ableitung des Fern- und Massenverkehrs nach Rhein und Ruhr muß eine leistungsfähige Anschlußstraße als vierspurige Schnellstraße gebaut werden. Auch der vierspurige Ausbau der B 406 über Dillingen hinaus nach Luxemburg und Trier ist mit allen Mitteln anzustreben. Die Bundesautobahn muß zur Entlastung des Ballungsraumes Saarbrücken schnellstens bis zur französischen Grenze weitergeführt werden.

Der Nah-Schnellverkehr im Industriegebiet an der Saar ist ein dringendes Erfordernis. Er ist auch notwendig für die Fahrzeitverkürzung vieler Pendler, denen lange Wegzeiten ihre Freizeit oft empfindlich beschneiden. Der Massenverkehr muß aus Gründen der Rentabilität und der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Verkehrsträger auf Schiene und Straße sorgfältig abgestimmt werden. Schließlich ist der eingeleitete Ausbau des Flugplatzes Ensheim so zu forcieren und zu gestalten, daß dieser Flugplatz für mittlere Verkehrsflugzeuge auch bei schlechtem Wetter benutzt werden kann.

Energieerzeugung im Verbund und ein breitgefächertes Angebot auf diesem Sektor sind wichtige Voraussetzungen der industriellen Entwicklung, aber auch die Landesplanung, die Erneuerung unserer Städte und Dörfer, die Reinhaltung unserer Luft sind mit einer leistungsfähigen Energiewirtschaft vielfach verbunden.

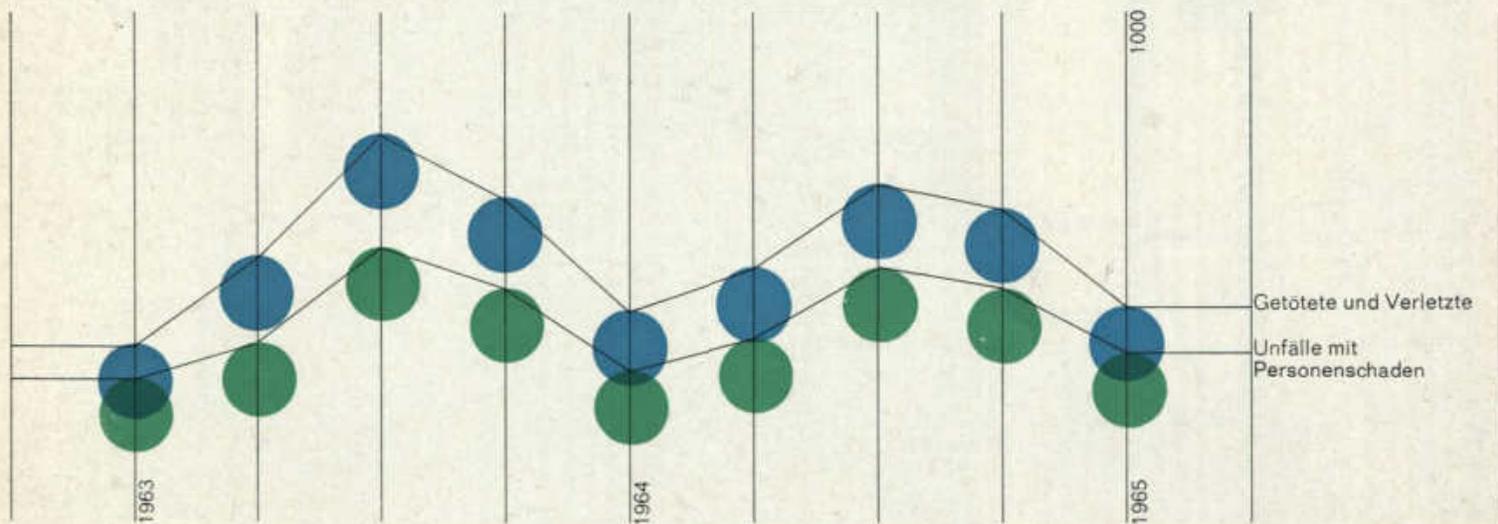
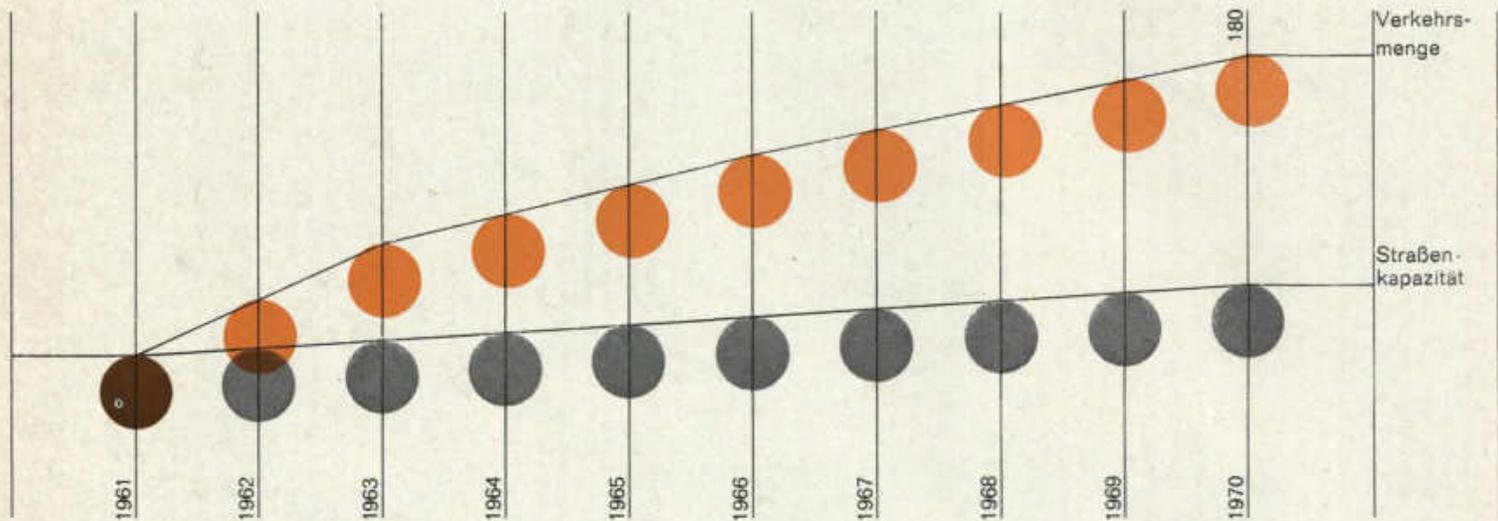
links: Das Großumspannwerk bei Uchtelfangen
rechts: Das neue Fernheizwerk in Saarbrücken





Unsere Straßen sind für die Fahrzeugmenge, die sich heute auf ihnen bewegen muß, zu eng, zu unübersichtlich, zu klein (zu unsicher). Im Saarland gab es 1955 87 426 Kraftfahrzeuge, Ende 1964 waren es bereits 193 745, und immer noch werden es mehr. Da ist es mit Flickarbeit nicht getan und mit 100-m-Neubaustrecken.

Ein ganzes Dorf mit 600 Einwohnern — so viele Personen werden bei uns Monat für Monat auf der Straße getötet oder verletzt. Wievielen Familien könnte großes Leid erspart, wieviele Werte könnten erhalten bleiben, wenn eine vorausschauende Verkehrspolitik rechtzeitig das Notwendige zur Verkehrssicherung veranlaßt hätte.

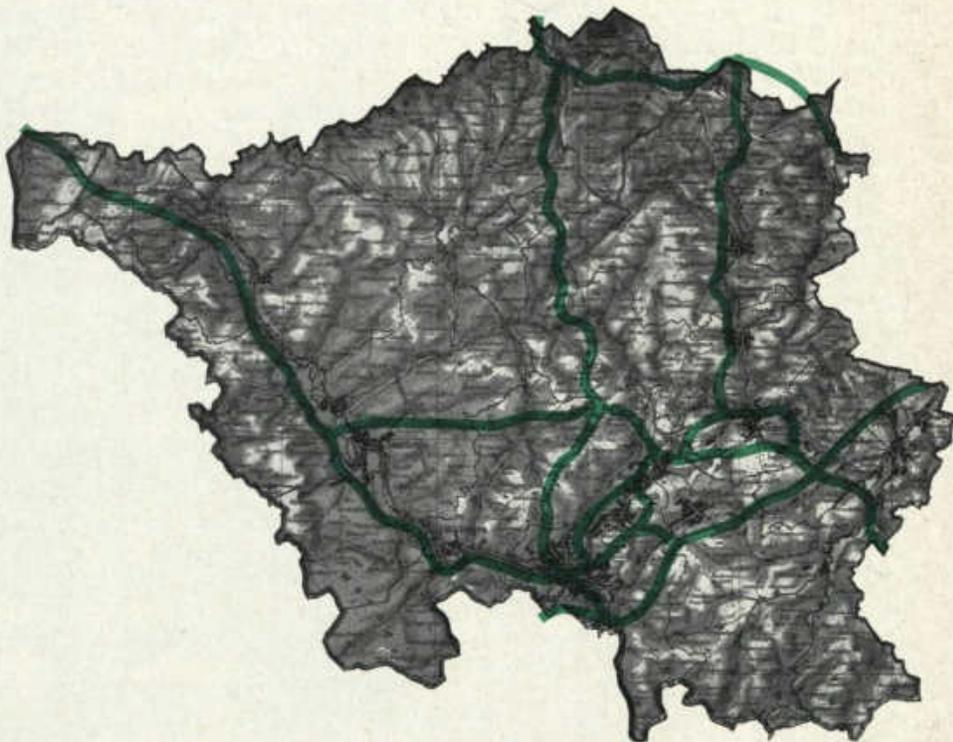


Wenn der Ballungsraum verkehrsschnell und -sicher sein soll, brauchen wir dringend ein System leistungsfähiger Fernstraßen: den Ausbau der Autobahn bis zur Grenze, den vierspurigen Ausbau der B 406, die in das Industriegebiet der Benelux führt, die vierspurige Verbindung nach Norden und die vierspurige B 41

nach Nordosten. Diese Straßen müssen durch gutberechnete Querspangen verbunden werden. Hinzukommen müssen entsprechende Maßnahmen finanziell gut gestellter Gemeinden. Erst dann sind notwendige Voraussetzungen für unsere Verkehrssicherheit und unsere wirtschaftliche Entwicklung gegeben.

Verkehrspolitik ist Entwicklungspolitik

Rasche Erfolge auf diesem ungewöhnlich komplexen Gebiet sind notwendig. Sie sind jedoch nur denkbar durch harmonisches Zusammenwirken der beteiligten Behörden, Verbände, Organisationen und Verkehrsträger. Eine Gesamtkonzeption ist zu schaffen. Nicht das Verkehrsministerium kann allein — noch dazu getrennt vom Straßenbauministerium — in ministerieller Abgeschlossenheit jeweils Einbahnpolitik mit der Bundesbahn, dann mit der Post, dann mit den Unternehmen des Straßenverkehrs, dann mit den kommunalen Verkehrsbetrieben und den Städten betreiben. Die Zusammenfassung muß kommen, wenn etwas Vernünftiges herauskommen soll. Zwischen der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes, der Verkehrsdichte und der Zahl der Unfallopfer darf es keinen absoluten Automatismus und eine daraus resultierende Resignation geben. Verkehrspolitik ist im wahrsten Sinne des Wortes Entwicklungspolitik im eigenen Lande. Sie ist nicht so zu ordnen, daß sie nur den Tagesnotwendigkeiten angepaßt wird. Nur durch exaktes Zusammenspiel von finanzieller Stärkung unserer öffentlichen Hand, Raumordnungsfragen, der Zuordnung von Arbeitsplatz und Wohnung, kann erhofft werden, daß der Verkehr einmal dort zügig weiterfließt, wo es sich um die Zentren unseres gewerblichen, kulturellen und industriellen Lebens handelt. Heute beschäftigen sich bei uns zahllose Stellen mit diesen Fragen, ohne daß ihre Ergebnisse und Erkenntnisse an einer Stelle zusammenfließen. In den kommenden fünf Jahren wird wohl nicht alles getan werden können, was nachzuholen wäre und was die SPD mit ihren verkehrspolitischen Vorstellungen auf lange Zeit anstrebt. Die entwickelten Grundsätze aber sind maßgebend für die Arbeit einer Regierung, wie wir sie uns wünschen. Sie bauen auf einer klar konzipierten Gesamtplanung unseres Verkehrslebens auf, zum Wohle unserer heimischen Wirtschaft und der Menschen an der Saar.





Sicherheit vor allem ist die Devise einer dynamischen und modernen Verkehrspolitik, wie die SPD sie verwirklichen will. Die Bewältigung des Innerortsverkehrs und des Nah-Schnellverkehrs im Industrieraum sind dabei ebenso wichtig wie der Ausbau der Fernverkehrsstraßen für Wirtschaft und Fremdenverkehr.

Über- und Unterführungen für Fußgänger, Rad- und Fußwege und kreuzungsfreie Straßen können die Verkehrssicherheit wesentlich erhöhen. Autoschlängen und Verkehrsstauungen mahnen: wir brauchen dynamische Verkehrspolitiker, die sich endlich an eine großzügige Verbesserung unserer Straßenverhältnisse heranwagen.



Alles für den Menschen:

die Familie.

Familienpolitik ist ein politisches Schlagwort. Muß es das sein? Die schönsten und besten Programme sind sinnlos, wenn sie nicht auf den Menschen, auf die Familie hinzielen. Staat und Gesellschaft haben die Aufgabe, die Kraft und die Bindung der Familie zu stärken. Das ist für uns ein politisches Prinzip.

Das goldene Kalb aus Bonn

Jahrelang war der Tanz ums goldene Kalb — um das „Wirtschaftswunder“ — der Hauptlebenszweck unserer Gesellschaft in Deutschland und die Bonner Regierungsparteien haben dieses Gesellschaftsbild bewußt geprägt. Das ist kein gesellschaftliches Klima, in dem die Familie so gedeihen kann, wie wir es uns vorstellen. Wir brauchen viel für eine gesunde Familienpolitik, an Ideen und Geld. Wir brauchen Steuergerechtigkeit für die Familien und Eltern, die Zeit haben für ihre Kinder, Spielplätze, auf denen sich die Phantasie unserer Kleinen entwickeln kann, und Eltern, die bei der Gestaltung des Schulwesens mitarbeiten. Wir brauchen günstige Darlehen, um jungen Ehepaaren die Einrichtung ihres Hausstandes zu erleichtern, und Arbeitsstätten für Halbtagsarbeit, damit die Mütter wieder mehr bei den Kindern sein können. Wir brauchen schließlich Vorsorgekuren und Heilverfahren für Mütter und Kinder und Wohnungen, die modern und gesund sind, Wohnungen, in die die Sonne hineinschaut, abseits vom Verkehr, von Lärm, Rauch und Ruß.

Gesunde Familien — gesundes Land

Das sind anspruchsvolle Vorstellungen. Aber im Interesse unserer Familien müssen sie verwirklicht werden. Eine Landesregierung kann Gesellschaftspolitik nicht allein betreiben. Sie muß im eigenen Lande und mit ihrem Einfluß bei der Bundesregierung in Bonn jedoch eine familien-gesunde Gesellschaft fördern helfen. Sie muß darauf achten, daß die Auswirkungen auf die Familien bedacht werden, wann und wo auch immer Entscheidungen fallen. Sie kann die Arbeit von Vereinen und Verbänden in dieser Richtung ermuntern und unterstützen. Wir Sozialdemokraten haben einen Sinn dafür. Die Wahlen zu den Gemeinderäten haben es bewiesen.

Alles für den Menschen: die Sorge für unsere älteren Mitbürger

Unsere besondere Sorge gilt den alten Menschen

Die medizinische Wissenschaft feiert von Jahr zu Jahr neue Triumphe. Lebensbedingungen wurden verbessert und die Lebenserwartung ist gestiegen. Der Mensch lebt länger, der Mensch wird älter. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik wird nach Berechnungen der Statistiker im Jahre 1975 um 41 Prozent über dem Stand von 1939 liegen. Die Zahl der über 65jährigen wird im gleichen Zeitraum um mehr als 174 Prozent wachsen. Während vor dem Krieg der Anteil der über 65jährigen noch 7,3 Prozent betrug, liegt er heute schon bei elf Prozent und wird in zehn Jahren auf mehr als 14 Prozent ansteigen. Das erregt uns eine besondere Sorge und Verpflichtung für unsere alten Menschen auf. „Das Ziel der Sozialdemokraten für unsere alten Mitbürger ist es, ein Alter ohne materielle Not zu sichern; ein menschenwürdiges Zuhause auch für alte Menschen zu schaffen; den medizinischen Fortschritt auch für das Alter zu nutzen; die Einsamkeit zu überwinden.“ So heißt es in der sozialpolitischen Entschließung des Bundesparteitag der SPD in Karlsruhe im November des vergangenen Jahres. Danach muß gehandelt werden.

Wissenschaft und Technik haben unsere Welt mehr und mehr zu einer reinen Arbeitswelt geformt. Das bedeutet vielfach, daß unsere heutige Gesellschaftsordnung dem alten Menschen gleichgültig, wenn nicht gar feindlich gegenübersteht. Es genügt nicht mehr, daß wir dem Menschen weitere Lebensjahre schenken und ihn einsam und abseits dahindämmern lassen. Es muß uns gelingen, den alten Menschen in der Gemeinschaft zu halten.

Ein Alter ohne materielle Not

Ein Volk lebt geistig und materiell aus den Werken der Vorväter. Unsere kulturelle und zivilisatorische Reife ist daran zu messen, welche Leistungen wir denen zukommen lassen, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind. Damit ist es schlecht bestellt bei uns. Noch heute hat

jedes neunte alte Ehepaar ein Einkommen unter dem Existenzminimum. Jeder fünfte alleinstehende ältere Mensch hat nur ein Einkommen, das zur Bestreitung der notwendigen täglichen Ausgaben kaum ausreicht. In unserer oft so selbstgefällig gepriesenen Wohlstandsgesellschaft sind das bedenkliche Feststellungen. So darf es nicht bleiben. Der alte Mensch hat ein Recht auf ein sorgenfreies Alter, dafür hat er sein Leben lang gearbeitet. Wir werden für die alten Menschen unserer Saarheimat Verbesserungen schaffen.

- Die hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung soll als öffentlich rechtliche Zusatzversicherung aufrechterhalten und ihre Leistungen den veränderten Lohn- und Preisverhältnissen angepaßt werden;
- die Altershilfe für die Landwirte muß entsprechend der allgemeinen Entwicklung des Lebensstandards angemessen erhöht werden, die Sozial-Rentnerhilfe ist bis zur Verabschiedung günstiger bundesrechtlicher Regelungen als saarländische Sonderregelung zu erhalten und laufend den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Wir Sozialdemokraten erstreben eine allgemeine wirtschaftliche Sicherung aller alten Mitbürger in Form einer Volksversicherung. Das ist bekannt und in einem sozialdemokratisch regierten Land Europas bestens erprobt. Die Altersrente muß gewährleisten, daß ein soziales Absinken derer vermieden wird, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind.

Schönere Wohnungen — keine Behausungen

Ein glücklicher und sonniger Lebensabend für die alten Menschen unserer Heimat ist ohne die befriedigende Lösung der Wohnungsfrage nicht denkbar. Ein menschenwürdiges Zuhause ist dazu die wesentliche Voraussetzung. Wer sein Eigenheim besitzt, der kennt nicht die Sorge älterer Menschen, die eine Wohnung suchen müssen, weil ihre bisherige nach Auszug der Kinder zu groß und zu aufwendig geworden ist.

Auch hier gibt die Statistik ein beredtes Beispiel. Jedes fünfte ältere Ehepaar wechselt nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben in eine kleinere Wohnung über. Das geringe Angebot an passenden kleinen Wohnungen zu erschwinglichen Mieten und die eigenen geringen Einkünfte zwingen diese Menschen dann oft, in mehr oder weniger menschenwürdige Behausungen umzuziehen. Wer einmal einen von diesen alten Menschen in einem einzigen kleinen unmodernem Zimmer dahindämmern sah, weiß um die Größe und zwingende Notwendigkeit dieser Aufgabe. Hier rasch Abhilfe zu schaffen ist eine menschliche Pflicht. Wohnungen in Altenwohnheimen müssen bereitgestellt werden für unsere alten Menschen, die sich dort selbst versorgen können. Die Wohnungen müssen in Größe und Ausstattung altengerecht sein. Wichtiger noch ist, solche Wohnungen bei der Neuplanung von Siedlungen miteinzubeziehen. Ältere Menschen sollen nicht isoliert werden. Sie brauchen ein Zuhause inmitten unserer Gemeinden. Dies gilt auch für Altenwohnheime neuen Stils mit einer Betreuung im Heim. Altenpflegeheime für ältere Mitbürger, die ständiger Pflege bedürfen, fehlen noch an vielen Orten unserer Saarheimat.

Gesundheit bis ins hohe Alter

Das Alter hat seine besonderen Anfälligkeiten, Krankheiten und Leiden. Sie bedürfen besonderer Erforschung und Behandlung. Die Errichtung von Altenkrankenhäusern an zentralgelegenen Orten im Saarland muß daher gefördert werden. Das Pensionsalter für Frauen sowie Bergleute und andere Schwerstarbeiter muß auf 55 Jahre herabgesetzt werden. Die Gewährung von Hauspflege muß zu einer Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Maßnahmen zur gesundheitlichen Wiederherstellung und Erholung können und müssen dazu beitragen, ältere Menschen vor vorzeitiger Hilflosigkeit zu bewahren. Auch hier hat die sozialpolitische Entschließung auf dem Karlsruher Partei-

Ein erfülltes Leben in einer menschlichen Gesellschaft — für diesen Anspruch tritt die SPD ein. Junge Familien brauchen zu ihrem Gedeihen einen Staat, der ihnen wohlwill, der ihre Entfaltung begünstigt und ihre Erziehungskraft stärkt. Ältere Menschen aber müssen ihren Lebens-

abend ohne materielle Not in der Gemeinschaft verbringen können. Wir brauchen nicht nur die Leistungen ihres Arbeitslebens, sondern auch die Erfahrungen ihres Alters. Die Jüngeren bauen auf dem auf, was die Älteren geschaffen haben. Dafür gebührt ihnen der Dank der Gemein-

schaft. Sie müssen dazugehören, in Familien und Gemeinden und in einem Land, das sich um sie bemüht.

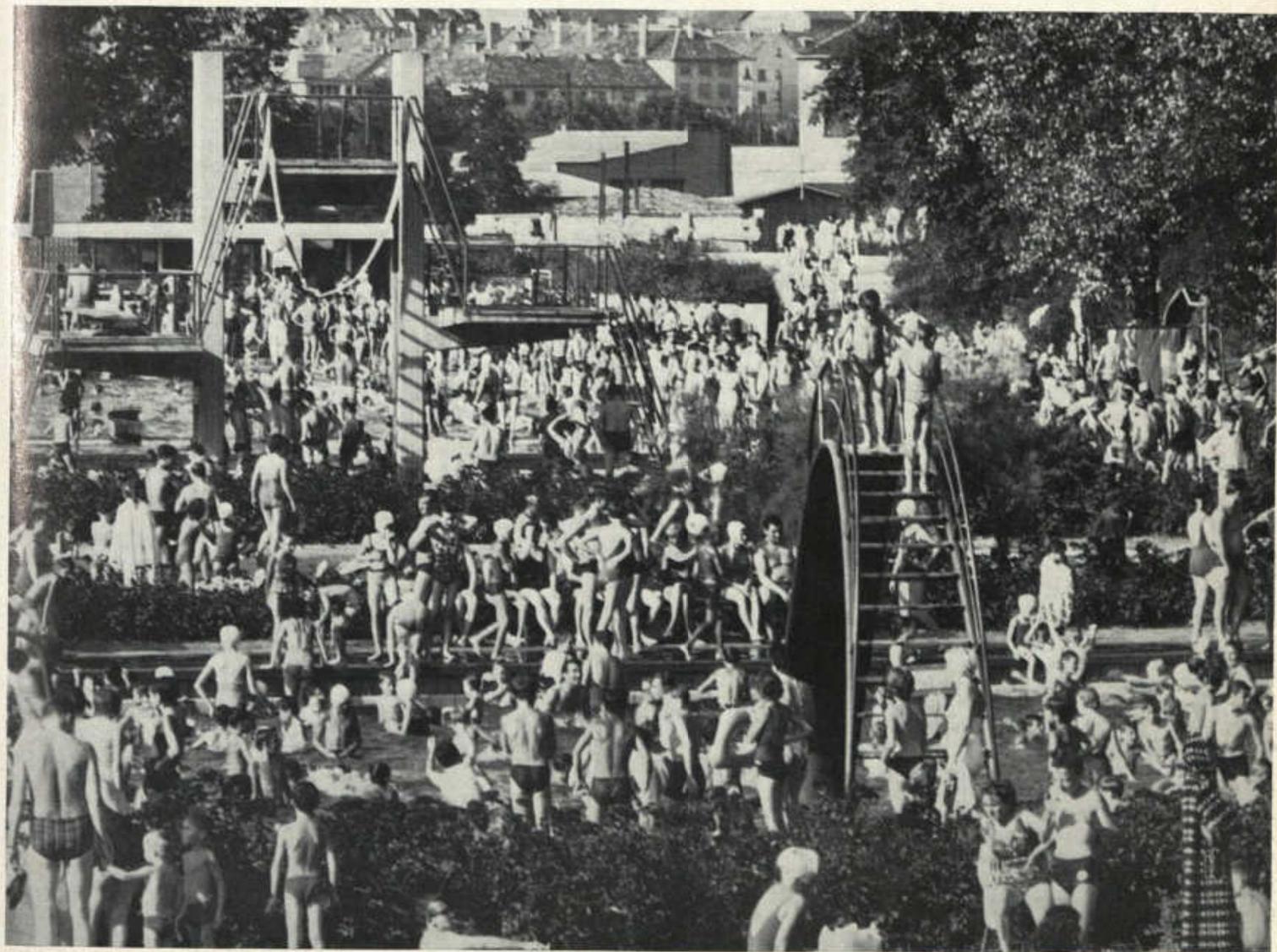




Zwar nicht ganz vorschriftsmäßig, aber doch selbst gestaltet ist dieser Campingplatz einer Saarbrücker Familie. Man sieht es, daß das Wochenende den Kindern und der Mama Spaß macht; Papa hat währenddessen Freude am Fotografieren. — Nächstes Wochenende geht's ins Freibad! Voraussetzung: Die Sonne scheint

und ein Stehplatz im Wasser ist noch frei. Erholungsgebiete für den Ballungsraum, Hallenbäder, offene Sportstätten: vieles bleibt zu tun, bis auch nur das Notwendige geschaffen ist.





tag die Richtschnur für unser Handeln gelegt: „Die Sozialdemokraten werden das sittliche Gebot erfüllen, unseren älteren Mitbürgern auch dann alle Leistungen sozialer Sicherung einschließlich der Krankenhauspflege zu geben, wenn keine Heilung der Krankheit, aber wenigstens eine Linderung der Beschwerden erreicht werden kann.“

Wir begrüßen das Wirken der Kirchen, Religionsgemeinschaften und Verbände der freien Wohlfahrtspflege auf dem Gebiet der Altenhilfe. Wir vermissen bisher jedoch das Wirken des Landes. Die Gemeinschaften und Verbände können das Problem nicht allein meistern. Die Praxis hat gezeigt, daß Fehlplanungen und unterschiedliche Hilfsmaßnahmen ohne die Zusammenarbeit aller die Hilfe für unsere alten Menschen vermindern. Das darf nicht sein. Die SPD wird in engem Zusammenwirken aller Beteiligten eine fortschrittliche, auf die Dauer befriedigende Lösung des Altenproblems in unserer Heimat anstreben.

Wir müssen die Jahre mit Leben erfüllen und nicht bloß dem Leben Jahre anhängen.

So heißt ein schöner und treffender Spruch. Altenhilfe heißt vor allem, die Kräfte der alten Menschen zur Selbsthilfe zu erhalten und zu entwickeln. Viele altgewordene Menschen unserer Heimat sind nach einem arbeitsreichen Leben in der Familie, unter Arbeitskollegen, unter Freunden, nun vereinsamt. Sie kommen mit den Problemen des Alltags nicht mehr zurecht, und sie finden keinen Zugang mehr zu der modernen Gesellschaft. Diese Menschen aus ihrer Isolierung zu befreien, bedarf es der Nachbarschaftshilfe, der Einrichtung von Altenclubs und Altentagesstätten in allen Städten und größeren Gemeinden. In unserer Jugend muß das Verständnis und die Hilfsbereitschaft für unsere alten Mitbürger wachsen. Bei ihr muß das Bewußtsein vertieft und verstärkt werden, was sie der älteren Generation verdankt.

Dazu ist erforderlich:

Die Aufstellung eines langfristigen Altenplanes bis spätestens Mitte 1966; die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Deckung des Nachholbedarfs für

- die Errichtung von Altenheimen;
- die Errichtung von Altenpflegeheimen;
- die Errichtung von Altenwohnheimen;
- die Errichtung von Altenbegegnungsstätten;
- die Einrichtung von Altenmahlzeitendiensten,

eine bessere und ausreichende Regelung im Hauspflegedienst und schließlich Mittel für die Altenerholung. Der Mensch kann die Bedingungen seines Daseins verändern. Was man verändern kann, kann man auch verbessern. Wir Sozialdemokraten haben die Ideen und den Willen, die Daseinsbedingungen unserer alten Menschen zu verbessern.

„Unsere älteren Mitbürger brauchen die Gemeinschaft, aber die Gemeinschaft braucht auch sie.“ Dieser Ausspruch Willy Brandts umreißt klar die Aufgabe, die wir zu lösen haben und die wir auch lösen werden.

Alles für den Menschen: Platz für unsere Jugend.

Bildung und Ausbildung

Die Jugend von heute ist die gestaltende Kraft der Gesellschaft von morgen. Ihr muß daher das besondere Interesse dieser Gesellschaft gelten, um sie zu befähigen, verantwortungsbewußt die Probleme unserer Zukunft zu meistern. Eine erfolgreiche Jugendpolitik muß eine umfassende Ausbildung und Bildung gewährleisten, den jungen Menschen zur Mitverantwortung heranziehen und ihn gleichzeitig gegen schädigende Einflüsse der Umwelt abschirmen. Die Sorge und das Bemühen um unsere Jugend muß ein vordringliches Anliegen unseres Staates sein.

Der technische Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung erfordern eine Neuordnung unseres Berufsausbildungswesens. Jedem jungen Menschen muß die Berufsausbildung die Chance geben, seine Begabungen voll entfalten zu können. Eine wissenschaftlich fundierte Berufsberatung soll ihm den Eintritt in das Berufsleben erleichtern. Dieses Berufsleben verlangt eine breite Grundausbildung, auf die sich Spezialkenntnisse aufbauen. Die beruflichen Schulen sind die letzte gesetzliche Bildungsstation für die große Mehrzahl aller jungen Menschen in unserer Heimat und damit der Ausgangspunkt für freiwillige Weiterbildung in den Einrichtungen des beruflichen Bildungsweges. Sie müssen vorrangig an der beruflichen Ausbildung mitwirken, dazu aber die staatsbürgerliche Bildung der jungen Menschen weiterentwickeln und die musische und Leibeserziehung darüber nicht vernachlässigen. Die SPD hat diese Erfordernisse auf ihrem Parteitag in Karlsruhe in einer EntschlieÙung zusammengefaßt: „Sozialdemokraten werden in einem einheitlichen und umfassenden Berufsausbildungsgesetz die Bedürfnisse der Menschen mit den Erfordernissen einer dynamischen Wirtschaft und Gesellschaft im europäischen und weltweiten Arbeitsmarkt vereinigen. Berufsausbildung und Aufstiegschancen des einzelnen sind finanziell zu sichern. Gesetzlich verankerte Ausbildungsbeihilfen müssen jedem jungen Menschen

unabhängig von der wirtschaftlichen Lage seiner Familie die Möglichkeit zur beruflichen Ausbildung, zur persönlichen Entfaltung und zum gesellschaftlichen Aufstieg bieten. Die Sozialdemokraten werden das Jugendarbeitsschutzgesetz den gesundheitlichen und sozialpolitischen Erfordernissen unserer Zeit anpassen.“

Ziel: Offener Horizont

Damit ist ein wichtiger Teil unserer Zielsetzung in der Jugendpolitik abgesteckt. Aber die Aufgaben sind vielfältig. Wir müssen die außerschulische Bildungsarbeit erweitern und verstärken, denn sie ist eine echte Lebenshilfe für das Erkennen und Wachsen der eigenen Kräfte und der gestaltenden Mächte in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Unsere Jugend strebt nach internationalen Begegnungen. Dadurch können Vorurteile abgebaut und Verständnis für unsere Nachbarvölker geweckt werden. Das deutsch-französische Jugendwerk darf nur ein Anfang sein, das zu einem europäischen Jugendwerk erweitert werden muß. Die Einrichtung von offenen Begegnungsstätten für junge Menschen in den Gemeinden verdient eine besondere Förderung. Hier muß noch viel getan werden.

Unsere Verantwortung für die Jugend

Die Familie ist die kleinste Zelle der Gemeinschaft und wichtigstes Erziehungsfeld für den jungen Menschen. Sie zu schützen, zu fördern und zu stärken wird unser besonderes Anliegen sein. Sie kann ihre Aufgabe jedoch ohne materielle Sicherung nicht erfüllen. Die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen und familiengerechter Wohnungen für junge Ehepaare, die Einrichtung von Ehe- und Erziehungsberatungsstellen in allen Stadt- und Landkreisen, Kindergärten und Tagesheime gehören zu den Aufgaben unserer Politik. Die SPD betrachtet die Lösung der jugendpolitischen Fragen als gemeinsame Verpflichtung von Bund, Ländern und Gemeinden einerseits und allen freien Institutionen und Organisationen an-

dererseits. Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen und Jugendverbände bemühen sich um unsere Jugend und leisten wertvolle Erziehungsarbeit. Ihre Bemühungen bedürfen der planvollen Unterstützung des Staates. Wir haben bereits seit längerem gefordert, durch Änderung der Urlaubsbestimmungen und Urlaubsgesetze die Möglichkeit zu schaffen, daß vor allem jugendliche Arbeitnehmer, die weiterbildende Kurse und Seminare besuchen wollen, einen angemessenen bezahlten Urlaub erhalten, der nicht auf den Jahresurlaub angerechnet wird. Wir wollen tüchtige und qualifizierte Menschen in unserer Gesellschaft und wir müssen in der jugendpolitischen Arbeit die Voraussetzungen dafür schaffen. Dringend notwendig ist auch ein umfassendes Jugendhilfegesetz, ebenso wie ein Landesjugendplan, der jährlich alle für die Förderung, Ausbildung und Jugendsozialhilfe erforderlichen Maßnahmen übersichtlich zusammenfaßt und die Mittel dazu bereitstellt. Der Grundsatz der Freiwilligkeit und Unabhängigkeit der Arbeit der Jugendverbände muß stets gewährleistet sein.



Unsere Kinder brauchen Raum für ihre Spiele, um ihre Kräfte zu stählen und ihre Phantasie zu entwickeln. Hier liegt ein Auftrag für alle, denen die Gestaltung unserer Städte und Dörfer anvertraut ist.

Straßen sind gefährlich und eignen sich nicht für das Austoben unserer Kinder. Wir brauchen verkehrssichere Spielplätze.



Alles für den Menschen: ein menschliches Kulturverhalten.

Die Bildung der Erwachsenen

Erwachsenenbildung ist heute kein Hobby mehr. Sie ist Voraussetzung zum Verständnis unserer immer komplizierter werdenden technisierten Umwelt. Wir können täglich und stündlich feststellen, wie sehr sich unsere Welt ändert und welche Anforderungen Technik und Wirtschaft an uns stellen. Von uns hängt es ab, wie Kunst und Politik aussehen, welches Gesicht unsere Gesellschaft erhält. Erst aus diesem Verständnis heraus, das durch umfassende Bildung geschaffen wird, können Entscheidungen getroffen werden. Die zweite industrielle Revolution bringt neue technische Verfahren, neue Arbeitsweisen und viel Umstellungsprobleme. Zahlreiche bisherige Berufe werden nicht mehr gefragt, neue Berufe werden geschaffen. Bildung macht diese Welt erst begreiflich und hilft bei der Bewältigung ihrer Probleme. Das gilt nicht nur für den beruflichen Bereich. Die politische Bildung gehört ebenso dazu, um verantwortungsbewußte Mitarbeiter für die Gemeinschaft heranzuziehen. Erwachsenenbildung ist also kein Schlagwort, sie ist eine der vordringlichsten und bedeutungsvollsten Aufgaben unserer Zeit.

Rückstand an der Saar

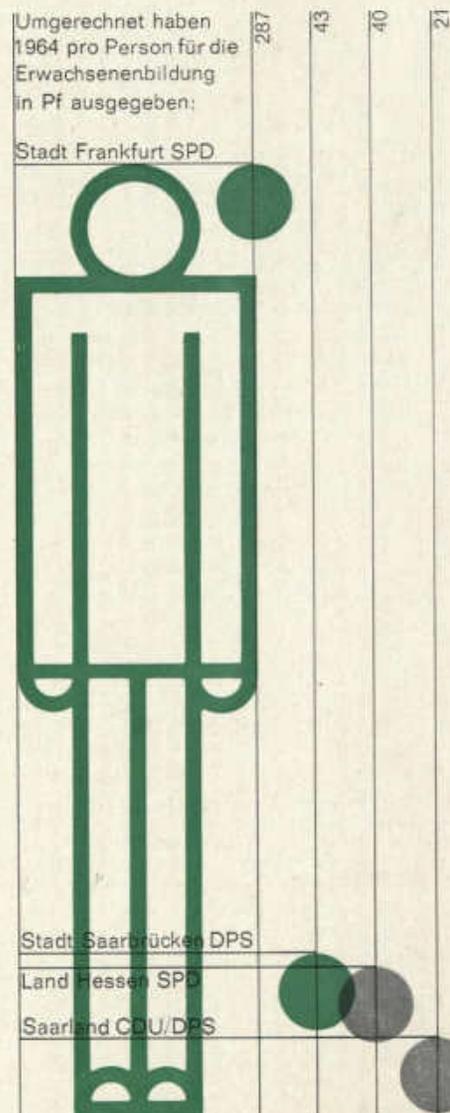
Wie ist es damit in unserer Saarheimat bestellt? Wir haben vierzehn Volkshochschulen und fünf Kreisvolksbildungswerke mit 79 örtlichen Bildungswerken. Sie haben im vergangenen Jahr rund 327 000 DM aufgebracht, die Gemeinden haben 357 000 DM, die Kreise 191 000 DM dazugegeben. Die Regierung hat ganze 230 000 DM bereitgestellt. Zum Vergleich: Eine einzige höhere Schule kostet uns im Jahre über eine Million DM. Das ist ein kleines Beispiel für die derzeitige Situation der Erwachsenenbildung an der Saar. Mit Festreden allein ist es bei der Erwachsenenbildung eben nicht getan. Die Mittel des Landeshaushaltes im Saarland sind für die Arbeit der Erwachsenenbildung gering, der Abstand zu anderen Bundesländern groß.

Die Aufgaben der Erwachsenenbildung gewinnen immer mehr Gewicht. Vorausschauende Bildungsplaner haben das längst erkannt. Das Land Hessen hat im Jahre 1964 pro Kopf der Bevölkerung 40, das Saarland nur 21 Pfennige für die Volkshochschulen ausgegeben. Bei den Städten Frankfurt und Saarbrücken lauten die

Beträge auf 287 und 43 Pfennige. Diese Zahlen bedürfen keines Kommentars.

Unsere Aufgabe:

Wir müssen diesen Abstand stetig verringern und unverzüglich die längst fälligen Entscheidungen treffen, um der Erwachsenenbildung im Saarland die gebührende Stellung zu verschaffen und sie finanziell zu sichern. Durch die stärkere Förderung werden die Einrichtungen dieser Erwachsenenbildung ein größeres und differenzierteres Programm aufbauen können. Sie können neue Mitarbeiter gewinnen und fortbilden, die Methodik ihres Lehrplans verbessern, Lehrmittel beschaffen, die Arbeitsgemeinschaften und Seminare verstärken. All dies wird den Volkshochschulen und Bildungswerken verschiedener Art leichter, wenn sie sich entsprechend ihrer Aufgabe auch vom Staat mehr gewürdigt wissen.



Schule und Bildung: Eine Aufgabe für alle

Bildung und Bildungsreform sind nicht Sache einer Partei allein, auch nicht bei uns an der Saar; sie soll nicht parteipolitisch gesehen werden. Trotzdem besteht kein Zweifel, daß die Parteien hier sehr unterschiedlich eingestellt sind. Die SPD sieht in der Bildungspolitik die wichtigste Gemeinschaftsaufgabe unseres Volkes. Es kann keine geistige Freiheit und keinen wirtschaftlichen Wohlstand auf Dauer geben, wenn Bildung und wissenschaftliche Forschung vernachlässigt werden, wie das in der Vergangenheit oft der Fall war. Wir bekennen uns im Saarland zu einer realistischen Schul- und Kulturpolitik: Achtung und Respektierung der Tradition und Wille zur Verwirklichung des seit langem notwendigen Neuen. Im Mittelpunkt unserer Sorge steht dabei die Frage nach der bestmöglichen Schule und den optimalen kulturellen Bedingungen unseres Landes. Die Bedeutung der Bildung in unserer Zeit ergibt sich vor allem aus der Erkenntnis unserer Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Menschen. Unser Erziehungsziel ist der mündige Bürger, der sein eigenes Leben selbstbewußt führt und sich in seiner gesellschaftlichen Verantwortung im öffentlichen Leben bewährt. Nur er sichert auf die Dauer Bestand und Lebendigkeit unserer Demokratie. Wir sagen es ungern, aber mit Nachdruck und einiger Berechtigung: Die bisherige Regierung im Saarland hat den Schul- und Bildungsfragen zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Sie hat auf Drängen manches unternommen, aber es fehlte die Gesamtkonzeption. Was getan wurde, war zu wenig, kam oft zu spät und war nicht selten wenig vorbereitet und wenig durchdacht. *Schul- und Kulturpolitik ist keine Angelegenheit der letzten Monate vor der Wahl.* Sie ist eine permanente Aufgabe für unsere Bevölkerung.

Drei Ziele der SPD Saar

Der Ausbau unseres Bildungswesens, seine auf wissenschaftliche Forschung und Planung ge-

stützte innere Umgestaltung und die Schaffung der ideellen und materiellen Voraussetzungen sind die drei großen Bereiche und Ziele der Kultur- und Bildungspolitik der Sozialdemokratischen Partei im Saarland. Daher ist der Ausbau des Bildungswesens im Saarland eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit. Nur so ist es möglich, allen Kindern und Jugendlichen in unserem Lande eine gediegene und gründliche Bildung zu geben und Begabungen zu wecken und zu entwickeln. Die Neugründung von Aufbaugymnasien oder Realschulen in Heusweiler, Dudweiler, Saarbrücken, Brebach, Lebach, Wadern, Losheim, Türkismühle, Blieskastel und Bexbach muß unseres Erachtens rasch in die Wege geleitet werden. Dadurch wird einer wesentlich höheren Anzahl von Kindern der Besuch weiterführender Schulen ermöglicht.

Mittelpunktschulen fördern

Die organische Zusammenfassung wenig gegliederter Schulen zu Mittelpunktschulen muß stärker gefördert werden. Der Standort der Mittelpunktschulen muß im Einvernehmen mit der Elternschaft und den Wahlkörperschaften der Gemeinden unter maßgeblicher Beteiligung der Landesplanung bestimmt werden. Wo nach eingehender Prüfung ein Bedürfnis für die Errichtung einer Mittelpunktschule festgestellt wird, sollten andere Volksschulbauten nicht mehr gefördert werden. Die Kinder müssen kostenfrei zu diesen Mittelpunktschulen gebracht werden. Für die Anlage von sicheren Schulwegen, Rad- und Fußwegen ist Sorge zu tragen. Die Einrichtung von Mittelpunktschulen darf nicht mehr länger hinausgezögert werden. Es kommt jetzt vor allen Dingen darauf an, diese Schulform stärker zu fördern und für die Gemeinden, Eltern und Schüler attraktiv zu machen, wie das in allen anderen Bundesländern geschieht. Dort hat man die besten Erfahrungen damit gemacht. An der Saar hat man es leider — mit Ausnahme der Abschlußklassen — noch nicht versucht.

Die Sonderschulen ausbauen

Das Sonderschulwesen muß ebenfalls in verstärktem Maße ausgebaut und differenziert werden, damit alle körperlich, geistig und seelisch behinderten Kinder die ihnen gemäße Förderung erfahren. Schulkindergärten für schulpflichtige, aber noch nicht schulfähige Kinder müssen den Grundschulen vorgegliedert werden.

Berufsbildende Schulen sind keine Stiefkinder!

Das berufsbildende Schulwesen schließlich erwartet eine angemessene Intensivierung der Berufsausbildung in Schule und Betrieb zum Wohle der Jugendlichen und unserer wirtschaftlichen Zukunft. Dieser Aufgabe ist eine klare gesetzliche Grundlage zu geben. Auf die rechtzeitige Planung der notwendigen Einrichtungen und eine verstärkte Werbung für den Beruf des Gewerbestudienrates kann in Zukunft nicht mehr verzichtet werden. Den erhöhten Anforderungen der Wirtschaft an das Bildungsniveau ist durch die Einrichtung entsprechender Berufsfachschulen stärker Rechnung zu tragen. Damit soll der berufstätigen Jugend gleichzeitig der Weg zum Besuch der höheren Fachschulen, zur Erlangung der mittleren Reife und der Hochschulreife in größerem Umfang als bisher geöffnet werden.

Innere Umgestaltung mit Kenntnis und Takt

Der Ausbau des Bildungswesens genügt jedoch nicht, die *innere Umgestaltung* ist eine Forderung, die von Erziehungswissenschaftlern und Pädagogen seit längerer Zeit gefordert wird. Der qualitative Gesichtspunkt des Bildungswesens darf nicht vernachlässigt werden. Die Gymnasien in unserem Land müssen nach Begabungsrichtungen stärker differenziert werden. Zum Beispiel in musische, technische und sozialkundliche Zweige. Auch die Oberstufe des Gymnasiums sollte neu gestaltet werden. Durch eine weitergehende Konzentration der Bildungsinhalte soll eine Vertiefung des Unterrichts ermöglicht und die Erziehung des Schülers zu geistiger Selbst-

Unsere Jugend braucht Selbstvertrauen. Sie darf daher nicht in der Monotonie unseres modernen Arbeitslebens verhärten. Sie muß lernen, daß sie in der Arbeit für das ganze Leben tätig ist, für dessen Vielfalt, Fülle und Schönheit. Sie muß mehr Kontakt bekommen zu der Jugend anderer Länder. Offene Begegnungsstätten für junge

Menschen fehlen noch vielfach, damit sie in Werken und Basteln, im Musizieren und Singen, im Schauspiel und Tanz, im Zuhören und Diskutieren unsere Welt richtig erfahren.

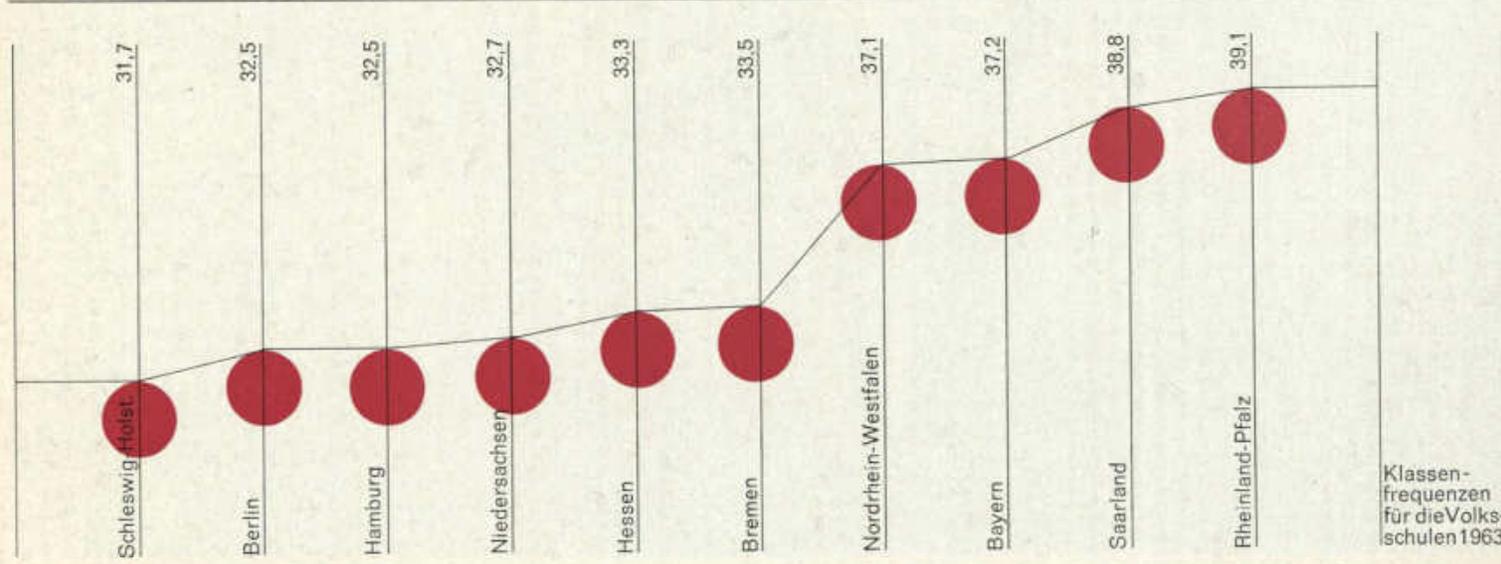
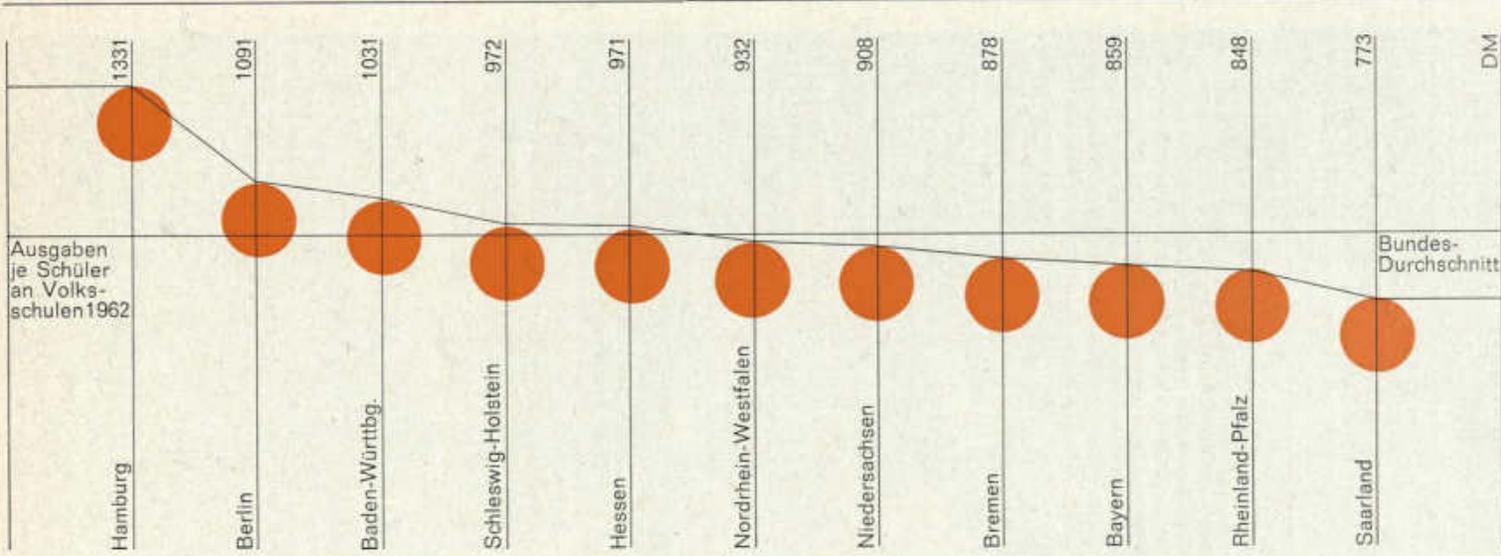




Manchmal könnte man der Meinung sein, — wenn man sich der Propaganda überlassen würde — das Saarland sei das Land mit der fortschrittlichsten Kulturpolitik unter den Bundesländern. Zahlen sagen es anders. 1962 haben je Schüler an Volksschulen ausgegeben: Hamburg (SPD) 1331 DM, Hessen (SPD) 971 DM,

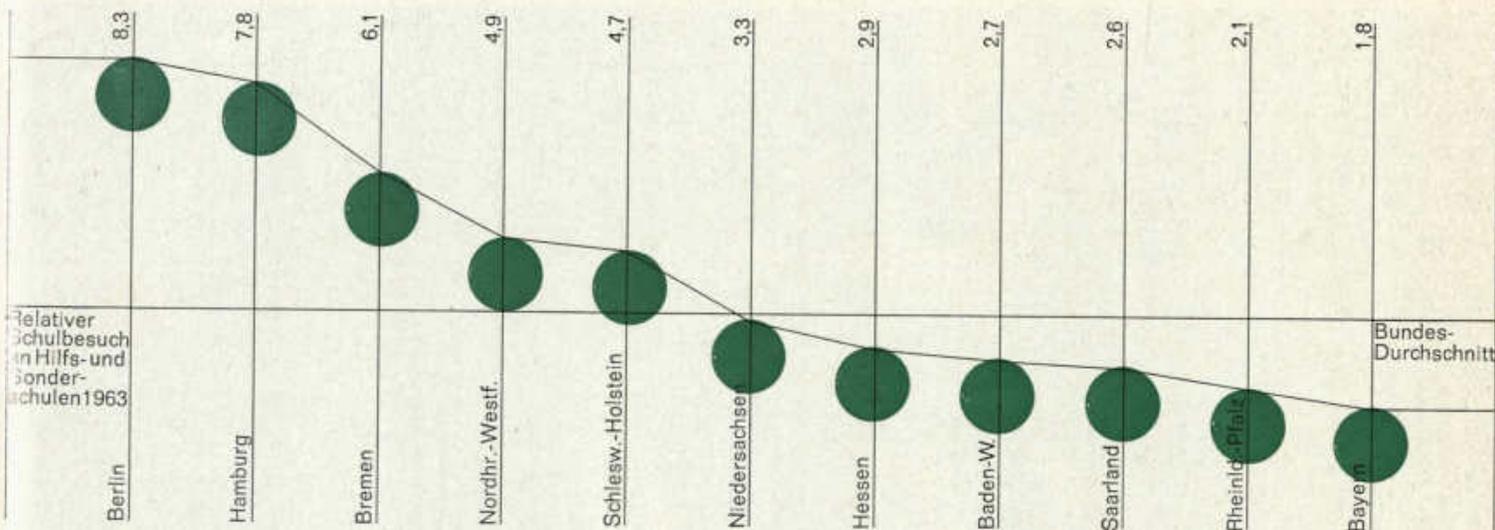
Niedersachsen (SPD) 908 DM, das Saarland (CDU) 773 DM!

Die Gelder, die für die Ausbildung ausgegeben werden, lohnen reichlich. In kleineren Klassen können Kinder mehr und besser lernen. In einer Klasse der Volksschule saßen im Jahre 1963 im Durchschnitt: in Hamburg 32,5 Kinder, in Hessen 33,3 Kinder, im Saarland jedoch 38,8 Kinder.



2,6% der Dreizehnjährigen besuchten im Jahre 1963 an der Saar eine Sonder(Hilfs)schule; in Bremen waren es 6,1%, in Westberlin 8,3%. Der niedrige Prozentsatz an der Saar bedeutet nicht, daß Sonderschulen hier weniger notwendig wären, er bedeutet ganz einfach, daß hier nicht genug Aufmerksamkeit auf diese Aufgabe

verwandt wurde. — Dabei entscheidet der Besuch der Sonderschule oft genug darüber, ob das Kind sein späteres Leben selbst meistern kann, ob es leistungsfähig und selbstbewußt wird. Die Förderung der Sonderschulen ist nicht nur ein Akt menschlicher Solidarität, sondern auch bildungspolitisch klug.



ständigkeit und Verantwortung gefördert werden. Sexta und Quinta in den höheren Schulen sollten zu einer Eingangsstufe zusammengefaßt werden, deren Besuch dann allen Kindern offensteht. Eine Versetzung sollte erst nach der Quinta stattfinden. Neben dem regulären Unterricht müssen Schüler mit Anfangsschwierigkeiten, die zum Beispiel durch unterschiedliche Grundschulverhältnisse oder durch ungünstige soziale Bedingungen verursacht sind, kostenlose Unterrichtshilfen erhalten können. Die Eigenständigkeit der Realschule muß auch inhaltlich sichergestellt werden. Der Abschluß der Realschule muß in seinen Anforderungen und Berechtigungen genauer bestimmt werden. Dabei ist vor allem auf die Bedeutung der Realschule für die höheren Fachschulen Bezug zu nehmen. Ein so aufgewerteter Abschluß könnte, so glauben wir, die Voraussetzung für eine Reihe bis jetzt verschlossener Laufbahnen der gehobenen Art bilden. In

diesem Zusammenhang müßte der Übergang von Realschul-Absolventen in gymnasiale Aufbauklassen, die zum Abitur führen, in stärkerem Maße als bisher angestrebt werden. Für die Laufbahn der Realschullehrer müßte das Referendariat und die Ausbildung in einem Studien-seminar sichergestellt werden.

Reform der Lehrerbildung

In der Hauptschule (der bisherigen Volksschuloberstufe) müssen wir eine Dreiteilung des Unterrichts anstreben. Sie bezweckt einen sachlich, didaktisch und methodisch qualifizierten Unterricht, einen höheren Leistungsstand in den sogenannten Fertigkeiten durch den Kursunterricht sowie eine Vertiefung und Erweiterung des Bildungsniveaus durch die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften. An die Stelle des jetzigen unformen Unterrichts muß ein Unterricht treten, der insbesondere auf die individuellen Fähigkei-

ten der Schüler Rücksicht nimmt. Das wird jedoch nur durch eine Reform der Lehrerbildung ermöglicht werden. Der Hauptschullehrer, als Fachgruppenlehrer, ist daher eine Forderung der Gegenwart und der nahen Zukunft.

Das berufsbildende Schulwesen erwartet in unserem Land eine echte Reform der Volksschuloberstufe. Sie erhält den Auftrag, die allgemeine Bildung in einem neuen zeitgemäßen Sinn zu verwirklichen. Die Lösung dieses Auftrages wird dadurch mitbestimmt, daß die Hauptschule zugleich in Verbindung mit dem beruflichen Bildungswesen gesehen wird. In der richtigen Auswahl der Bildungsinhalte, der Anwendung geeigneter Unterrichtsmittel und dem Einsatz der rechten Lehrer sieht das berufsbildende Schulwesen die wesentlichsten Voraussetzungen für die Bewältigung dieser Aufgabe.

Nachdenklich und besorgt melden hier die Mütter die Schulneulinge an. Wie lange soll es so weitergehen: Dauernd neue Schulbücher, Stundenausfall, Schlepptassen und Lehrermangel. Trotz aller gegenteiligen Propaganda: Wir an der Saar liegen noch weit zurück.

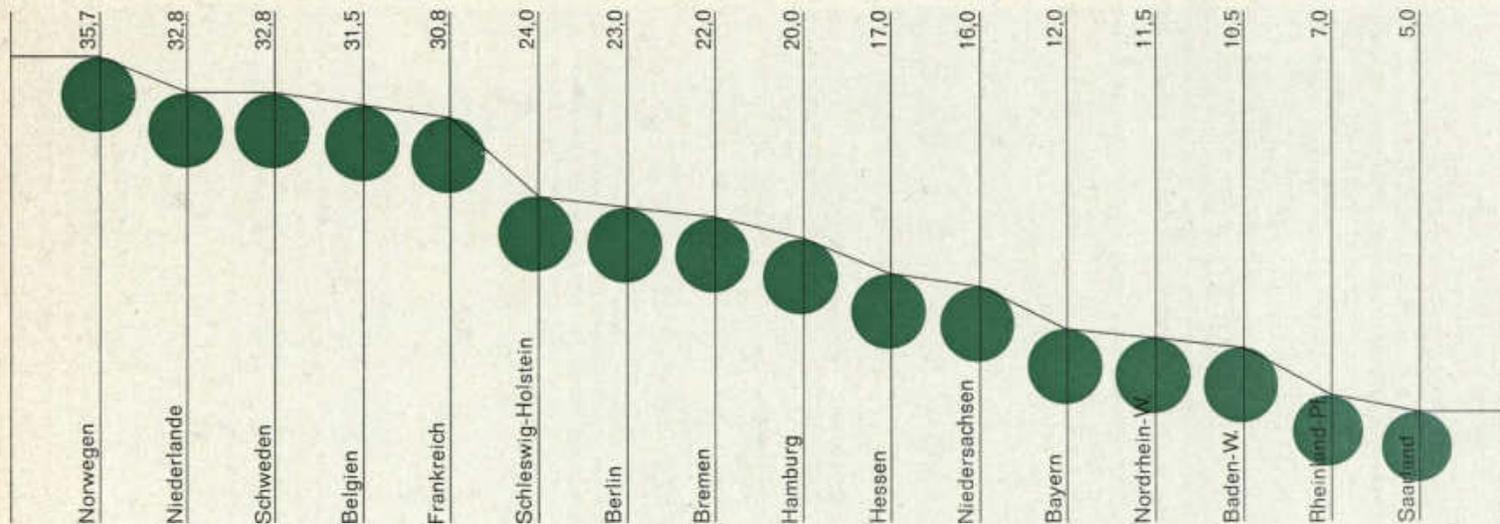
Die SPD hat die Fragen von Erziehung und Bildung zur wichtigsten Gemeinschaftsaufgabe erklärt. Ein Volk wächst mit seiner Bildung. Unsere Kinder sollen sich nicht nur freuen, wenn sie aus der Schule kommen, sondern auch, wenn sie *hineingehen*.





Im Jahre 1961 erreichten in Norwegen 35,7 % der Schüler die Mittlere Reife. In Schweden waren es 32,8 %, in Frankreich 30,8 %, in Berlin 23 %, in Hessen 17 %, an der Saar aber nur 5 %. Sicher ist inzwischen hier manches getan worden (aber nicht nur bei uns!). Trotzdem bleibt die Aufgabe, daß mehr weiterführende Schulen

an der Saar eingerichtet werden müssen. Insbesondere sind es die Familien in den ländlichen Gebieten, denen gleich gute Bildungsmöglichkeiten bereitgestellt werden müssen wie den Familien und ihren Kindern in der Stadt.



Bildung nach den Anforderungen unserer Zeit

Der Ausbau und die innere Umgestaltung des Bildungswesens in unserer Saarheimat sind an Voraussetzungen gebunden, die einen vollen Erfolg der anzustrebenden Bildungsreform garantieren. Zu diesen Voraussetzungen gehören eine Reihe sorgfältig abgestimmter Maßnahmen: die kostenlose Überelgung der Lernmittel und die Übernahme der Fahrtkosten für Schüler aller Pflichtschulen durch das Land;

- die intensive Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus und die verstärkte Mitverantwortung der Eltern an der Arbeit der Schule;
- die Erstellung einer besseren Ferienordnung;
- die Einrichtung schulpyschologischer Beratungsstellen, die den Eltern bei Erziehungs- und Lernschwierigkeiten ihrer Kinder helfend zur Seite stehen;
- die Erprobung und Einrichtung von Ganztagschulen;

die Einrichtung von Modell- und Beispielschulen, in denen Maßnahmen der erforderlichen Umgestaltung unseres Bildungswesens erprobt werden;

die Umgestaltung der Lehrpläne nach den Anforderungen unserer Zeit unter stärkerer Beachtung des Fremdsprachenunterrichts, der Naturwissenschaften, der Leibeserziehung und des Musischen;

der Übergang aus allen Klassen der Hauptschule in die weiterführenden Schulen muß für Spätentwickler ermöglicht werden;

die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Schulaufsicht und Lehrern unter stärkerer Beachtung der Verantwortlichkeit und der pädagogischen Freiheit des Lehrers;

die Beibehaltung des kommunalen weiterführenden Schulwesens als pädagogisch notwendiges Gegengewicht und der Personalhoheit der Gemeinden für die Lehrkräfte dieser Schulen;

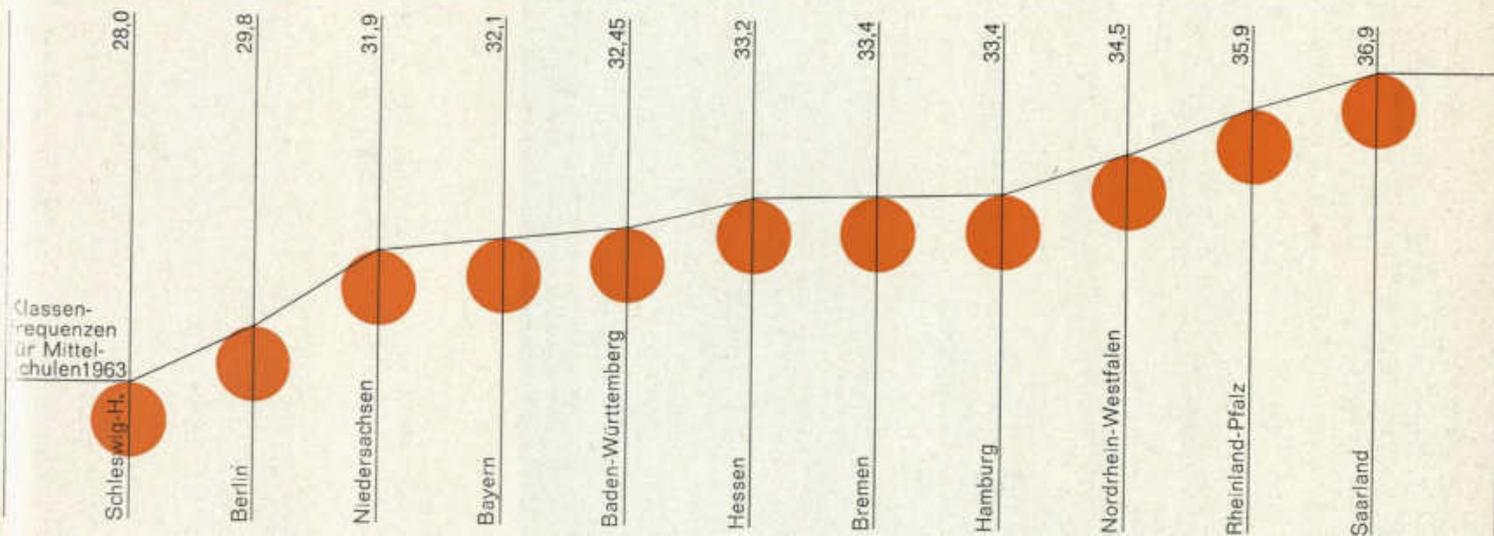
die wissenschaftliche Ausbildung aller Lehrer, verbunden mit der Möglichkeit der Weiterbildung mit staatlicher Unterstützung, und die Entlastung der Lehrer von Verwaltungsarbeiten durch den Einsatz von Schulassistenten und Verwaltungskräften;

die Einrichtung pädagogischer Forschungsstellen, in denen wichtige aktuelle Fragen, zum Beispiel Übergang in die weiterführenden Schulen, Schulbücher, Lehrpläne, Durchlässigkeit und Begabungspflege wissenschaftlich untersucht werden;

der Ausbau der Pädagogischen Hochschulen zu wissenschaftlichen Hochschulen in Verbindung mit der Umgestaltung der Lehrerbildung.

Ein Lehrer an der Realschule (früher: Mittelschule) unterrichtete im Jahre 1963 in Berlin 29,8, in Niedersachsen 31,9, in Hessen 33,2, an der Saar jedoch 36,9 Schüler. Jedem leuchtet ein, daß ein Lehrer einer kleineren Klasse mehr Aufmerksamkeit und Sorgfalt zuwenden kann als einer größeren. Das aber ist gerade auch bei

den weiterführenden Schulen notwendig, aus denen später viele Führungskräfte in Wirtschaft, Kultur und Verwaltung hervorgehen.



Ausbau unserer Universität

Ein Grundanliegen der Sozialdemokratischen Partei an der Saar, vor allem in den Bereichen der Schule und Kultur, ist die wissenschaftliche Erfassung der Aufgaben und Probleme, die Gegenwart und Zukunft mit sich bringen. Wir vernachlässigen der Zukunft wegen nicht die berechtigten Ansprüche der Gegenwart; wir wissen aber, daß die bloße Berücksichtigung der Gegenwart schlimme Folgen für die Zukunft jedes einzelnen und unseres Landes nach sich zieht. Die Universität des Saarlandes genießt unter den deutschen Hochschulen einen hervorragenden Ruf. Als Universität an der Grenze zu Frankreich nimmt sie eine Sonderstellung ein. Sie ist dadurch auch berufen, einen wertvollen Beitrag zur notwendigen Hochschulreform in der Bundesrepublik zu leisten. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung im Saarland wird ihre Verpflichtung vor allem darin sehen, der Uni-

versität die Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben als einer internationalen Stätte von Lehre und Forschung zu sichern. Sie wird prüfen, ob nicht internationale Institutionen für den weiteren Ausbau der Universität des Saarlandes als einer europäischen Hochschule interessiert werden könnten. Das würde sich dann zugleich in einer Entlastung des Saarhaushaltes in finanzieller Hinsicht auswirken können. Noch wichtiger aber und für die gesamte deutsche Wissenschaft von beispielhaftem Wert wäre die enge internationale Verflechtung von Forschung und Lehre. Die Universität des Saarlandes könnte, unter voller Ausschöpfung der durch das Hochschulgesetz gegebenen vorbildlichen, leider bisher nur unzureichend genutzten Möglichkeiten, ein europäischer Knotenpunkt werden. Diese Vorstellung stand Pate bei der Gründung unserer Universität. Sie ist jedoch im Laufe der Entwicklung leider etwas in den Hintergrund getreten.

Wir erachten es als unerlässlich, den sogenannten Mittelbau der Universität zu stärken. Das macht die Schaffung einer angemessenen Anzahl von Stellen nichthabilitierter akademischer Lehrer zur Entlastung der Ordinarien erforderlich. Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Einrichtung von Parallel-Lehrstühlen und der Förderung von Teamworks in der Forschung widmen. Alle Maßnahmen des Ausbaus der Universität dürfen nicht, wie es bisher noch vielfach geschah, nur von den Erfordernissen des Tages ausgehen, sondern auch von den Notwendigkeiten der Zukunft.

Die kulturelle Verpflichtung der Saar

Der allgemeinen Kulturförderung sollte der Leitgedanke zugrunde liegen, alle sinnvollen privaten Initiativen zu fördern und mit staatlichen Maßnahmen einzugreifen, wenn die Möglichkeiten einzelner Personen oder Gruppen allein



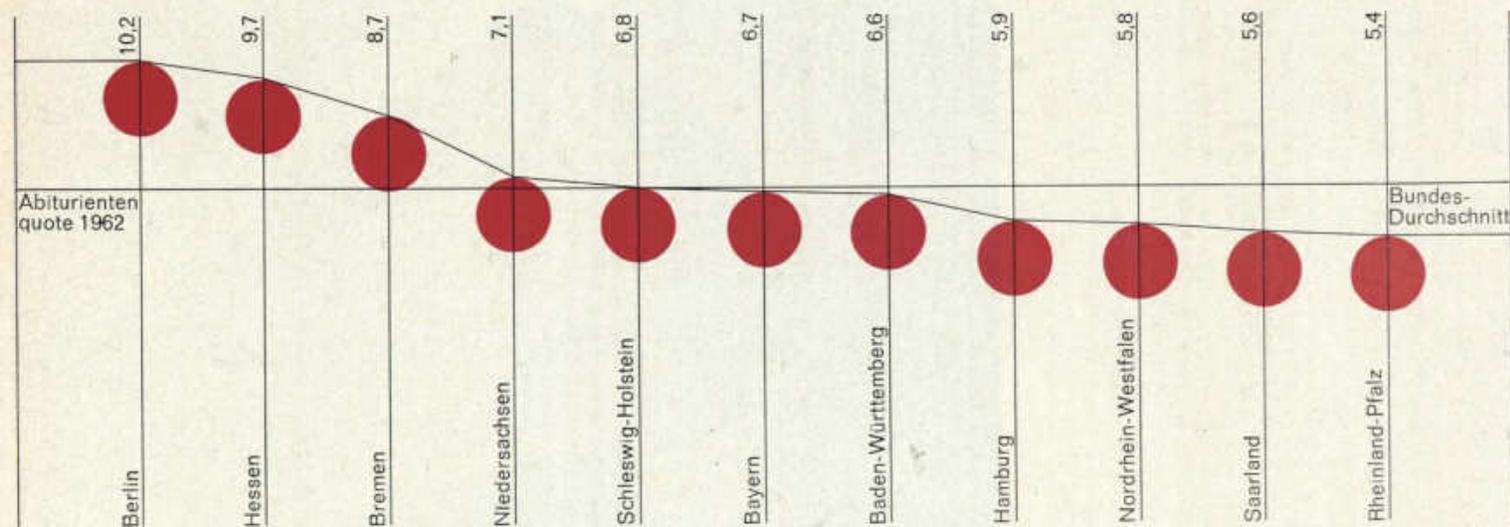
Zur Bewahrung von Gerechtigkeit und Menschenwürde bedarf unsere Gesellschaft der Mitwirkung aller. Wir freuen uns darüber, wenn Menschen aus der Kraft ihres Glaubens heraus Verantwortung in Kultur, Wirtschaft und Politik übernehmen. Auch die Kirchen werden sich dieser Aufgabe mehr und mehr bewußt. Von ihrem neuen Geist zeugen moderne und kühn gebaute Gotteshäuser in unseren Landen.

links: Meßfeier in Maria-Königin, Saarbrücken,
Kieselhumes
rechts: Evangelische Kirche Mettlach



5,6‰ eines Geburtsjahrganges machten im Jahre 1962 im Saarland das Abitur. In Niedersachsen waren es 7,1‰, in Hessen 9,7‰, und in Westberlin 10,2‰. Dabei sind junge Menschen an der Saar sicherlich nicht dümmer als in Hessen oder Berlin. Es ist höchste Zeit, daß an der Saar nicht nur bildungspolitische Aufklärung betrieben

wird, sondern auch wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen unserer jungen Menschen durchgeführt werden.



nicht ausreichen. All unser kulturelles Wirken sollte von dem Ziel bestimmt sein, der zunehmenden Technisierung unserer Welt ein *menschliches Gegengewicht*, ein „*humanes Kulturverhalten*“ beizugeben.

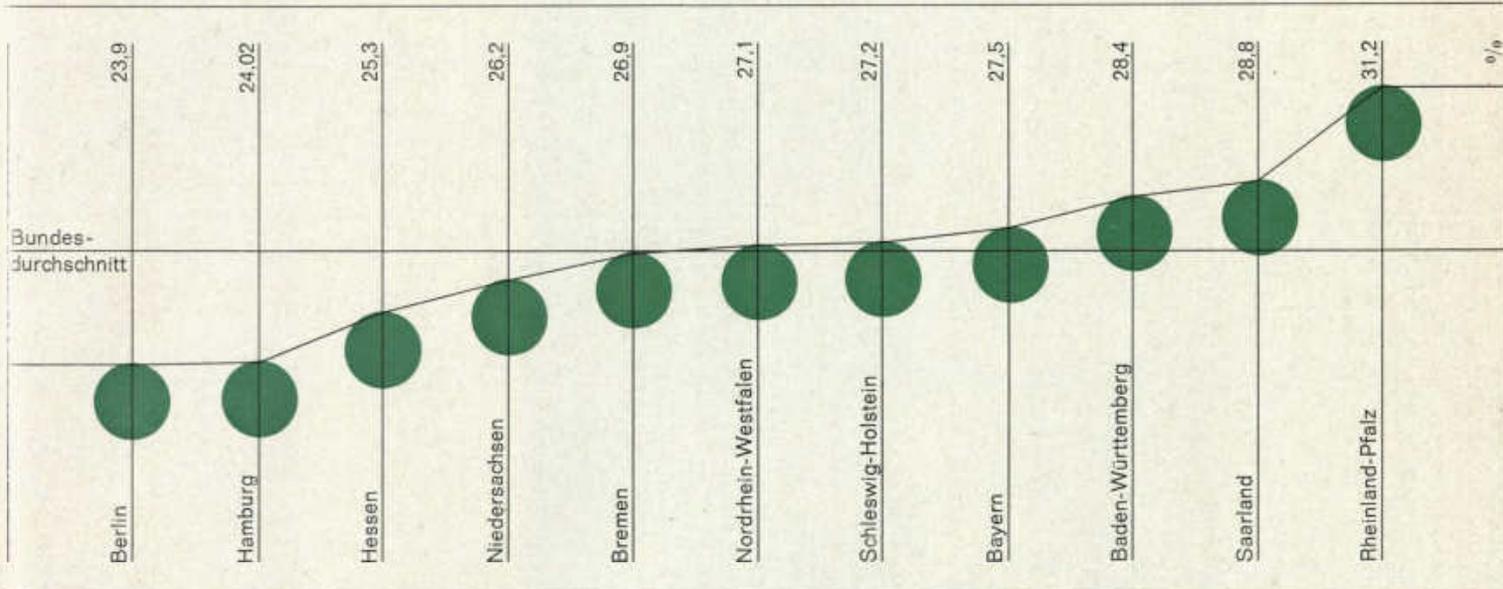
Das Saarlund hat wegen seiner besonderen Geschichte und seiner exponierten geographischen Lage zwischen dem benachbarten Frankreich und Luxemburg eine eigene kulturelle Verpflichtung. Wir müssen versuchen, ihr gerecht zu werden. Im Vordergrund muß das Bemühen um den weiteren und stärkeren Ausbau, um angemessene finanzielle und ideelle Unterstützung der vorhandenen Kulturinstitutionen an der Saar stehen, zum Beispiel den Theatern und Orchestern, dem Saarlundmuseum, dem Museum für Vor- und Frühgeschichte, der Staatlichen Musikhochschule, der Staatlichen Werkkunstschule, der zoologischen und botanischen Gärten und anderer Einrichtungen.

Das Saarlundmuseum in Saarbrücken muß in einem bereits geplanten Neubau endlich die Möglichkeit erhalten, seine eigenen Schätze in repräsentativem Rahmen zu zeigen und große Kunstausstellungen in die Landeshauptstadt zu holen. Die Erweiterung des Museums kann durch eine von Regierung, Wirtschaft und Einzelpersonen getragene Stiftung ermöglicht werden. Eine solche Stiftung würde erheblich dazu beitragen, das Interesse der Öffentlichkeit an den wertvollen Sammlungen unseres Museums zu wecken und zu fördern. Durch eine noch stärkere Zusammenarbeit des Museums mit der Universität, mit den Hoch- und Fachschulen, den Volkshochschulen und den allgemeinbildenden Schulen, mit Rundfunk, Fernsehen und Presse könnte die Wirkung dieser bedeutsamen Kulturstätte unserer Heimat gefördert werden. Die Staatliche Werkkunstschule, die mit ihrer besonderen Aufgabenstellung zwischen Kunst-

hochschule und Fachschulen eine wichtige Ausbildungsstätte in unserem hochindustrialisierten Land darstellt, muß materiell und personell gefördert werden. Ein sorgfältiger Ausbau, an den Erfordernissen der Industrie, der Wirtschaft und Kulturträger orientiert, müßte in naher Zukunft in die Wege geleitet werden. Wünschenswert ist in diesem Zusammenhang auch eine enge Verbindung mit den anderen pädagogischen Einrichtungen. Die Staatliche Musikhochschule soll durch den geplanten Neubau noch bessere Möglichkeiten in ihrer Ausstrahlung erhalten, damit das traditionsreiche saarländische Musikleben sowohl im Sinne einer Breitenwirkung als auch in der Förderung von besonders Begabten erhalten und weiterentwickelt wird. Auch für die Staatliche Musikhochschule ist eine weitere Verstärkung der fruchtbaren Zusammenarbeit mit Theater, Rundfunk und anderen Kulturträgern des Landes von großem Wert.

Ein ähnliches Bild wie bei den Klassenfrequenzen der Real(Mittel-)schulen ergibt sich für 1963 auch für die höheren Schulen. Auch hier ist — entgegen anderslautender Propaganda — der Lehrermangel deutlich fühlbar. Er macht sich in Stundenausfall und vielen Improvisationen bemerkbar, die zu Lasten der Unterrichtsqualität

gehen. In einer Klasse der höheren Schulen wurden in Berlin 23,9, in Hessen 25,3, im Saarland aber 28,8 Schüler unterrichtet.



Förderung der kulturellen Vereine

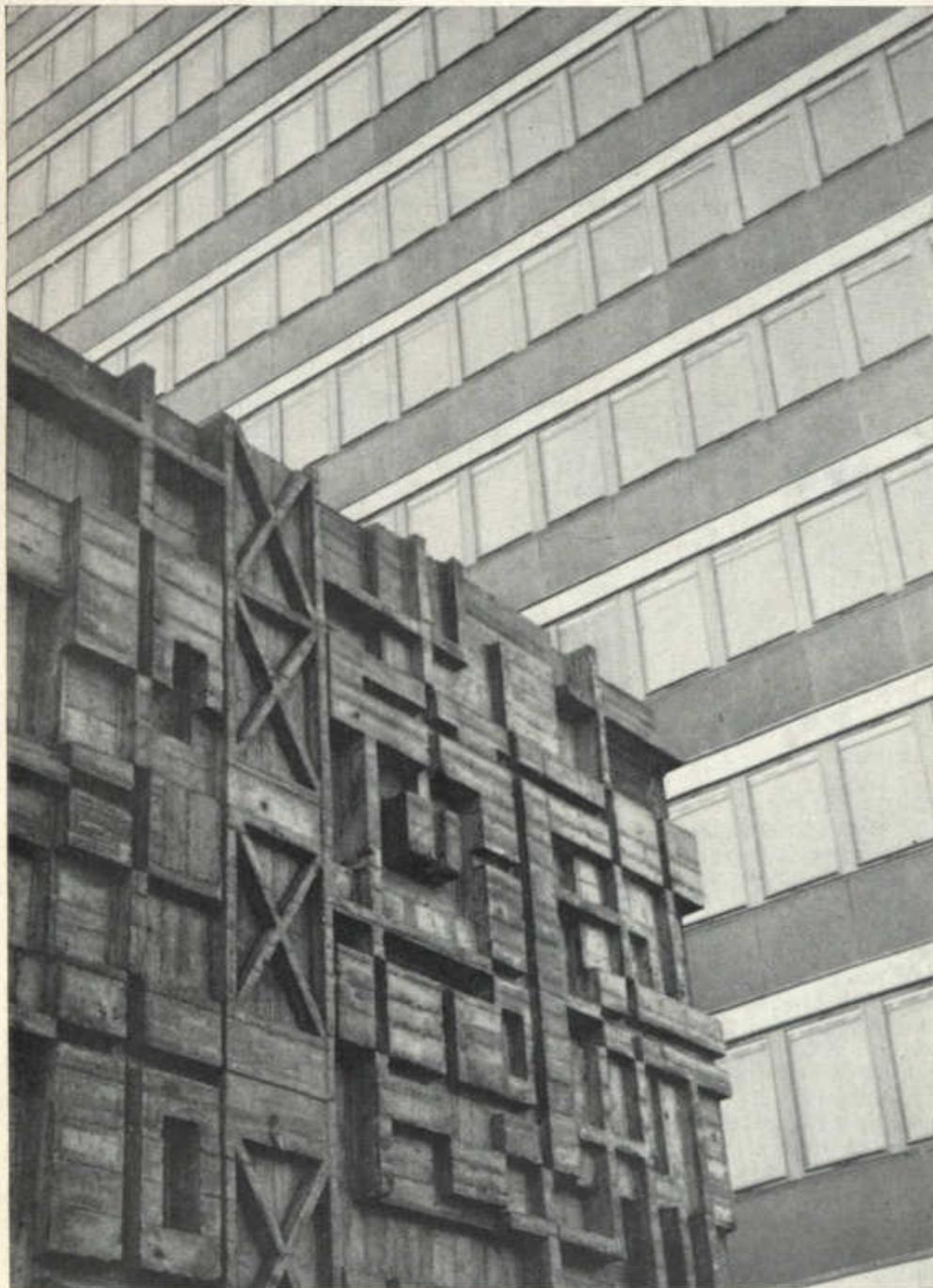
Bei öffentlichen Bauten muß die Landesregierung dem künstlerischen Schmuck der Bauwerke erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Kulturträger sollten in der Förderung aller kultureller Vereine eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen. Stipendien und Förderungszuschüsse für künstlerisch hochbegabte junge Menschen sind mehr als bisher bereitzustellen, damit ihnen ein Studium auch außerhalb des Saarlandes ermöglicht wird. Zur allgemeinen Kulturförderung gehören weiterhin Naturschutz, Denkmals- und Landschaftspflege. Die weitere Ausbreitung der Technik macht es immer mehr notwendig, die Natur zu schützen und besonderen Wert auf die Erhaltung wertvoller Kulturdenkmäler zu legen. Die Einrichtung weiterer Naturschutzgebiete ist sowohl für die Erhaltung des biologischen Gleichgewichts als auch für die Erholung der Bevölkerung von großer Bedeutung.

Rundfunk und Fernsehen weiterentwickeln

Der Saarländische Rundfunk hat sich in den wenigen Jahren seiner Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik sowohl in seiner kulturellen als auch in seiner wissenschaftlichen Arbeit einen guten Ruf erworben. Trotz der angespannten Finanzlage des Saarrundfunks, der neben Radio Bremen und dem Sender Freies Berlin zu den kleinsten Anstalten der Bundesrepublik gehört, ist seine Leistung beachtlich. Durch das neue Rundfunkgesetz ist die Unabhängigkeit des Saarländischen Rundfunks gewährleistet. Diese Unabhängigkeit entbindet die Landesregierung jedoch nicht von ihrer Verantwortung gegenüber der Anstalt. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird dafür Sorge tragen, daß der Saarländische Rundfunk in seiner einzigartigen Lage im Mittelpunkt des europäischen Montandreiecks als selbstän-

dige Rundfunkanstalt erhalten bleibt. Die Gestaltung eines anspruchsvollen Programms kostet Geld, und es hat sich gezeigt, daß die Finanzierung allein aus den Gebühren der heimischen Bevölkerung nicht möglich ist. Daher werden wir ständig auf einen besseren Finanzausgleich zwischen den deutschen Rundfunkanstalten drängen.

Es wird weiterhin zu prüfen sein, ob nicht durch eine engere Zusammenarbeit mit den anderen benachbarten deutschen und ausländischen Rundfunkanstalten eine Programmlastung erreicht werden kann. Sie darf allerdings nicht die Eigenständigkeit des Saarländischen Rundfunks antasten. Besonderer Wert muß auf die zukünftige Entwicklung von Hörfunk und Fernsehen gelegt werden. Schon jetzt zeichnen sich wesentliche Veränderungen im Verhältnis der beiden Massenmedien zueinander und in ihrem Verhältnis zur Presse und zum Buch ab.



Die Sehnsüchte, die Ängste und das Selbstgefühl jedes Zeitalters drücken sich in seiner Kunst aus. Wichtig ist daher die starke Verbindung unserer Kunsthochschulen mit unseren kulturellen Vereinen aller Art.

Auch das Häßliche wird schön durch die Kunst.
Aller Fortschritt soll unser Leben nicht nur bes-
ser, sondern auch schöner machen.

links: Betonrelief von Max Mertz am Wirtschafts-
ministerium in Saarbrücken

rechts: Fensterstein an der alten Abtei in Mett-
lach (18. Jahrhundert)



Die SPD strebt an, daß eines der deutschen Sportzentren an die Saar kommt. Unsere Turner und Sportler haben das verdient. Wir stellen die kleinste Stadt, die einen Bundesliga-Verein hat.

Im Mittelpunkt der Sportarbeit steht für uns der unabhängige Verein. Vieles ist getan worden,

vieles bleibt noch zu tun: Übungsplätze, Hallenbäder, Sporthallen.

Sinnvolle Freizeitgestaltung, körperlicher Ausgleich, soziale Grunderfahrungen und Erziehung zu Gesundheit und Leistungskraft: Das alles sind Früchte des Sports für unser Volk, mit dem die SPD seit ihrem Bestehen verbunden ist.

links: Leist, Melcher, Konietzka beim Spiel Borussia Dortmund gegen Borussia Neunkirchen. rechts: Abendsportfest des SV „Saar 05“: im Start: Helga Hoffmann und Jutta Heine.





Alles für den Menschen: der Sport.

Turnen und Sport: ihre Bedeutung für das Volksganze

Seit ihrem Bestehen hat sich die Sozialdemokratische Partei mit dem Problem des Sports auseinandergesetzt und versucht, seiner wachsenden Bedeutung gerecht zu werden. Sie hat der deutschen Öffentlichkeit vor ihrem Sport-Forum am 10. November des vergangenen Jahres in Bad Godesberg ihr Programm für die Leibeserziehung und den Sport vorgelegt und in Leitsätzen aufgezeigt, wie die anstehenden Probleme gelöst werden können. Gerade die SPD fühlt sich hierzu legitimiert, weil sie diese Aufgabe stets als eine Gemeinschaftsaufgabe angesehen hat. Sie hat rechtzeitig und klar die Bedeutung des Sports und der Leibeserziehung in einer modernen Industriegesellschaft erkannt und versucht, seiner Bedeutung durch tatkräftige Hilfe gerecht zu werden. Das ist notwendig, denn die trotz wachsendem Wohlstand immer häufiger auftretenden Haltungsschäden und Erkrankungen unserer Jugend können nur mit Hilfe des Turnens und der sportlichen Betätigung überwunden werden.

Was die SPD auf Bundesebene forderte, gilt gleichermaßen für den Bereich unseres Landes. Deshalb hat der 5. Ordentliche Parteitag der SPD an der Saar Ende vergangenen Jahres in Völklingen einstimmig einer Entschließung zugestimmt, der Leibeserziehung, dem Turnen und dem Sport die Bedeutung zu geben, die ihnen in einer Industriegesellschaft zukommt, und zwar mit dem Ziel:

- Gesundheit und Leistungskraft unseres Volkes zu fördern und zu erhalten,
- zur Erziehung und zur Bildung des Menschen auch durch Turnen und Sport beizutragen,
- in Schulen, Vereinen und anderen Gemeinschaften des Sports soziale Grunderfahrungen zu vermitteln, eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen.

Größere Hilfe ist notwendig

Es ist selbstverständlich, daß die SPD nach den in Godesberg aufgestellten Leitsätzen handeln und ihr Programm zur Förderung des Sports verwirklichen wird. Sie hat dabei auch in unserem Lande noch sehr viel Arbeit. Es hat sich gezeigt, daß an der Saar die weitverbreitete Meinung herrscht, der Sport habe keine Forderungen mehr an den Staat zu stellen. Das ist eine stiefmütterliche und grundfalsche Einordnung der Bedeutung des Sports in unserer Gesellschaft.

Noch Ende des vergangenen Jahres sah sich der Landessportverband des Saarlandes gezwungen, an den Landtag und die Regierung heranzutreten und um Unterstützung für Turnen und Sport zu bitten. Der Landessportverband konnte dabei in nüchternen Zahlen aufzeigen, wie notwendig diese Unterstützung für den Sport und die Leibeserziehung ist. Die Landtagsfraktion der SPD hatte sich damals spontan mit den Spitzenvertretern des Sports zusammengesetzt und ihnen Hilfe zugesagt. Der Erfolg blieb nicht aus. Rund 500 000 DM mehr als die Regierung veranschlagt hatte, wurden in den neuen Haushalt aufgenommen.

Hermann Neuberger, der Präsident des Landessportverbandes an der Saar, konnte nachweisen, daß die Mitgliederzahl der 33 im Saarland vorhandenen Sportverbände in der Zeit von 1960 bis 1964 von rund 133 000 auf 153 000 gestiegen ist. In der gleichen Zeit sind die Zuwendungen an den Sport für Verwaltungszwecke aus dem staatlichen Haushalt von 200 000 DM im Jahre 1960 auf 180 000 DM im Jahre 1964 gesunken. Einer steigenden Zahl von Mitgliedern, Verbänden und der damit verbundenen größeren Verwaltungsarbeit mit erhöhten Personal- und Materialkosten steht also ein verringerter Zuschuß des Landes gegenüber. Bei dieser Sachlage ist eine wirkungsvolle Unterstützung des Sports in Frage gestellt. Während ringsum in allen anderen europäischen und überseeischen Staaten der Sport zielbewußt und mit beachtlichen finanziel-

len Zuwendungen unterstützt wird, wird an der Saar und in weiten Teilen des übrigen Bundesgebietes mit Mitteln geknausert. Nur der Sportstättenbau hat in der Vergangenheit zu erfreulichen Ergebnissen geführt. Die im „Goldenen Plan“ geforderten Voraussetzungen sind in unserer Heimat zu einem guten Teil erfüllt worden. Daran hat die SPD einen gewichtigen Anteil, weil sie während der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung und durch ihre Vertreter in den maßgebenden Gremien zu dieser erfreulichen Entwicklung wesentlich beigetragen hat.

Was zu tun ist

Das darf jedoch nicht zu der Annahme verführen, daß genügend Sportstätten an der Saar vorhanden sind. Immer noch fehlen Schwimmbäder und Lehrschwimmbekken, Turnhallen und andere Übungsstätten. Wenn das Saarland eine führende Rolle im Sport beibehalten will, muß endlich auch an Schwerpunktanlagen zur Förderung des Leistungssports gedacht werden. In der Landeshauptstadt Saarbrücken und in anderen Städten fehlen repräsentative Sporthallen, in denen auch internationale Veranstaltungen stattfinden können. Es fehlen Eislaufflächen. Sportler vieler Disziplinen müssen immer noch außerhalb des Landes trainieren, weil sie an der Saar dazu keine Möglichkeiten haben. Das hat zur Folge, daß bei uns ganze Sportzweige verkümmern. Die Förderung des Leistungssports bei uns könnte und müßte dazu führen, daß eines der in Deutschland geplanten Sportzentren in das Saarland gelegt wird. Hier könnte durch eine verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Regierung und Sportverbänden die Voraussetzung geschaffen werden, ein saarländisches Angebot für die Verantwortlichen des deutschen Sports attraktiv zu gestalten.

Drei Sportstunden in der Woche

Saarländische Sportfunktionäre waren es schließlich, die dem Schulsport neue Impulse und Aufschwung verschafft haben. Turnen und Sport an höheren und Mittelschulen haben vorzügliche Leistungen zu verzeichnen, nur an den Volksschulen gehört der Sport leider noch immer zu den am meisten vernachlässigten Fächern. Für die SPD wird daher als Mindestforderung die Einführung von drei Sportstunden pro Woche in den Stundenplan angesehen. Ziel muß die tägliche Turnstunde sein. Auch die Eröffnung des sogenannten „Zweiten Wegs“ für weite Bevölkerungskreise zur Teilnahme an Turnen und Sport sollte ermöglicht werden.

Förderung des Spitzensports

Die Förderung der Spitzensportler aber bedingt gezielte Maßnahmen, für die sich der Staat besonders verpflichtet fühlen sollte. Der Spitzensport strahlt heute eine Anziehungskraft aus, wie wenig andere Bereiche unserer Gesellschaft. Vor allem die Jugend findet hier Vorbilder, denen nachzueifern ist; Vorbilder, die auch von staatswegen höher zu werten sind als seichte Vorbilder aus Film und Illustrierten. Es ist jedoch nicht damit getan, die herausragenden Kräfte des Sports bei passender Gelegenheit für ihre Leistungen zu beglückwünschen. Man muß diesen jungen Menschen, die durch ihr Talent, ihren Einsatz und ihre oft harte spartanische Lebensführung Spitzenleistungen vollbringen, im besten Sinne des Wortes betreuen.

Im Mittelpunkt: Der Verein

Alles, was die SPD für Turnen und Sport zu tun bereit ist, berührt nicht die Eigenständigkeit der Vereine. Im Mittelpunkt des sportlichen Geschehens steht und bleibt für uns der Verband und der Verein. Wir wissen, daß ohne die aufopfernde, ehrenamtliche Tätigkeit der Vereinsfunktionäre Turnen und Sport in Deutschland praktisch zum Erliegen kommen würden. Die Verdienste dieser Helfer sind groß, weil sie dem Staat eine wichtige Aufgabe abnehmen, ohne dafür jemals eine Gegenleistung gefordert zu haben.

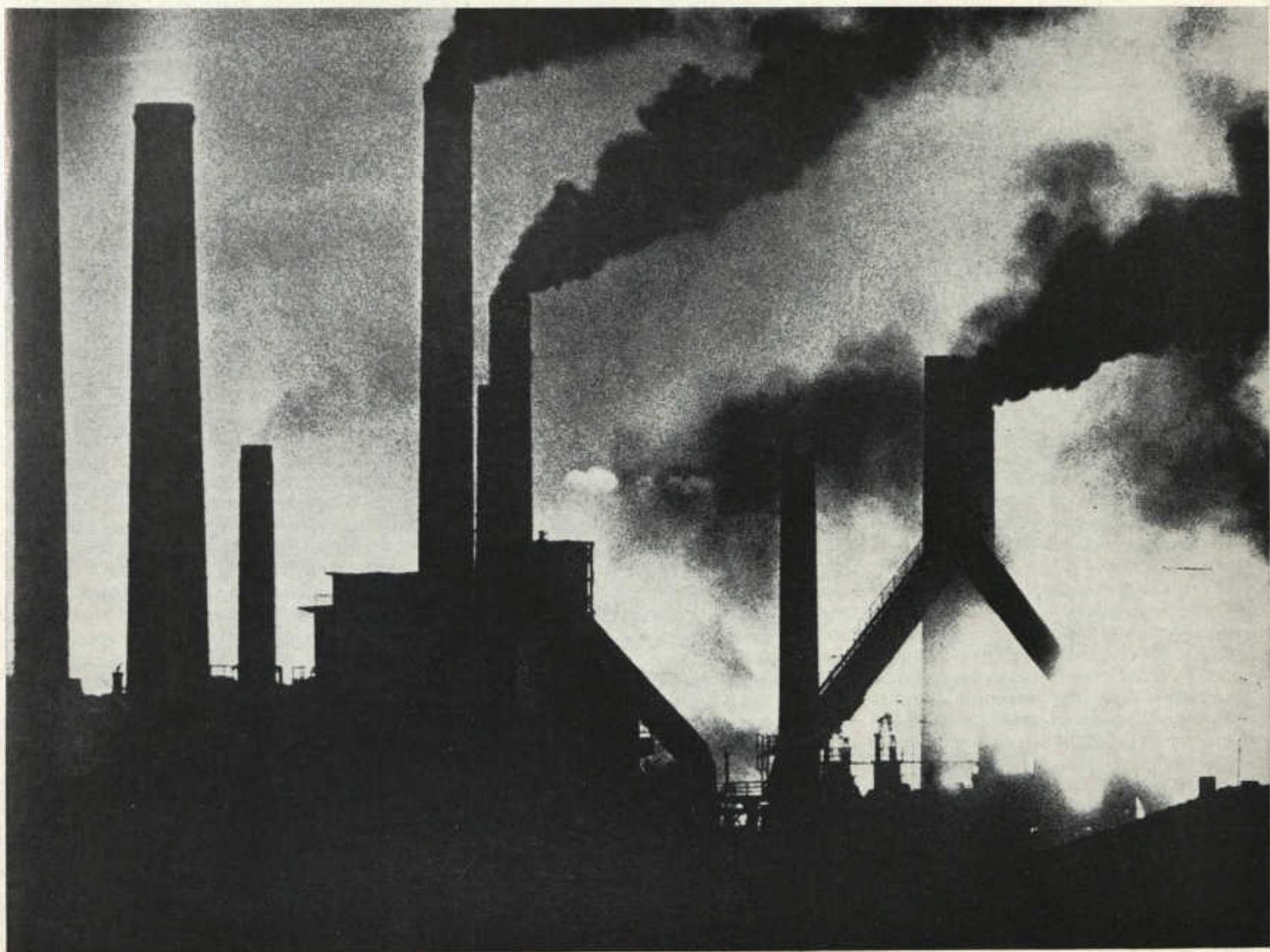
Die SPD wird immer dafür Sorge tragen, daß die politische Neutralität des Sports unangestastet bleibt. Soweit Mitglieder unserer Partei im Sport tätig sind, haben sie ihm ihre ganze Kraft zur Verfügung gestellt. Das Land muß jedoch mithelfen, die materiellen Voraussetzungen für unsere Sportvereine zu verbessern. Dann wird sich in den Städten und Dörfern unserer Heimat eine Gemeinschaft von Sportsleuten bilden, in der sich unsere Jungen und Mädchen wohlfühlen, in der sie vor allem von den schädlichen Einflüssen der Umwelt ferngehalten werden. Unsere Saarheimat hat schon immer eine hervorragende Rolle im deutschen Sport gespielt. Mit Neunkirchen stellt sie die kleinste Stadt in der Bundesliga. Sie war mit drei Olympia-Teilnehmern vertreten, die hervorragend abgeschnitten haben. Wir sollten alles tun, unseren Ruf als ein Land mit guten Sportlern zu bewahren. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird auch den Bund nachdrücklich an seine Verpflichtungen zur Förderung des Sportes erinnern und dafür sorgen, daß der zugesagte Anteil zur Verwirklichung des „Goldenen Planes“ schnell und voll entrichtet wird.

Die Luft, die wir atmen, muß gesund sein und gesund machen. Autoabgase, Rauch und brennende Halden verschmutzen die Luft und gefährden unsere Gesundheit, wenn sie massiert auftreten. Seit langem fordert die SPD dringend Abhilfe. Noch 1961 haben sich andere Parteien über unser Anliegen — „der Himmel über den

Industrievieren muß wieder blau werden“ — lustig gemacht. Heute verlangen es alle: Gesunde Luft — gesunde Menschen — gesundes Land und: den blauen Himmel.

links: Brennende Halden im Warndt
rechts: Schwarzer Himmel über Völklingen





Alles für den Menschen: ein Feldzug für die Gesundheit.

Gesundheit — ein kostbares Gut

Alle politische Arbeit muß darauf gerichtet sein, in unserem Lande Umweltbedingungen zu schaffen, in denen der einzelne und die Familie die größtmögliche Chance haben, ihr Leben in Freiheit und Würde zu gestalten. Vieles kann der einzelne mit Fleiß und Ausdauer für sich und die Seinen erreichen. Vieles aber auch muß von der Gemeinschaft aller — allen zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören die Einrichtungen des Gesundheitswesens. Dabei denken wir nicht nur an die Einrichtungen, um dem kranken Menschen seine Gesundheit wiederzugeben, sondern auch und zuerst an die Vorsorge zur Erhaltung der Gesundheit. Auch dabei vermag der einzelne viel. Oft fehlt es einfach nur an Aufklärung für richtiges Verhalten.

Die SPD wird daher in der Regierungsverantwortung einen ständigen Feldzug für die Gesundheit führen. Die SPD wird dabei alle in der Gesundheitspolitik und in der Gesundheitspflege Tätigen um ihre Mitarbeit bitten. Schon bestehende Vereine und Organisationen dürfen auf eine großzügige Unterstützung rechnen. Jede Mark, die der Gesunderhaltung dient, scheint uns eine gut angelegte Mark zu sein. Der Gesundheitsfeldzug wird aber allein nicht genügen, um unsere Bürger vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren. Wir werden auch in verstärktem Maße die Einrichtungen ausbauen oder schaffen, derer sich jedermann bedienen kann, um Unglück von sich abzuwenden. Als Beispiel der Richtung unserer Vorstellungen mögen die folgenden, von uns zu verwirklichenden Einzelmaßnahmen dienen. Zum Teil werden wir diese Vorstellungen im Saarland selbst verwirklichen, zum anderen im Bund auf Verwirklichung drängen.

Vorsorgen — besser als Heilen

Die Hetze und Rastlosigkeit unserer modernen Industriegesellschaft, die immer höher werden-

den Anforderungen an den Menschen sind kein Schlagwort. Die erschreckenden Zahlen über die steigende Frühinvalidität beweisen es. Es muß Vorsorge getroffen werden für die rechtzeitige und gründliche ärztliche Behandlung von Krankheiten in unserer Heimat. Auch hier gilt das Wort: Vorbeugen ist besser als Heilen. Die SPD ist seit langem dafür eingetreten, daß allgemeine Vorsorgeuntersuchungen und Beratungen durch den Arzt des persönlichen Vertrauens ermöglicht werden. Diese Untersuchungen sollen in jedem Lebensalter, unabhängig davon, wer im Einzelfall die Kosten aufzubringen hat, durchgeführt werden können.

An der Saar spielt die Frühinvalidität eine besondere Rolle. Nach den Untersuchungen der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Saarland mehr Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrentner festzustellen als in den übrigen Bereichen der südwestdeutschen Landesversicherungsanstalten. Diese Tatsache, so glauben wir, verpflichtet uns zum Ausbau aller vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen und zur breiteren Anwendung der Frühheilverfahren. Neben der rechtzeitigen medizinischen Betreuung sind auch die Berufsförderungsmaßnahmen auszubauen. Sofern eine Krankheit dazu führen kann oder schon geführt hat, daß der einzelne seinen Arbeitsplatz nicht mehr auszufüllen vermag, muß ihm durch Umschulung auf eine geeignete Arbeitsstelle Hilfe gegeben werden. Damit bleibt die Freude an der Arbeit erhalten und der volkswirtschaftliche Nutzen gewahrt.

Die SPD wird sich energisch für den Ausbau aller Rehabilitationseinrichtungen und für eine großzügige Erweiterung der Berufsförderung einsetzen.

Gesundheit am Arbeitsplatz

Die Gesunderhaltung des arbeitenden Menschen ist eng verbunden mit den Arbeitsbedingungen in seinem Beruf. Unfälle und Berufskrankheiten sind häufig die Folgen von schlech-

ten Arbeitsbedingungen. Die Automation bringt weitere Veränderungen am Arbeitsplatz.

Die schweren körperlichen Belastungen nehmen ab, einseitige körperliche Beanspruchungen und nervliche Belastungen nehmen zu.

Wir müssen den gesundheitlichen Schäden, die dem schaffenden Menschen am Arbeitsplatz drohen, entgegenwirken.

Wir müssen Abhilfe schaffen auf vielen Gebieten, wo bisher zögernd und unzureichend für die Erhaltung der Gesundheit gesorgt wurde. Die hohen Unfallziffern in der Bundesrepublik können durch gezielte Unfallverhütung verringert werden. Die betrieblichen Sicherheitsorgane müssen erweitert und die Gesichtspunkte der Gefahrensicherheit bei der Herstellung von Maschinen stärker in den Vordergrund gerückt werden. Der Empfehlung der EWG-Kommission vor drei Jahren, den betriebsärztlichen Dienst auszubauen, ist in der Bundesrepublik bisher nicht entsprochen worden.

Auch ein Antrag der Sozialdemokraten, wenigstens in Betrieben mit außergewöhnlicher Unfall- und Gesundheitsgefährdung Betriebsärzte einzustellen, hat die Mehrheit des Bundestages abgelehnt. Die SPD wird ein Betriebs-Arztegesetz vorlegen und darin die Betriebe verpflichten, je nach Gefahrenordnung hauptberuflich oder nebenberuflich Betriebsärzte einzustellen. In diesem Gesetz muß die Unabhängigkeit des Betriebsarztes gegenüber der Werksleitung gewährleistet sein. Dem Betriebsarzt muß ferner die Aufgabe übertragen werden, in der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge tätig zu sein. Durch regelmäßige Untersuchungen und Überprüfungen am Arbeitsplatz sollen gesundheitliche Schäden rechtzeitig erkannt und unzumutbare Arbeitsbedingungen beseitigt werden. Der medizinische Fortschritt soll gerade auch für die Gesunderhaltung am Arbeitsplatz nutzbar gemacht werden. Wir werden der Erforschung der gesundheitlichen Gefahren des Arbeitslebens besondere Beachtung schenken und die Arbeitsmedi-

zin entscheidend fördern. Wir werden dafür sorgen, daß die behandelnden Ärzte einen besseren Einblick in die gesundheitlichen Belastungen der arbeitenden Menschen erhalten.

Kampf dem Krebs

Der Krebs ist die Geißel unseres Jahrhunderts. Seine Ursachen sind weitgehend unbekannt. Er erfaßt Menschen jeden Alters, wobei die größte Gefährdung nach dem 40. Lebensjahr besteht. Bei der Rentengewährung liegen die Geschwulsterkrankungen an zweiter Stelle hinter den ständig steigenden Herz- und Kreislauferkrankungen. Immerhin stirbt heute jeder vierte bis sechste Mensch an Krebs. Fast 70 Prozent der Erkrankten kommen in einem Zustand zum Arzt, der kaum noch günstige Aussichten auf Heilung bietet. Zwölf internationale Sachverständige auf dem Gebiet der Krebsforschung haben darauf hingewiesen, daß in vielen Fällen eine Heilung oder länger andauernde Linderung möglich ist, wenn die Krankheit frühzeitig erkannt wird.

Wir müssen und werden infolgedessen der Vorbeugung gegen Krebserkrankungen größere Bedeutung zumessen. Wir werden in Aufklärungsaktionen die Menschen immer wieder über die ersten Anzeichen der Krankheit informieren und sie in ihrem eigenen Interesse veranlassen, frühzeitig zum Arzt zu gehen. Vorsorgeuntersuchungen im krebgefährdeten Alter müssen selbstverständlich werden.

Wir müssen die Einrichtungen von Zentralabteilungen für Strahlenbehandlung und Nuklearmedizin in unserem Lande und darüber hinaus wirksam fördern.

Durch die Bereitstellung von Mitteln muß die Erforschung des Krebses erweitert und unterstützt werden, damit wir die Ursachen der Krebserkrankung finden und der Krankheit ihren Schrecken nehmen können.

Kampf gegen Tuberkulose und Zuckerkrankheit
Die Tuberkulose scheint mit dem Schicksal des Menschengeschlechts unlösbar verbunden; aber die medizinische Wissenschaft kennt solche Folgerungen nicht. Sie hat bewiesen, daß unheilbare Krankheiten durch neue Erkenntnisse und Behandlungsmethoden plötzlich heilbar wurden. Wie schwierig das mitunter ist, zeigt das Beispiel der Tbc. Seit Jahrzehnten wird der Kampf um Heilung und Ausrottung dieser schrecklichen Krankheit geführt. Aber sie ist trotz großer Erfolge immer noch nicht besiegt. Auch in unserem Lande nicht.

Bei den Röntgenreihenuntersuchungen an der Saar sind 1962 bei 10 000 Untersuchungen 16 Kranke mit offener Tbc festgestellt worden. In jüngster Zeit ist die Zahl der Tuberkulosekranken erneut im Steigen. Viele Ansteckungsquellen wurden erkannt und mit Erfolg bekämpft. Die sogenannten „Versteckt-Kranken“, die sich keiner Schirmbilduntersuchung unterziehen, sind jedoch ein besonderes Problem. Wir müssen die Werbung zur jährlichen freiwilligen Untersuchung verstärken und, wenn nötig, ein Schirmbildgesetz vorlegen und darin jeden Bürger verpflichten, sich der Untersuchung zu unterziehen, zum Wohle des einzelnen und der Gesamtheit. Die moderne Medizin beweist immer wieder den ungeheuren Nutzen einer rechtzeitigen Behandlung.

Das gilt auch für die Diabetes, die Zuckerkrankheit, die in einem verheerendem Umfange zunimmt. Eine der dringenden Aufgaben der Gesundheitspolitik der Regierung muß es sein, für die Früherkennung dieser schweren Krankheit zu sorgen. Wir werden im Einvernehmen mit der Saarländischen Ärztekammer zweckdienliche Maßnahmen ergreifen. In besonderen Beratungsstellen zur Früherkennung der Zuckerkrankheit soll jeder die erforderlichen Untersuchungen kostenlos durchführen lassen können. Dem Kranken soll Rat erteilt werden, damit er durch richtige Lebensweise die Krankheit aufhalten und sein Leben erhalten kann.

Gesunde Kinder heute — gesunde Eltern morgen

Der erschreckend hohe Prozentsatz der Mütter- und Kindersterblichkeit in der Bundesrepublik ist bei dem heutigen Stand der medizinischen Möglichkeiten ein Armutszeugnis unserer Gesellschaft. In vielen anderen Ländern, z. B. in dem sozialdemokratisch regierten Schweden, ist die Mütter- und Kindersterblichkeit wesentlich geringer. Es wird daher eine besondere Aufgabe der SPD sein, die notwendige Vorsorge für werdende Mütter zu treffen und ihnen regelmäßige kostenfreie Untersuchungen möglichst jeden Monat durch den dazu freigewählten Arzt zu garantieren. Außerdem werden wir den Rechtsanspruch auf eine klinische Entbindung gesetzlich festlegen. Die Schutzfristen bei Schwangerschaft erwerbstätiger Frauen — vor und nach der Entbindung — müssen verlängert werden. Schließlich muß auch die immer noch hohe Sterblichkeitsziffer bei Säuglingen auch dadurch eingeschränkt werden, daß die werdenden Mütter vor der Entbindung auf Blutunverträglichkeit untersucht werden. Dadurch wird vermieden, daß eine große Zahl geistigbehinderter Kinder bei uns aufwächst.

Gesundheitsämter ausbauen

Die Mittel solcher Untersuchungen und laufenden Ausgaben, so glauben wir, würden zu einem hohen Prozentsatz bei den sogenannten „Pflegefällen“, die auf Kosten der örtlichen und überörtlichen Träger in Heimen untergebracht werden, eingespart. Für diese Aufgaben wird die Sozialdemokratische Partei die Gesundheitsämter in unserem Lande personell ausbauen und entsprechend einrichten.

Ein besonderes Anliegen ist uns die systematische Untersuchung der schulpflichtigen Kinder. Die Gesundheit des ganzen Volkes wird damit gefördert. Es ist eine dringende Forderung unserer Zeit, bei Kindern besonders anlagebedingte Krankheiten wie Haltungsschäden, Falschstellungen des Kiefers und beginnende Karies

Gemeinschaftsaufgabe Gesundheit. Viele Anstrengungen sind nutzlos, wenn die Gefährdungen unserer Gesundheit nicht eingedämmt werden. Alle müssen ihren Teil dazu beitragen. Vorbildlich ist z. B. der Einsatz der vielen tausend Helfer des Roten Kreuzes. Eine umfassende Gesundheitspolitik braucht aber noch mehr: solide

Grundlagenforschung, gut ausgestattete Laboratorien und Institute, moderne Krankenhäuser und mehr Gesundheitsvorsorge.
links: Ärzte und Rot-Kreuz-Helfer bei einer Großübung im Operationszelt in Dudweiler
rechts: Aufmerksamkeit und Konzentration bei einer Blutuntersuchung





frühzeitig festzustellen. Dies ist vor allem wegen der alarmierenden Nachrichten über die Entwicklung der Gesundheitsschäden bei Kindern und Jugendlichen notwendig.

Die Voraussetzungen für die rechtzeitige Feststellung von „Zivilisationskrankheiten“ müssen unverzüglich geschaffen werden. Dazu gehört die eingehende Beratung der Eltern, die regelmäßige Überwachung durch eine ausreichende Zahl von Schulärzten, die rechtzeitige Überweisung der erkrankten Kinder zum Facharzt, die Ausweitung der derzeitigen Erholungsmaßnahmen und die Verbesserung der Kinderheilverfahren. Zur Verhütung von Haltungsschäden erachten wir es als dringend erforderlich, die Schulmöbel dem starken Wachstum der Kinder anzupassen. Ebenso muß der Turnunterricht an allen Schulen mit dem Ziel der täglichen Turnstunde ausgebaut werden. Das wirft viele Probleme auf und wir wissen das. Aber sie sind zu lösen. Wir werden mehr Vertragsärzte, Schulärzte und mehr medizinisches Hilfspersonal im staatlichen Gesundheitsdienst bereitstellen. Es muß unsere schönste Aufgabe sein, mit gesunden Kindern die Gesundheit unseres ganzen Volkes zu garantieren.

Mehr Krankenhäuser im Saarland

Jeder, der als Patient in einem Krankenhaus zu liegen hatte, weiß, wie schnell genesende Patienten entlassen werden müssen, um anderen Platz zu machen. Unsere Kranken haben oft das Gefühl, daß ihnen nicht einmal die Zeit zum Gesundwerden gegönnt wird. Ärzte und Krankenhausverwaltungen kämpfen und rechnen mit jedem freien Bett. Am 31. März 1964 standen der saarländischen Bevölkerung insgesamt 10 272 Krankenhausbetten zur Verfügung. Davon waren 1280 Betten für die Unterbringung von Geisteskranken und 618 Betten in weiteren Sonder-Krankenhäusern vorhanden. Für alle übrigen Kranken verblieben nur 8384 Betten. Auf 1000 Einwohner im Saarland kamen also 7,55 Akut-

Krankenbetten und 1,71 Sonder-Krankenbetten. Selbst die derzeitige Regierung weiß sehr genau, daß wenigstens drei Betten auf 1000 Einwohner in Sonderanstalten (davon 2,4 Betten auf 1000 Einwohner für Geisteskranke) und neun Betten auf 1000 Einwohner für Akut-Kranke notwendig sind, um unseren erkrankten Mitbürgern eine Mindestversorgung im Krankenhaus zu bieten. Bereits in unserem Programm vor vier Jahren hatten wir gefordert, die Überwindung der schlechten Gesundheitsversorgung im Saarland als Gemeinschaftsaufgabe in Angriff zu nehmen. Unserer Bitte ist nur zögernd entsprochen worden. Auf Landesebene ist unsere Krankenhausplanung auf das Ziel gerichtet, die Bettenzahl in den allgemeinen Krankenhäusern den Bedürfnissen entsprechend zu erhöhen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß es bei der großen Zahl von Arbeitnehmern in unfallgefährdeten Betrieben und bei der steil wachsenden Dichte des Straßenverkehrs und der damit verbundenen Unfallgefahr unabdingbar notwendig ist, in allen Krankenhäusern ständig eine genügende Anzahl von Betten zur Aufnahme der Unfallopfer bereitzustellen. Eine schnelle und sachgerechte Behandlung kann viele Opfer retten, die heute noch durch mangelnde Aufnahmefähigkeit der Krankenhäuser sterben müssen.

Wir wollen die Bildung von Schwerpunktkrankenhäusern mit modernst eingerichteten Spezialabteilungen forcieren. Ebenso dringend erachten wir die Einrichtung von Krankenhäusern für langwierige Behandlungsfälle. Schließlich wird es für uns eine dringende Aufgabe sein, genügend Betten für Pflegefälle bereitzustellen. Eine Modernisierung der älteren Krankenhäuser, gleichgültig bei welchem Träger, konnte in dem erforderlichen Maße bisher nicht durchgeführt werden. Die Zuschüsse der saarländischen Regierung konnten den Mangel der nichtkostendeckenden Pflegesätze nicht ausgleichen. Auch hier muß eine schnelle und wirksame Verbesserung erfolgen, wenn die Betreuung der Kranken

in diesen alten Häusern nicht schlechter sein soll, als in den neuerstellten Bauten. Die notwendigen Mittel müssen in den kommenden Jahren bereitgestellt werden.

Gemeinschaftsaufgabe Gesundheit

Zusammen mit den Regierungen der übrigen Bundesländer wird eine sozialdemokratische Regierung des Saarlandes auf eine Sanierung des gesamten Krankenhauswesens in der gesamten Bundesrepublik drängen. Es müssen Krankenhausgesetze geschaffen werden, die eine sachgerechte Finanzierung der erforderlichen Krankenhäuser sichern und ein Gefälle in der Krankenhausversorgung verschiedener Teile des Bundesgebietes verhüten. Wir müssen alles in die Wege leiten, um den immer noch fühlbaren Mangel an Ärzten und besonders an Pflegekräften in den Krankenhäusern zu beseitigen. Auf allen Spezialgebieten der Medizin hat es in den letzten Jahren unerhörte Fortschritte gegeben. Sie müssen in der Behandlung beim praktischen Arzt, beim Facharzt und in den Krankenhäusern jedem zugutekommen.

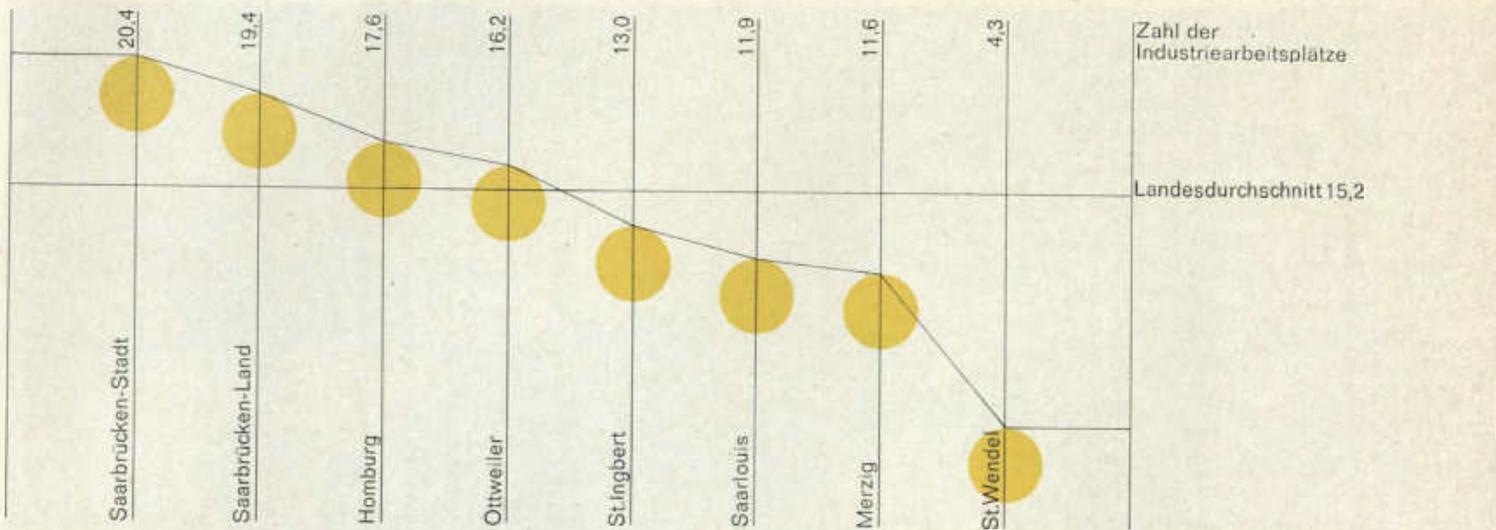
Es wird unsere vornehmste Aufgabe sein, durch eine solche Politik die Volksgesundheit zu erhalten und zu festigen.

Alles für den Menschen:

gesunde Gemeinden.

Die Überwindung des oft starken Gefälles zwischen Stadt und Land macht bildungs-, verkehrs- und wirtschaftspolitische Initiativen notwendig. Oft genug sind Ausbau und Blüte einer Gemeinde von ihrem Verhältnis zur Industrialisierung abhängig. Ende 1964 standen für 100 Einwohner des Kreises Homburg 17,6 Arbeitsplätze

in der Industrie zur Verfügung. Im Kreis Ottweiler waren es 16,2, im Kreis St. Ingbert 13,0, im Kreis Saarlouis 11,9, in Merzig-Wadern 11,6 und im Kreis St. Wendel schließlich 4,3.



Wir betrachten die Erneuerung unserer Städte und Dörfer, die Erneuerung unserer Gemeinden als eine der wichtigsten Gemeinschaftsaufgaben unserer Zeit. Dabei verstehen wir unter Gemeinderneuerung nicht nur die Ordnung der bebauten Umwelt, sondern eine Forderung, die sich auf das Ganze bezieht, die umfassend ist. Im Vordergrund steht für uns die Beseitigung des Widerspruchs zwischen privatem Wohlstand und öffentlicher Armut. Niemand kann bestreiten, daß auch in unserem Land die öffentlichen Aufgaben immer größer werden, die öffentlichen Leistungen dagegen aber mehr und mehr hinter der Entwicklung von Technik und Wissenschaft zurückbleiben. Das läßt sich deutlich nachweisen:

- am Beispiel der wachsenden Automobilindustrie und dem unzureichenden Verkehrsraum,
- am Mißverhältnis zwischen den Fortschritten und Erfolgen der medizinischen Wissenschaft und dem Stand unserer Gesundheitspolitik,

- am Gegensatz zwischen dem drohenden Bildungsnotstand und den unzureichenden öffentlichen Mitteln und Leistungen zur Förderung des Erziehungs- und Bildungswesens,
- am Vergleich unseres „Wirtschaftswunders“ mit den unbefriedigenden Regelungen der Rentenversicherung und der allgemeinen Altersversorgung,
- am weiteren Anwachsen unserer Ballungsgebiete mit allen seinen nachteiligen Begleiterscheinungen und dem Fehlen eines Leitbildes für eine vernünftige Raumordnung.

Raumordnung zuerst

Voraussetzung für den Erfolg aller Erneuerungsmaßnahmen ist eine sinnvolle Raumordnung. Die zunehmende Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung in den Ballungsräumen, das Abfallen der landwirtschaftlich orientierten und industrieschwachen Gebiete, die Beseitigung der Abwäs-

ser, der Abgase, des Rauches und Staubes, die Befriedigung der Bedürfnisse an Wohnraum, Verkehrsraum und Erholungsraum, das alles sind Aufgaben, die uns vor außerordentlich schwierige technische und ökonomische Probleme stellen. Ihre sinnvolle Lösung ist nur über die Ordnung und Planung des Raumes möglich. Raumordnung ist allerdings für uns keine Planung östlicher Prägung, genau so wenig wie die Landesplanung eine Frage der Eingemeindung sein kann. Natürlich sind Eingriffe notwendig. Sie müssen aber abgestuft werden nach ihrer Dringlichkeit. So ist zum Beispiel die Verfügbarkeit über den Boden ein wesentlicher Teil der Planung, nicht etwa in der Richtung der Abschaffung des Privateigentums, wohl aber in der Richtung der Verpflichtung des Privateigentums mit gesellschaftspolitischer Verantwortung. Bei der Raumordnung und Landesplanung können weder alle Wünsche der Gemeinden, der Städte, des Landes noch der

Unsere Kleinstädte sind liebenswert und traditionsreich. Sie haben aber auch ihre Probleme: die engen Straßen sind nicht verkehrssicher. Die Kinder und die Sonne haben Mühe, sich zu entfalten, wie hier in den Gäßchen des Merziger Stadtkerns.

Großzügiges Planen und Bauen berücksichtigt den Bedarf an Mietwohnungen ebenso wie unsere Liebe zum Eigenheim. Eine vorbildliche Lösung bietet das neue Wohnviertel in Neunkirchen-Haus Furpach (SPD: 54,8 Prozent).

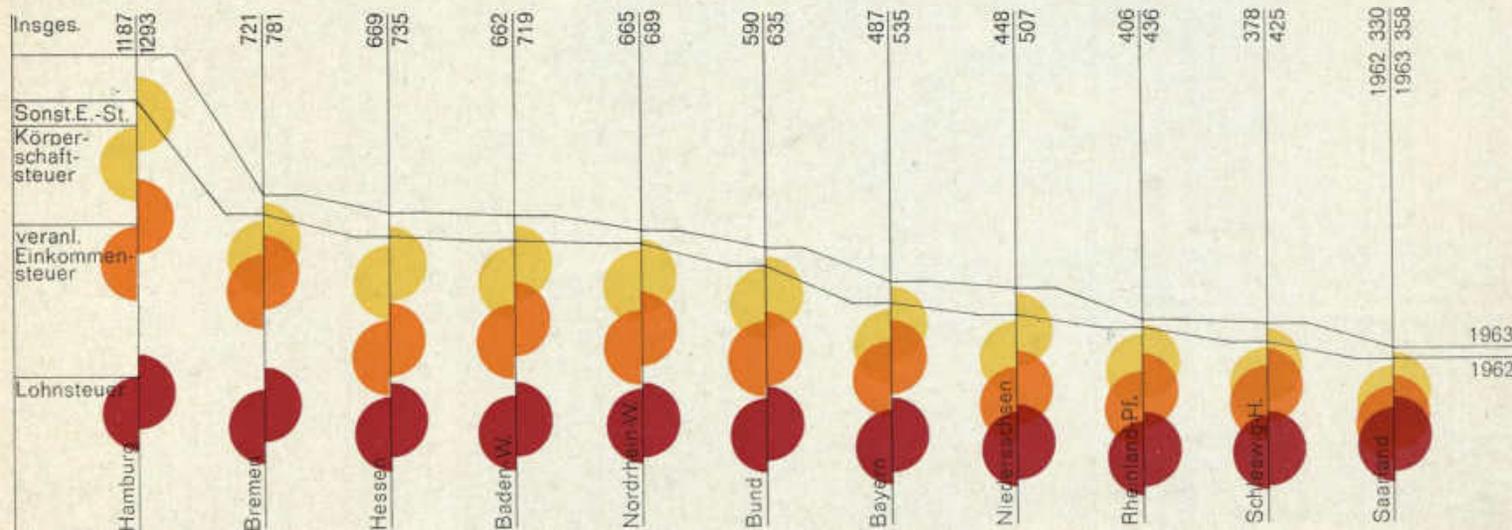
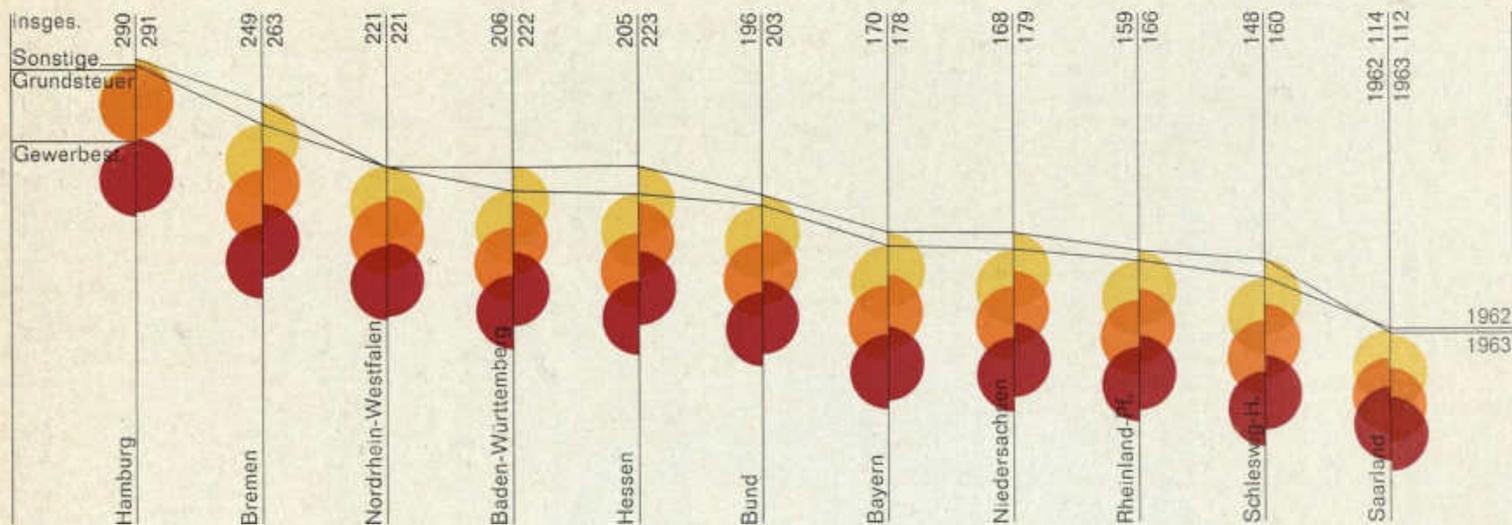




Um den Gemeinden die Erfüllung ihrer vielgestaltigen Aufgaben zu ermöglichen, muß das Land um einen gerechten Ausgleich besorgt sein. Ebenso wichtig ist, daß das Land den Gemeinden entsprechende Mittel zur Verfügung stellen kann. Das geringe Steueraufkommen — für das im Schaubild die Einkommen- und Körperschaft-

steuer als Beispiel angegeben ist — ist wesentlich auf die ungenügende Wertschöpfung der Wirtschaft an der Saar zurückzuführen. Größere Wirtschaftsdynamik bedeutet für das Land größere Einnahmen. Höhere Landeseinnahmen bedeuten — jedenfalls in der Politik der SPD — mehr Mittel für die Gemeinden.

Unsere Saar-Gemeinden stehen in ihrer Finanzkraft hinter den übrigen Gemeinden der Bundesländer zurück; sie erhalten die niedrigsten Gemeindesteuern. Hier muß das Land helfend und regulierend eingreifen. Unsere Demokratie lebt aus unseren Gemeinden. Ihnen hat die SPD seit je große politische Aufmerksamkeit geschenkt.



Privaten erfüllt werden. Die Lösung: daß sich alle den gemeinsamen Interessen unterordnen.

Den Rückstand aufholen

Der saarländische Landtag hat am 27. Mai 1964 das Landesplanungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz soll unser Land endlich einer Entwicklung zuführen, die den wirtschaftlichen und sozialen, den kulturellen und landschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt. Trotz aller Unvollkommenheit des Gesetzes ist damit die Voraussetzung für eine Landesplanung geschaffen. Es kommt nunmehr in erster Linie darauf an, endlich etwas zu tun, um den Rückstand gegenüber den anderen Ländern aufzuholen. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird mit dem gebotenen Nachdruck auf die beschleunigte Aufstellung eines saarländischen Raumordnungsprogramms und eines darauf aufbauenden Raumordnungsplanes hinarbeiten. Schwerpunkte dieses Programms werden bei der Auflockerung unserer einseitigen Wirtschaftsstruktur, der besseren verkehrsmäßigen Erschließung unseres Landes, dem Ausgleich der wirtschaftlichen Kräfte und einer sinnvollen gegenseitigen Zuordnung von Arbeitsstätten, Wohngebieten und Erholungsräumen liegen. In letzter Konsequenz muß die Raumordnung dazu führen, daß sich die Menschen unserer Heimat in ihrem Lebensraum wieder wohlfühlen.

Weiter im Blickpunkt: der Wohnungsbau

Die Gemeinden müssen weitere Hilfen des Landes erhalten, um durch Erschließungsmaßnahmen neues Baugelände bereitstellen zu können. Dem privaten Wohnungsbau muß dadurch die Möglichkeit eingeräumt werden, Wohnungen oder Eigenheime zu schaffen. Die Förderung des Sozialen Wohnungsbaues wird ein besonderes Anliegen der SPD sein. Die kommende Landesregierung wird sich auch in Bonn für eine Erhöhung der Einkommensgrenzen einsetzen. Der Wohnungsbau muß sich weitgehend den Wün-

schen unserer Bürger anpassen. Für die SPD stehen Eigenheim oder Mietwohnung gleichwertig nebeneinander. Auf den Bedarf, die örtlichen Gegebenheiten, insbesondere aber auf den Wunsch und Willen der Bürger ist bei der Förderung des Wohnungsbauprogrammes Rücksicht zu nehmen. In diesem Programm müssen auch die Gemeinden in die Lage versetzt werden, die öffentlichen Einrichtungen zu schaffen, die ihren Bürgern einen angemessenen Standard kommunaler Daseinsfürsorge sichern. Dazu gehören der Bau von Wohnungen, Straßen, Wegen und Schulen, von Jugendheimen, Kindergärten, Spiel-, Sport- und Erholungsstätten ebenso wie die Schaffung von Einrichtungen der Sozialhilfe, des Gesundheitswesens und der Kultur.

Mehr Mittel für die Gemeinden

Das gewaltige Programm kommunaler Aufgaben kann von den Gemeinden nur dann bewältigt werden, wenn ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die große Finanzreform, die die jetzige Verzerrung der Gemeindefinanzen beseitigen soll, wird bereits seit mehr als zehn Jahren gefordert und von der Bundesregierung seit mehr als zehn Jahren versprochen. Aber Versprechungen allein genügen nicht. Mit der Finanzreform fehlt die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung unserer Gemeinden. Inzwischen hat man reformiert, aber so reformiert, daß man durch Gesetzesänderungen die kärglichen Finanzquellen der Gemeinden noch weiter aushöhlte. So wurden bei der Gewerbesteuer im Jahre 1956 die Freibetragsgrenze und die Stufenbeträge verdoppelt. Der Steuerausfall für die Gemeinden betrug 430 Millionen DM. Im Jahre 1961 wurde die Freibetragsgrenze abermals erhöht. Das ergab für die Gemeinden einen Steuerausfall von 630 Millionen DM. *Ersatzleistungen für die Ausfälle aber haben die Gemeinden nicht bekommen.* Jetzt steht die Bundestagswahl vor der Tür und die Koalitionsparteien bemühen sich um weitere Wahlgeschenke. Dies-

mal sollen die Bestimmungen über die Hinzu-rechnung der Zinsen für Dauerschulden geändert werden. Experten schätzen den Ausfall für die Gemeinden durch die neuerliche Änderung auf 400 Millionen Mark. Wir begrüßen Steuererleichterungen, aber wir verurteilen Wahlgeschenke auf Kosten der Gemeinden. Was wir brauchen, und was eine sozialdemokratische Regierung in Bonn verwirklichen wird, ist eine Steuer- und Finanzreform, die unsere Gemeinden zum gleichberechtigten Partner in der Finanzverfassung des Bundes erhebt und eine gerechte Verteilung des Gesamtsteueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verbürgt.

Kommunaler Finanzausgleich

Die derzeitige Landesregierung macht bei jeder Gelegenheit geltend, daß der kommunale Finanzausgleich an der Saar zu den besten im Bundesgebiet gehört. Das ist völlig richtig. Schließlich ist das kommunale Finanzausgleichsgesetz in der Zeit entstanden, als der Sozialdemokrat Kurt Conrad Innenminister war. Das Gesetz ist gut, aber die Mittel zu gering. Die Landesregierung hat bisher wenig getan, um den Anteil für die Gemeinden zu vergrößern. Das Saarland liegt mit seinem Pro-Kopf-Aufkommen an Steuern vom Einkommen weit hinten und sowohl bei den Ländersteuern, als auch bei den Gemeindesteuern weit unter dem Bundesdurchschnitt. Unser Land ist auch das einzige, in dem die Lohnsteuer mehr als die Hälfte der Gesamtsteuern vom Einkommen ausmacht, und das einzige Land, das eine Verschuldung aufzuweisen hat, die doppelt so hoch ist wie der Länderdurchschnitt. Hat die Landesregierung Konsequenzen zur Beseitigung dieser Notlage gezogen? Sie verwaltet den Bestand, aber *Regieren darf sich nicht im Verwalten erschöpfen.*

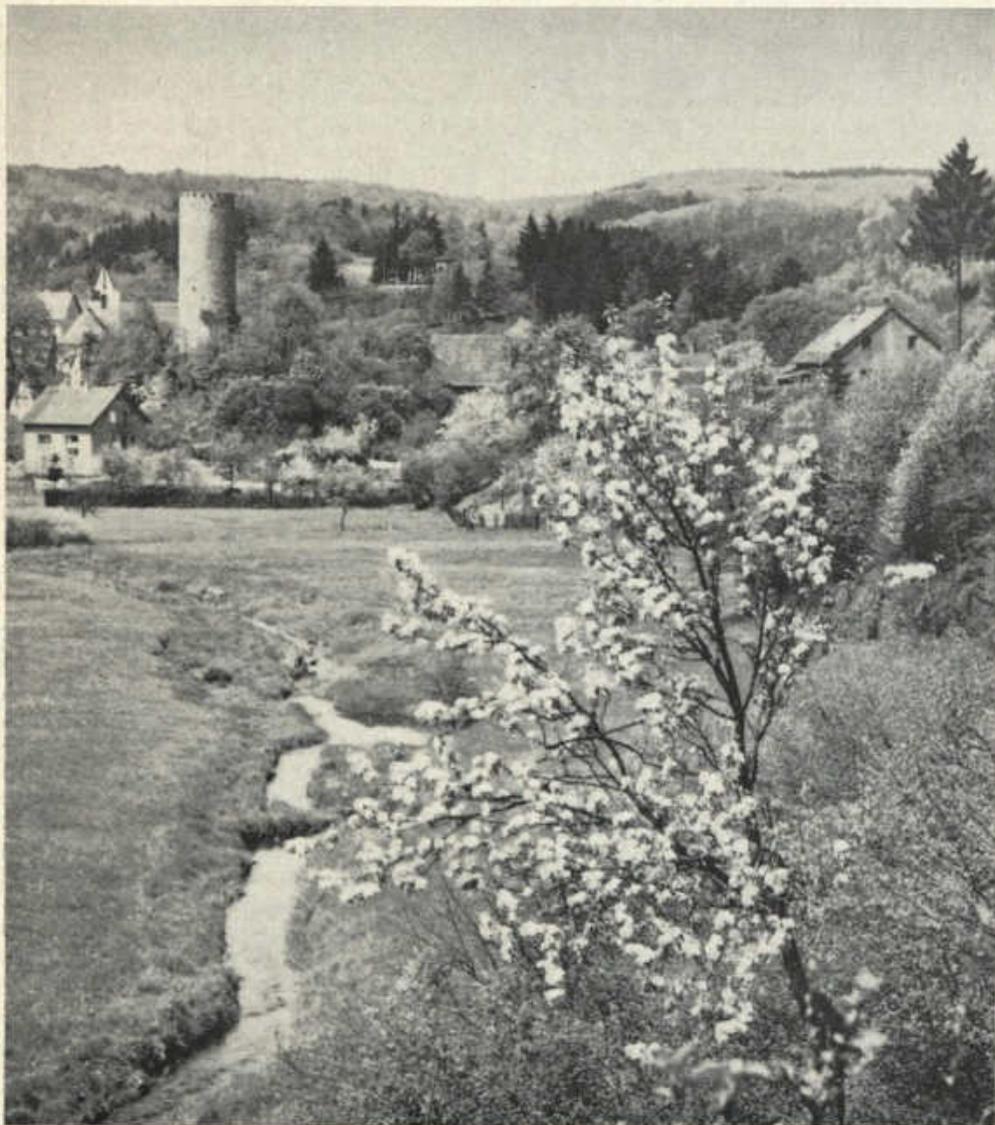
Der Landesentwicklungsplan

Wenn das Saarland nicht länger in der Entwicklung hinter dem übrigen Bundesgebiet zurück-

Viele Gesichter hat unser Land. Der Fremde ist erstaunt darüber, daß das Saarland nicht ein Konzentrat von Hütten und Schächten ist. Wenn wir diese Vielgestaltigkeit erhalten wollen, bedürfen wir der weit vorausschauenden Planung: Erholungsgebiete, Naturschutzgebiete, Wohngebiete, Industriegebiete, Arbeitsplätze auf dem

Land, moderne Dörfer, großzügige Städte: das alles verlangt Zusammenarbeit, Überlegung und die Tatkraft von Politikern, die ihre Heimat kennen und lieben, die wissen, wie unser Land in Zukunft gestaltet werden soll.

links: Frühling an der Burgruine in Nohfelden
rechts: Das sonnige fruchtbare Saartal von der Beruser Höhe aus



bleiben soll, dann wird es höchste Zeit, daß mehr geschieht als in den zurückliegenden Jahren. Wir fordern daher einen Landesentwicklungsplan,

- der aus der Mitarbeit aller hervorgehen muß, denen die Zukunft unseres Landes am Herzen liegt;
- der entwickelt wird auf der Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen;
- der das Fundament schafft für die politischen Entscheidungen der Landesregierung.

Der Landesentwicklungsplan muß sicherstellen, daß die Landesregierung unverzüglich Maßnahmen ausarbeitet und in Angriff nimmt, die die Beseitigung des sozialen Gefälles zwischen Stadt und Land gewährleistet. Die Landesregierung muß sich mit Nachdruck für eine Finanzreform einsetzen, die die Einnahmen der Gemeinden ihrer Aufgabenstellung anpaßt.

Freie Gemeinden in einem freien Staat

Die Gemeinden sind das Fundament der rechtlichen und sozialen Gemeinschaft eines Volkes und Staates. Ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat ist ohne freie Gemeinden, die in eigener Verantwortung dem Wohl der Bürger zu dienen vermögen, nicht denkbar. Die angespannte finanzielle Situation unseres Landes und der Gemeinden ist das Ergebnis der Politik der derzeitigen Koalitionsregierung in Land und Bund. Die Sozialdemokratische Partei an der Saar hat seit Jahren auf die Mißstände und Versäumnisse hingewiesen. Die Landesregierung hat diese Vorstellungen nicht beachtet. Von ihr sind keine Maßnahmen zu erwarten, die uns aus dem derzeitigen Notstand herausführen. *Dieses Ziel kann nur durch eine Änderung der Machtverhältnisse in unserem Land erreicht werden.* Bei den Wahlen im Herbst des vergangenen Jahres hat sich diese Änderung angebahnt. Die Wachablösung der Saarregierung durch die Landtagswahl am 27. Juni muß den Weg freimachen für eine ge-
deihlichere Entwicklung unseres Landes.



Als erste der Parteien an der Saar hat die Sozialdemokratische Partei ihre Kandidaten für die Landtagswahlen am 27. Juni 1965 nominiert. Sie brauchte keine Rücksicht zu nehmen, welche Partei welche Kandidaten vorher wählen würde. Das spricht für ihr Selbstvertrauen und ihre politische Kraft, die Zukunft unserer Heimat zu prägen.



Diplom-Ingenieur
Karl-Heinz Schneider,
Bürgermeister a. D.,
Saarbrücken



Richard Klein, MdL,
Hauptlehrer,
Altenkessel



Karl Wolfskeil, MdL,
Regierungsangest.,
Sulzbach



Peter Schwarz, MdL,
Maurerpolier,
1. Beigeordneter,
Brebach

Landtagswahlen sind politische Wahlen. Abgeordnete müssen die Fähigkeit haben, das in politische Entscheidungen zu fassen, was zahlreiche und gutbesetzte Fachgremien und Ausschüsse vorher sachlich erarbeitet haben. Unsere Kandidaten sind bekannt. Sie haben ihre Bewährungsprobe in Gemeinden und Wirtschaft, in Verwaltung und Sozialpolitik, in Fragen der Gesundheits-, Finanz- und Kulturpolitik bestanden; sie haben sich Vertrauen verdient.



Wilhelm Werth,
Verwaltungsger.-Dir.,
MdL, Wallerfangen



Josef Holl, MdL,
Buchhalter, Merzig



Willi Silvanus,
Diplom-Volkswirt,
Referent für
Wirtschaftspolitik



Peter Groß, MdL,
Bürgermeister
in Nunkirchen,
Geschäftsführer



Leo Moser,
1. Vorsitzender
des Deutschen
Gewerkschaftsbundes
an der Saar



Pia Kapahnke,
Redakteurin,
Saarbrücken



Friedrich Regitz,
Chefredakteur, MdL,
Neunkirchen-Kohlhof



Rudolf Recktenwald,
Schmiedemeister,
Vizepräsident des
saarländ. Landtags,
Urexweiler



Norbert Engel,
Präsident der
Arbeitskammer, MdL,
Präsident der Borussia
Neunk., Schiffweiler



Franz Roos, Dreher,
Bruchhof,
1. Vorsitzender des
Unterbezirks Homburg



Ernst Tesar,
Vermessungs-Ing.,
Völklingen



Herm. Trittelvitz, MdL,
Diplom-Volkswirt,
Minister a. D.,
Saarbrücken



Manfred Zeiner, MdL,
Bergmann,
Bürgermeister,
Göttelborn



Arno Krause,
1. Vorsitzender der
Europa-Union-Saar,
Geschäftsführer,
Saarbrücken



Heinz Görden, MdL,
Gewerksch.-Sekretär,
Köllerbach



Heinrich Wahlen,
Dreher, Bürgermeister,
Ludweiler



Walter Becker,
Justizbeamter,
Bürgermeister
in Hülzweiler



Walter Frey,
Versicherungsjurist,
Bürgermeister
in Differten



Max Doerfert,
techn. Angestellter,
Beckingen



Paul Conrath,
DGB-Kreisvorsitz.,
Vorsitzender des
Jugendreisebüros,
Saarlouis-Beaumarais



Hanna Kelkel,
Hausfrau, Hergarten



Johann Wagner,
Rohrmeister,
Bürgermeister, Bous



Albrecht Herold,
1. Bevollmächtigter
der IG Metall,
St. Ingbert



Karl Petri, MdL,
Angestellter,
Neunkirchen



Günther Sahner,
Bergmann,
1. Beigeordneter in
Wiebelskirchen



Heinz Burger, MdL,
Reg.-Oberinspektor
Hirstein



Paul Kolb,
Regierungsdirektor
a. D., 1. Beigeordneter
der Stadt Neunkirchen



Ewald Schetting,
Postangestellter,
Blickweiler

Die politische Kraft einer Partei wird nicht nur in den gewählten Vertretern für die Gesetzgebung sichtbar. Fast jede politische Entscheidung bedarf vorher der gründlichen Vorbereitung von Fachleuten aus allen Bereichen. Alles, was Wissenschaft und Statistik erarbeiten, muß daraufhin geprüft werden, ob es der Politik Fortschritte ermöglicht. Alles, was in Verbänden, Vereinen, Sach- und Fachgremien mit Fleiß und Kenntnis zusammengetragen wird, muß sorgfältig auf seine politische Bedeutsamkeit zum Nutzen aller geprüft werden.

Die Kraft einer Partei besteht ebenso sehr in der Vielzahl der Mitglieder, die ihre Fachkenntnisse mit den politischen Vorstellungen dieser Partei verbunden haben. Die SPD-Saar zählt heute über 14 000 Mitglieder (seit Herbst 1964 allein 2800 Neuaufnahmen!). Der Herausgeber hat — stellvertretend für alle Mitglieder — einige Namen benannt, die die breite und tiefe Verankerung der SPD in allen Landesteilen und Bevölkerungsschichten dokumentieren. Alle hätten genannt werden müssen, alle Mitglieder, die zusammen mit ihren Freunden, Bekannten, Mitarbeitern und Familien daran arbeiten, daß unser Land — endlich — den Schwung bekommt, den es zum Erreichen einer gutgestalteten Zukunft benötigt.

Robert Bach	Sekretär, Bergbau, Limbach
Alois Backes	Verwaltungsgerichtsdirektor, Dillingen
Andreas Baltes	Handelsstudienrat, Saarbrücken
Hanno Becker	Sozialgerichtsdirektor, Neunkirchen
Erich Becker	Architekt, Saarbrücken
Herbert Beck	Landgerichtsrat, Ottweiler
Raimund Berrang	Oberinspektor, Neuweiler
Alfons Bick	Sachbearbeiter Straßen- güterverkehr, Wemmets- weiler
Dr. Rudolf Blatt	Handelsstudienrat, St. Ingbert
Dr. Waldemar Bleier	Chefarzt, Saarlouis
Norbert Bossong	Studienrat, Heusweiler
Walter Bosslet	Bürgermeister, Jägersburg
Hermann Bubel	Bürgermeister, Bliesransbach
Werner Bucher	Amtsrichter, Scheidt
Walter Büchel	Bürgermeister, Wallerfangen
Luci Bugger- Linnebacher	Rechtsanwältin, Neunk.
Ernst Daniel	Rektor, Saarlouis
Dr. Katja Darius	Geschäftsführerin
Adolf Dessloch	Bürgermeister, Wörschweiler
Oskar Detemple	Stellv. Landesbezirksvors. DGB-Saar, St. Ingbert
Fritz Diehl	Werkmeister, Heusweiler
Karl Dinges	Direktor LVA, Saarbrücken
Wolfgang Eberhard	Lokführer, Hüttersdorf
Werner Enzweiler	Bürgermeister, Brotdorf
Erich Fissabre	Architekt, Saarbrücken
Margarete Fixemer	Hausfrau, Saarbrücken
Josef Frank	Bürgermeister, Neunkirchen
Otmar Franz	Handelsstudienrat, Wadgassen
Wilhelm Franzmeier	Generaldirektor, Saarbrück.
Josef Ganster	Bezirksleiter, IG Bergbau, Saarbrücken
Albrecht Gelz	Ingenieur, Perl
Dr. Hans-Hermann Genenger	Arzt, Riegelsberg

Dr. Georg Greulich	Direktor, Saarbrücken	Prof. Dr. Heinz Langerhans	Soziologe, Saarbrücken	Werner Schnur	Bergmann, Lockweiler
Fritz Groß	Oberbergat, Neunkirchen	Alfred Lange	Stadtsekretär, Bexbach	Heribert Schreiner	kaufm. Angest., Merzig
Edgar Grund	Landesjugendsekretär, DGB, St. Ingbert	Walter Leinen	Bauingenieur, Besseringen	Willi Schild	Hauptsekretär, Saarlouis
Günther Hahn	Regierungsrat, Saarbrücken	Günther Liedtke	Geschäftsführer, Neunkirch.	Matthias Schuligen	Transportunternehmen, Britten
Dr. Hartmann	Arzt, Merzig	Dr. Christoph Loew	Wirtschaftspolit. Referent, Gündingen	Dr. Günth. Schweig	Studienrat, Dudweiler
Anton Hehl	Vors. d. Ges.-Betriebsrats SBW, Merchweiler	Heinrich Mannschatz	Finanzpräsident, Saarbr.	Ludwig Schwenk	Reg.-Angestellt., Homburg
Dr. Eduard Heinau	Rechtsanwalt, Saarbrücken	Werner Margis	Regierungsrat, Saarbrücken	Gerhard Schütz	Betriebsratsvors. der Burbacher Hütte, Saarbrücken
Willi Heins	Angestellter, Merzig	Adolf Meguin	Bürgermeister, Hemmersdorf	Willi Sick	Stadtkämmerer, Dipl.-Volkswirt, Saarbrücken
Dr. Josef Heintz	Bildungsreferent, Merzig	Otto Meyer	Oberamtmann, LVA	Rainer Simon	Lehrer, Bruchhof
Dr. Manfred Henrich	Landgerichtsrat, Saarbr.	Paul Michels	Geschäftsführ., Saarbrücken	Prof. Dr. Günther Slotta	Pädagoge, Saarbrücken
Georg Hofmann	Obermeister BGS, Nennig	Leo Moser	1. Vors. DGB, Neunkirchen	Arno Spengler	Sozialberater, Neunkirchen
Berthold Hoffmann	Kaufmann, Schmelz	Albert Artur Müller	Schriftsteller, Abteilungsleiter Werbefernsehen, Saarbr.	Peter P. Seeberger	Baudirektor, Saarbrücken
Fritz Horne	Direktor SBW, Saarbrücken	Günther Müller	Lehrer, Limbach	Ernst Squorz	Finanzamtmann
Wilh. Hundertmark	Prokurist, Neunkirchen	Johann Münchow	Bürgermeister, Wadgassen	P. A. Stiller	Regisseur, Saarbrücken
Rudolf Hussong	MdB, Saarbrücken	Dr. Egon Nalbach	Ministerialrat, Saarbrücken	Karl Stöcklein	Direktor d. Saarl. Körperbehindertenheimes, Homburg
Dr. Paul Jochem	Rechtsanwalt, Saarbrücken	Helmut Nickele	Krankenhausdirekt., Saarbr.	Otto Trenz	Verw.-Insp., Wallerfangen
Helmut Jockel	Arbeitsdirektor NE, Neunkirchen	Walter Nobis	Präsident der Architektenkammer, Saarbrücken	Ludwig Triem	Sportbeauftragter der SPD-Saar, Saarbrücken
Max Johann	Verwalt.-Angest., Bexbach	Günther Ohlwein	Bankdirektor, Sengscheid	Franz Wagner	Schafbrücke
Hans John	1. Beigeordneter, Dudweiler	Ferdinand Paffrath	Abt.-Direktor, Quierschied	Dr. Helmut Wagner	Direktor, ASKO, Saarbr.
Friedrich Jost	Architekt, Dillingen	Dr. Brunhilde Peter	Pädagogin, Dillingen	Manfred Wagner	Betriebsratsvors. der Halbergerhütte, Brebach
Rainer Kabel	Publizist, Saarbrücken	Dr. Rudi Peter	Dillingen	Richard Weber	1. Vors. des Betriebsrats Dillinger Hütte
Heinrich Kalbfuß	Publizist, Saarbrücken	Werner Philippi	Diplom-Volkswirt, Brebach-Fechingen	Ernst Wentz	Bürgermeister, Kirkel
Kurt Kaspar	Architekt, Neunkirchen	Gerhard Pitzius	Architekt, Saarbrücken	Norbert Weisgerber	Bürgermst., Schwarzenholz
Kurt Keller	Baumeister, Dillingen	Herm. Poppenhäger	Oberamtmann, Wellesweiler	Walter Werner	Amtsvorsteher Wiebelskirchen
Michel Kiefer	Bürgermeister, Orscholz	Dr. Friedrich Prüfert	Senatspräsident, Homburg	Otto Wild	Lehrer, St. Wendel
Hermann Kirsch	Lehrer, Dillingen	Rudolf Rauch	Rektor, Püttlingen	Werner Wilhelm	MdB., Neunkirchen
Willi Kirstein	Polizeidirektor, Saarbrücken	Albert Reckling	Reg.-Angest., Saarlouis	Hermann Wittebrock	Landgerichtsrat, Homburg
Lothar Köhler	Bauingenieur, Merzig	Manfred Reget	Bürgermeister, Hausbach	Hans Weinand	Architekt, Merzig
Ludwig Krebs	Betriebsratsvors., Ehrhardt & Sehmer, Riegelsberg	Franz Roth	Beigeordneter, Saarbrücken	Prof. Dr. Ludwig Wolff	Direktor des Instituts für Hygiene, Saarbrücken
Alfred Kühn	Geschäftsführer IG Metall, Bruchhof	Leo Ruffing	Dipl.-Ing., Direktor der Straßenbahn AG, St. Ingbert	Alex Woll	Amtsvorsteher, Brebach
Alwin Kulawig	MdB, Vors. d. Wirtschafts, polit. Ausschusses d. SPD, Saarlouis	Manfred Sander	Gewerkschaftssekretär, Elversberg	Walter Wundrack	Regierungsbaurat, Saarbr.
Rainer Kurz	Fernmeldehandw., Homburg	Otto Schaum	Polizeimeister, Felsberg	Albert Zimmer	Bürgermeister, Großrosseln
Friedel Läßle	Sonderschullehrer, Hirstein	Matthias Schett	Merzig	Ernst Zimmer	Ingenieur, Hilbringen
Guido Lallemand	Mittelschullehr., Lauterbach	Oswald Schneider	Rektor, Bexbach		
René Lambert	Oberstudienrat, St. Ingbert	Adolf Schiffler	Bürgermeister, Holz		
Waldemar Lambrecht	Arbeitsdirektor d. SBW, Sbr.	Josef Schleimer	Bürgermeister, Ensdorf		

Bei uns an der Saar 1965 — 1970.

Herausgegeben vom Landesverband Saar der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Saarbrücken 3, Bahnhofstraße 101.

Dieser Schrift liegen die Beschlüsse des Parteitages der SPD vom 5. 12. 1964 in Völklingen zugrunde. Bei ihrer Entstehung haben der Landesvorstand, die Parteiausschüsse und die Herren Baltes, Brück, Dinges, MdL Engel, Franzmaier, Dr. Heintz, Kolb, Läßle, Dr. Loew, Margis, MdL Recktenwald, Silvanus, Prof. Dr. Slotta, Triem, MdL Werth, und Prof. Dr. Wolff zusammengearbeitet.

Fotos:

Bankhardt S: 2

Barbian SS: 36, 40, 58

Darchinger SS: 12, 59

Hartung: SS: 50, 51, 54

Landesbildstelle S: 37

Lischke SS: 10, 11, 26, 28, 33, 41, 44, 45, 46, 47,

55, 62, 63, 66, 67

Oettinger SS: 6, 23

Schmidt, SS: 7, 7, 13, 18, 22, 27, 29, 32

Die Schaubilder wurden teils selbst entworfen, teils stützen sie sich auf: „Bericht an die Regierung des Saarlandes“ Arbeitskammer, Oktober 1964 und „Schulen von heute — Brot für morgen“ von Dr. H. Hamm-Brücher, MdL, II. Folge.

Die Gestaltung lag bei Diethard Adt und Joachim Lischke.

Druck und Klischees: Union Druck und Zeitungsverlag, Saarbrücken 3, Brauerstraße 6—8.

Produktion: Dr. Josef Heintz